

Tages Woche

Freitag 20.3.2015 5. Jahrgang

5.-

Nr. **12**
www.tageswoche.ch
Gerbergasse 30
4001 Basel
T 061 561 61 61



DER

SP-Präsident Christian Levrat zelebriert seine Partei als letzte Bastion wider die SVP. Bei den Wahlen will er nochmals Zeichen setzen.

Seite
28

TAKTGEBER DER GENOSSEN

Stadtplanung

Wer baut die Stadt?
Bei der Mitwirkung hapertes in Basel.

Seite
6

FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

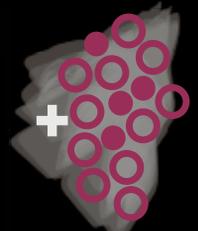
ANZEIGE

WYSCHIFF BASEL

DEGUSTATION VON 300 SCHWEIZER SPITZENWEINEN
24 SCHWEIZER WINZER STELLEN IHNEN IHRE NEUESTEN WEINKREATIONEN PERSÖNLICH VOR

26. - 29. MÄRZ, SCHIFFLÄNDE

DO-FR 16-21, SA 11-21 & SO 11-18 UHR, WEITERE INFOS: WWW.WYSCHIFF-BASEL.CH



WYSCHIFF



Stell Dir vor, Du holst
aus immer weniger
immer mehr heraus.

Weniger Energieverbrauch, mehr Leistung: Mit Basil und seinem
Energiesparportal lernen Sie, Energie effizient einzusetzen. iwb.ch/basil

iwb

INHALT



Stadtplanung FOTO: HANS-JÖRG WALTER

Seit zehn Jahren haben Anwohner in Basel das verfassungsmässige Recht auf Mitwirkung bei grossen Bauprojekten – doch noch hapert es mit der Mitsprache.

Seite 6



Fessenheim FOTO: STEFAN BOHRER

Ohne AKW wird Fessenheim zum Geisterdorf, fürchten die Bewohner.

Seite 20



Kunstmuseum FOTO: JULIAN SALINAS

Kunst für die Königin: Basel beglückt Madrid mit Picassos und Prominenz.

Seite 42

Nachrichtendienst

Mehr Überwachung bedeutet mehr Sicherheit, glaubt eine Mehrheit im Nationalrat. Eine falsche und gefährliche Gleichung.

Seite 26

Marco Papiro	S. 4
Bestattungen	S. 22
Kulturflash	S. 39
Sie, er, es	S. 44
Impressum	S. 44
Kultwerk	S. 45
Wochenendlich	S. 46



Dani Winter
Redaktionsleiter

Der Krampf mit der Mitwirkung

Am 23. März feiert der Paragraf 55 in der Basler Verfassung einen runden Geburtstag. Seit zehn Jahren kann die **Bevölkerung ihre Anliegen** einbringen, wenn der Kanton Projekte plant, die ihre Interessen und Bedürfnisse besonders tangieren. Ein grosses Fest wird es kaum geben. Den meisten Baslerinnen und Baslern dürfte nicht einmal bewusst sein, dass der Mitwirkungsparagraf existiert.

Dabei gibt es durchaus Beispiele, bei denen die Anliegen der Anwohner Einfluss gefunden haben. Gut funktioniert das bei überschaubaren Projekten. Wenn es etwa um die Erhöhung der Verkehrssicherheit geht wie beim neu gestalteten Erasmusplatz, um die Aufwertung der Feldbergstrasse im Kleinbasel oder um die bedürfnisgerechte Ausgestaltung von Spielplätzen.

Schwierig wird es dort, wo der Kanton grosses Entwicklungspotenzial ortet wie im Hafengebiet Klybeck/Kleinhüningen. Hier engagiert sich seit Jahren eine Begleitgruppe, damit das Mega-Projekt nicht allein wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird. Die letzte Sitzung der Begleitgruppe fand vor einem Jahr statt. **Das Verhältnis zur Verwaltung ist auf dem Gefrierpunkt.** Auch bei der Arealentwicklung des Felix-Platter-Spitals haben die ersten «Mitwirker» bereits resigniert.

Ein Teil der Probleme rührt aus der Komplexität solcher Grossprojekte. Ein anderer aus dem Missverständnis, dass das Angebot zum Mitreden kein Recht auf Mitbestimmung ist. Ein weiterer in der Kommunikation unter den Beteiligten.

Die Verwaltung sieht sich punkto Mitwirkung **«noch in einem Lernprozess»**. Dass sie die Anliegen der Bevölkerung gerade bei der Aufwertung von Quartieren besser ernst nehmen sollte, zeigen verschiedene in jüngerer Vergangenheit realisierte Projekte. Ein Spaziergang durch das Voltaquartier oder die bald vollständig mit Hasenställen verbaute Erlennmatt genügt.

tageswoche.ch/+7ux0a

Weiterlesen, S. 6



«Die Pläne sind längst gemacht»,
Thema,
tageswoche.ch/
+5f741

Online



«Rheinhattan: Die Lust und der Frust der Mitwirkung»,
tageswoche.ch/
+v38e7

Weiterlesen, S. 13



«Der Kanton wünscht sich mehr aktive Bürger»,
tageswoche.ch/
+yitqq

Marco Papiro

von Benedikt Sartorius

Musiker, Grafiker und moderesistent: Ein Besuch bei Marco Papiro. Der Basler gestaltet das Cover für die neue Platte des US-Musikers Panda Bear.

Er hat einen Instrumentenkoffer ins Haus der elektronischen Künste mitgebracht. Er ist voller analoger Synthesizer, die Marco Papiro auch schon als seine «Haustiere» bezeichnet hat – und denen der Mann mit dem verwuschelten Afro später am Abend grunzende, singende, pfeifende und knurrende Geräusche entlockt.

Geräusche, die er zu einer elektronischen Musik verdrahtet, die nirgendwo richtig hingehört. Nicht in die Clubs, denn dazu fehlen ihr die fetten Bässe, nicht in die strengen Kunstsalons, für die sie viel zu neugierig gestaltet ist, und auch nicht auf die grosse Prog-Rock-Konzertbühne, da ihr jegliche Protzigkeit abgeht.

Seine knurrende und pfeifende Musik gehört nirgendwo richtig hin.

«Haustiere, das tönt so, als seien die Instrumente meine Schätze», sagt Papiro einen Tag vor seinem Konzert in einem Basler Café. Aber jeder Musiker habe nun mal einen Bezug zu seinen Geräten, die bei ihm ein Eigenleben führen dürfen: «Ich entdeckte während dem Spielen Sachen, die ich so nicht geplant habe.»

Bewusst geplant hat der 39-Jährige auch die Instrumentenwahl nicht – es sei eher so gewesen, dass die Moogs und Korgs und all die Geräte mit den wohlklingenden Markennamen ihn gefunden haben. Einst spielte der Sohn einer Sizilianerin und eines Sizilianers Geige, war Teil von Jugendorchestern, ehe er Mitte der 1990er-Jahre diese Geräte entdeckte – auf Flohmärkten, wo die alten Synthies 50 Franken kosteten, oder in einem Schrank eines Freundes. «Total verstaubt» seien die Instrumente gewesen, die in der heutigen retroseligen Popkultur gesuchte Stücke sind.

Fast zeitgleich mit diesen Entdeckungen ereilte ihn eine «Epiphanie», wie es Papiro ausdrückt, «der Moment, in dem der Horizont breiter und alles möglich wird». Diese Erleuchtung war seine Entdeckung der Psychedelik in der Musik. Das psychedelische Element ist in allen musikalischen Projekten von Papiro spürbar, sei dies in der Noise-Formation Mir, auf seinen Solo-



Marco Papiro vor seinen «Haustieren», die der Musiker nicht gesucht hat, die ihn aber gefunden haben.

FOTO: STEFAN BOHRER

platten (aktuell die semi-religiöse «Teopatia») oder in der befreundeten Brüderband Roy and the Devil's Motorcycle, die er zuweilen verstärkt. Was all diese Projekte kennzeichnet, ist die Konstanz im Leben von Papiro: seine Moderesistenz.

«Ich versuche gar nicht erst, aktuell zu sein. Nostalgisch bin ich aber auch nicht. Wenn überhaupt, dann interessiert mich die Zukunft», sagt der gelernte Grafiker, der nach der Matura «aus pragmatischen Gründen» nicht das Konservatorium, sondern den Vorkurs an der Schule für Gestaltung besucht hat.

Wahrscheinlich ist es gerade das konsequente Wirken abseits der überhitzten Hypes, das ihm kürzlich einen beneidenswerten Auftrag beschert hat: Papiro gestaltete die Hülle für das neue Album von Pan-

da Bear, dem hochgehandelten Soloprojekt des Animal-Collective-Musikers Noah Lennox. «Es ist sicherlich meine bisher exponierteste Produktion, denn Panda Bear hat ja einen gewissen Namen, zumal im Ausland», sagt Papiro.

Von der Neugierde zur Aufregung

Anders als andere Papiro-Arbeiten ist das Cover für «Panda Bear Meets The Grim Reaper» überaus bunt geworden. Dass es dennoch sein Werk ist, ist an den versteckten Buchstaben abzulesen, die erst auf den zweiten oder dritten Blick erkennbar werden. Diese erschwerte Lesbarkeit gehe «gegen alle Regeln, aber wenn man mich für etwas fragt, muss man damit rechnen, dass die Lesbarkeit auf einer anderen Ebene stattfindet». Über die Grafik äussert sich Pa-

piro derweil kritisch: Gestaltung diene zu oft als edle Fassade. «Im schlimmsten Fall gibt sie dir vor, was du zu denken hast, beispielsweise wenn ein Plakat für ein Punkkonzert auch so aussieht wie ein Punkkonzert-Plakat. Das wirkt so, als erzähle jemand einen Witz und erklärt dann die Pointe», sagt Papiro und fügt an: «Ich bin viel zu eklektisch, um so etwas zu schätzen.»

Eklektisch, das ist auch seine Plattensammlung. Er erzählt begeistert von Feldaufnahmen aus Burundi, die er auf dem Flohmarkt gefunden hat, oder von japanischer Trommelmusik, die sein kleiner Sohn gerne hört. Was all das zusammenhält, ist seine Neugierde, seine Lust am Unformatierten und Unkonkreten. «Wenn du neugierig bist, ist ziemlich viel aufregend.»

tageswoche.ch/+irel0

×

Plant der Kanton Neues, will der Anwohner mitreden – egal, ob es um Hochhäuser oder Fussgängerstreifen geht. Doch Frust ist programmiert. Denn mitreden heisst nicht mitbestimmen.

DIE PLÄNE

SIND LÄNGST GEMACHT

von Andreas Schwald

Wird in Basel geplant, ist die Bevölkerung dabei – zumindest der direkt betroffene Teil. So will es die Kantonsverfassung, und so wird es seit zehn Jahren auch praktiziert. Grundlage ist der Verfassungsparagraf 55: «Der Staat bezieht die Quartierbevölkerung in seine Meinungs- und Willensbildung ein, sofern ihre Belange besonders betroffen sind.»

Ein Hauptsatz, ein Nebensatz, beide aktiv formuliert: So einfach kann Verfassung sein. Und doch ist dieser eine Satz ein Stein des Anstosses für viel Frust und Unlust in der Bevölkerung. Aktueller Fall: Die Begleitgruppe zur Hafen- und Stadtentwicklung kritisiert die aus ihrer Sicht mangel-

den Möglichkeiten der Mitwirkung im Planungsprozess. In einem engagierten Beitrag im «Speaker's Corner» der TagesWoche beklagte Daniel Kurmann unter anderem fehlende Informationen seitens des Kantons, Resignation seitens der Teilnehmer und das Brechen von Vereinbarungen mit der Verwaltung. Kurmann empfand das Verhalten des Kantons «als erniedrigend» und zog die Konsequenzen: Er trat aus der Begleitgruppe aus.

Einem aktuellen Aufruf folgend, meldete sich auch ein Leser, der in der Begleitgruppe zur Arealentwicklung des Felix-Platter-Spitals Einsitz hat. Er hält das Verfahren bislang für ernüchternd, die Kommunikation via Fachstellen und

Grundeigentümer sei mangelhaft. Entscheidend für Mitwirkung ist aus seiner Sicht: Die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt stellen. Und er fügt an: «Für uns Laien ist es schwierig abzuschätzen, zu welchem Zeitpunkt welche Fragen entscheidend sind.» Dabei wäre eine zeitnahe Information mit allen nötigen Fakten für eine Mitsprache auf Augenhöhe entscheidend.

Und genau hier stösst der so einfach formulierte Mitsprache-Ansatz des Paragrafen 55 an seine Grenzen. Bis zu welchem Grad sollen denn die Anwohnerinnen und Anwohner miteinbezogen werden? Welche Informationen soll und darf die einbezogene Bevölkerung überhaupt erhalten? Und: Heisst mitreden nicht auch mitentscheiden?

A photograph of Peter Jossi, a man with short, light-colored hair and a beard, wearing a dark jacket. He is leaning his hands on a large, curved, dark grey or black structure that appears to be part of a modern building's architecture. The structure has a series of horizontal lines or ribs. In the background, there are windows of a building with a light-colored facade. The overall lighting is soft and natural.

**«Im St. Johann
geht es vor allem
darum, die
Aufwertung so zu
gestalten, dass alle
Bevölkerungskreise
davon profitieren
können.»**

**Peter Jossi, Präsident Stadtteilsekretariat
Basel-West (St. Johann, Iselin,
Bachletten/Neubad)**

FOTO: BASILE BORNAND

«Speziell am Gundeli ist die Vielfältigkeit. Eine gute Vernetzung ist die grosse Herausforderung.»

**Cristoforo Graziano, Präsident
Quartierkoordination Gundeldingen**

FOTO: BASILE BORNAND



Nein, denn letztlich liegt die «Meinungs- und Willensbildung» beim Staat und nicht bei der Bevölkerung. Die Quartierbewohner bezieht er nur mit ein. So steht es in der Kantonsverfassung.

Harsche Worte also von Beteiligten aus der Bevölkerung. Der Kanton sieht sich aber seinerseits in einem Lernprozess (siehe Seite 13): Die neue Verfassung ist erst seit zehn Jahren in Kraft, die Verordnung zur Mitwirkung gibt es in dieser Form erst seit acht Jahren. Per September 2014 hat der Kanton Basel-Stadt 39 dieser Verfahren nach Paragraph 55 durchgeführt, oder er wickelt sie noch ab: vom Bläsiplätzli über die Erlentmatt bis eben zur Hafen- und Stadtentwicklung am Klybeckquai.

«Das Spektrum der Projekte, für die ein Mitwirkungsverfahren eröffnet wurde, ist sehr unterschiedlich», sagt Claudia Greter vom Basler Präsidialdepartement. Bei ihr laufen die Anträge auf Mitwirkung ein, und sie leitet die Anträge an die zuständigen Departemente weiter. Darüber hinaus lädt Greter auch die antragstellenden Quartierorganisationen und zuständigen Verwaltungsstellen zu Auslegeordnungen ein, in denen das weitere Vorgehen gemeinsam besprochen wird.

Unterschiedliche Erfahrungen

Dass dabei vor allem Bau- und Stadtentwicklungsprojekte im Fokus stehen, ist kein Wunder. Von diesen Umwälzungen in der direkten Lebensumwelt sind die meisten Einwohnerinnen und Einwohner betroffen.

So divers die Anträge, so unterschiedlich sind die Erfahrungen. Einige Mitwirkungsverfahren hätten «zur Zufriedenheit

aller Beteiligten» abgeschlossen werden können, schreibt der Kanton in seinem Leitfaden und verweist dabei auf die Umgestaltung des Erasmusplatzes. Andere aber harzen. Meist sind es Grossprojekte wie die landläufig «Rheinhattan» genannte Stadtentwicklung am Hafen oder die Arealentwicklung des Felix-Platter-Spitals.

Die Anwohner wollen ernst genommen werden. Sie brauchen die nötigen Informationen zur richtigen Zeit.

Die betroffenen Interessen unter einen Hut zu bringen, sei schwierig genug, sagt Theres Wernli vom Quartiersekretariat Kleinbasel. Seit über zehn Jahren hat sie die Bedürfnisse und Befindlichkeiten von Quartierbewohnern und Vereinen angehört und viele dieser Projekte begleitet. Dazu gehört auch das Hafenaerial. Es gebe viele Details im Prozess, die das Vertrauensverhältnis beeinträchtigten, so Wernli, «aber der Prozess wird weitergehen». Gerade die Verwaltung lerne dabei tatsächlich, wie mit der Bevölkerung umzugehen sei.

Doch nicht nur die Verwaltung muss lernen: «Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass es sich um einen «Kann-Artikel» handelt, dass es um einen Mitsprache- und nicht um einen Mitbestimmungsprozess geht, dass die Verwaltung die Anliegen aufnehmen kann und nicht muss», sagt Wernli.

Sie weist auch darauf hin, dass einige Dienststellen der Verwaltung deutlich näher bei der Bevölkerung sind als andere. So habe die Stadtgärtnerei früh ein Sensorium für die Bedürfnisse der Einwohner gezeigt. Der Tiefbau dagegen sei noch eher auf die geplante Umsetzung der Projekte bedacht.

So ergibt sich ein differenzierteres Bild im Bereich Mitwirkung und vor allem Mitsprache. Nicht überall herrscht Hafenplanungsfrust. Bei Grossprojekten allerdings ist der Miteinbezug der Bevölkerung nach wie vor eine schwierige Sache, wie die Berichte der Mitwirkenden aus der Bevölkerung zeigen.

Denn letztlich erhält die Mitwirkung hier die entscheidende Flughöhe. Bei der Neugestaltung eines Platzes mitreden, ist gut und recht. Doch wenn es ums Eingemachte geht, also wenn sich die Frage stellt, ob Basel eine Hafen-Skyline im Sinne von «Rheinhattan» oder eine «Öko-Insel» nach dem Konzept von «Greenhattan» bekommt, erhält eine Begleitgruppe ein anderes Gewicht. Denn selbst wenn jemand nur mit spricht und nicht mitentscheidet: Er will ernst genommen werden. Dafür braucht er die nötigen Informationen zur richtigen Zeit. Er muss orientiert werden. Unterstützen die Fachstellen die Bevölkerungsvertreter dabei nicht, wird der Paragraph 55 pervertiert: Anstatt miteinbezogen wird die Bevölkerung weiter ausgegrenzt.

Und obwohl sich die Mitwirkenden gerade bei diesen Prozessen im Sinne von Daniel Kurmann «weder als ewigen Neinsager noch als Verhinderer» verstehen, fällt dann eben doch das Urteil: «So nicht!»

tageswoche.ch/+5f741

Nicht immer führen Mitwirkungsverfahren, wie sie in Basel seit 2005 Gesetz sind, zu breit abgestützten Resultaten. Das zeigen die heftigen Debatten im Gundeli.

Das Mitwirken will erst noch gelernt sein

von Daniela Gschwend

Das Gundeldinger Quartier hat in Sachen Mitwirkung eine bewegte Geschichte. Vor zwei Jahren etwa schlug das Verkehrskonzept Gundeli hohe Wellen und scheiterte dann. Derzeit stehen die Neubaupläne der SBB am Bahnhofeingang Süd in der Kritik. Baulich, so viel ist klar, gibt es jede Menge Konfliktpotenzial im Quartier.

Liegt die Streitbarkeit der Quartierbewohner in Gestaltungsdingen noch im Bereich einer fruchtbaren Meinungsvielfalt? Kann man manchen Leuten einfach gar nichts recht machen? Oder ist sie Zeugnis für ein lebendiges Interesse am Quartier?

Bereits am Beispiel Tellplatz, für dessen Neugestaltung sich die Quartierorganisationen sehr eingesetzt haben, scheiden sich die Geister. Der wäre ja gut, wenn er genau so, aber ein klein bisschen anders wäre – vom Boulevard Güterstrasse gar nicht zu reden. Die Blumenkübel könnten noch ein paar Zentimeter weiter rechts oder links stehen, die am Platz ansässige Gastronomie noch ein paar Tische mehr oder weniger aufstellen – und so weiter.

Für Dispute sorgt auch der Gundeli-Tunnel, der weit über die Quartiergrenzen sehr umstritten ist.

Streitpunkt Verkehr

Verkehr ist, genauso wie die Gestaltung des öffentlichen Raums, ein Dauerthema im diesbezüglich sehr belasteten Gundeli. Immer wieder wird beklagt, wie viel Verkehr nun durchs Quartier rollt. Es gibt zahlreiche Verbesserungsansätze, die aber wiederum zum Teil für heftige Debatten sorgen.

Im Juni 2013 wurde vom Amt für Mobilität das Verkehrskonzept Gundeldingen präsentiert, das neben mehreren verkehrsberuhigten Zonen auch die Umverlegung der Buslinie 36 in die Güterstrasse vorsah. Vorbereitend fanden mehrere Arbeitssitzungen mit Vertretern des Quartiers statt.

An einer Podiumsdiskussion im September 2013 wehrten sich Anwohner dann lautstark gegen das Projekt. Vor allem die neue Verkehrsführung stiess auf Kritik. Der Verein IG Verkehr lancierte eine Petition gegen das Verkehrskonzept, das Ende 2014 «wegen unüberwindbarer Differenzen» sistiert wurde. Projektleiter Florian Mathys verstand die Welt nicht mehr.

Was war schiefgelaufen? An der Einbindung könne es nicht gelegen haben, sagt

Beatrice Isler, Vorsitzende des Neutralen Quartiervereins Gundeldingen. Die Gelegenheit zur Mitwirkung sei den Einwohnern umfassend angekündigt worden.

Warum wehrten sich dann ausgerechnet diejenigen, die am Mitwirkungsverfahren nicht teilgenommen hatten? «Es gibt immer Leute, die man nicht erreicht», sagt Isler. Das Mitwirkungsverfahren, findet sie, sei zu früh abgebrochen worden. Es sei zu wenig erklärt worden, warum man sich für die präsentierte Alternative entschieden habe. Günstiger wäre es gewesen, mehrere Alternativen vorzustellen – als Diskussionsgrundlage für das Quartier.

Wollten die Gundeldinger in erster Linie weniger Verkehr, nicht anderen Verkehr, wie es ihnen vom Bau- und Verkehrsdepartement vorgeschlagen wurde? Und fühlten sie sich deshalb veräppelt? «Ja auch», sagt Isler, «da gab es aber sehr verschiedene Beweggründe. Es haben sich zu meinem Erstaunen sehr viele Leute gegen das Verkehrskonzept Gundeli gewehrt, die aus meiner Sicht keine grossen Nachteile oder sogar Vorteile von der Umstellung hatten.»

Das gescheiterte Projekt hinterliess zumindest stellenweise Spuren. Ein ähnliches Szenario wollte Susanne Brinkforth vom Fachbereich Freiraumplanung nicht und holte die Einwohner gleich zu Beginn mit ins Boot. Auf breite Mitwirkung angelegt wurde ihr Projekt zur Grün- und Freiraumgestaltung im Gundeli. Bisher ein nahezu vorbildliches Beispiel zur Mitwirkung. Lanciert wurde in den letzten Wochen die Aktion «Unser Hinterhof». Zu anderen Themen liegen noch keine konkreten Pläne vor.

Widerstand formiert sich oft zu spät

Konkrete Pläne und sogar ein architektonisches Modell gibt es dagegen für den Umbau des SBB-Bahnhofeingangs Süd nebst begleitender Bautätigkeiten am Meret-Oppenheim-Platz, gegen die der Neutrale Quartierverein Einsprache einreichte. Das Quartier sei bei der Planung übergangen worden, so die Begründung.

Bauherr sind allerdings die SBB und nicht der Kanton. Ziel der Einsprache sei es nicht, das Bauprojekt zu stoppen, darauf legt der Neutrale Quartierverein wert. «Wir haben die einzige Möglichkeit zur Mitsprache genutzt, die uns zur Verfügung steht», betont Beatrice Isler. «Wir möchten als Quartierbevölkerung und als Kunden der SBB ernst genommen werden.»

Widerstand gegen ein Projekt formiert sich oft erst, nachdem konkrete Pläne auf dem Tisch liegen und durch die Medien kommuniziert werden. Bis dahin ist das Verfahren aber meist weit fortgeschritten. Ist das ein genereller Fehler im System?

«Nein», findet Isler. «Mit der medialen Berichterstattung erreicht man einfach eine neue Gruppe Menschen. Leute, die sich für den Mitwirkungsprozess nicht interessieren oder die man vorher nicht erreicht hat, werden dann mit einem Ergebnis konfrontiert, das ihnen vielleicht nicht gefällt. Dann werden sie aktiv.»

Aufwendiges Verfahren

Isler könne sich schon vorstellen, dass es für Kantonsmitarbeiter schwierig sei, wenn viel Widerspruch aus der Bevölkerung kommt. Aus ihrer Erfahrung heraus rät sie zur Geduld. 2007 trat die Verordnung über die Mitwirkung der Quartierbevölkerung in Kraft. Nun müssen laut Isler eben alle Beteiligten lernen, damit umzugehen.

«Wir müssen Mitwirkung auch leben», betont sie. «Ich denke, da muss man auf allen Seiten noch sehr viel lernen.» Für den Einzelnen sei es schwer, sich Gehör zu verschaffen, gibt die Präsidentin des Neutralen Quartiervereins zu. «Man muss schon organisiert sein», antwortet sie auf eine entsprechende Frage.

Das Gefühl, dass Anwohner vom Kanton nur abgespeist und nicht einbezogen zu werden, hat Isler aber nicht. Dafür, dass sich manchmal nur wenige Anwohner wirklich in das Mitwirkungsverfahren einbringen, gibt es ihrer Ansicht nach andere Gründe: Das Verfahren ist sehr aufwendig. Nicht jeder Quartierbewohner könne das zeitlich und organisatorisch leisten.

Die Gundelianer seien zwar streitbar, aber keine Bremsklötze, resümiert sie. Auch gingen erfolgreiche Mitwirkungsprozesse oft vergessen. Gut funktioniert hätten im Quartier etwa die Eröffnung der Kontakt- und Anlaufstelle für Drogensüchtige, die Einbettung dreier Asylbewerberheime und die Integration der Randständigen, die die Wärmestube Soup & Chill frequentieren. Und zum Schluss: «Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.»

tageswoche.ch/+uvrpc

×

**Jan Gehl**

«Ich habe mein Architekturstudium 1960 abgeschlossen. Das war der Tiefpunkt der Stadtplanung»: Charmant-bissige Kommentare sind das Markenzeichen von Jan Gehl. Der 78-jährige Däne hat sich der Stadtplanung nach «menschlichem Mass» verschrieben. Es ist massgeblich seiner Arbeit zuzuschreiben, dass Kopenhagen seit Jahren zu den lebenswertesten Städten der Welt gehört. Mit seiner Firma Gehl Architects berät er Städte auf der ganzen Welt dabei, wie sie zu «Städten für Menschen» werden können. Dies ist auch der Titel eines Buches, das vor Kurzem auf Deutsch erschien.

«Mitwirkung ist gut, aber ihre Voraussetzung ist Aufklärung.»

FOTO: BASILE BORNAND

Der öffentliche Raum soll zum «Wohnzimmer der Menschen» werden, fordert der dänische Stadtentwickler Jan Gehl. Das geht nur, wenn man die Menschen in die Planung einbezieht.

«Architekten wissen zu wenig über Menschen»

von Matthias Oppliger

Zur Begrüssung zupft Jan Gehl eine Visitenkarte aus seinem Stapel. Alle sind sie auf der Rückseite mit einem Foto bedruckt. Unsere zeigt ein gelb-rotes Tram der BLT. «This should be in Switzerland», sagt er. Die Bilder auf seinen Visitenkarten hat Gehl auf seinen vielen Reisen zusammengetragen.

Der dänische Architekt und Stadtplaner ist viel gereist. Obwohl seine Heimatstadt Kopenhagen zu den lebenswertesten Städten der Welt gehört. Das ist auch sein Verdienst. Mit seiner Firma Gehl Architects berät er Städte rund um den Globus dabei, wie sie zu «Städten für Menschen» werden können. Vor einigen Tagen war er in Basel zu Besuch, auf Einladung des Planungsamts. Wir treffen den 78-Jährigen auf dem Gundeldingerfeld, wo er am Abend zuvor einen öffentlichen und äusserst gut besuchten Vortrag über nachhaltigen Städtebau gehalten hat.

Herr Gehl, wie viele Schritte sind Sie heute bereits gegangen?

Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Ich habe einen Schrittzähler. Der Bürgermeister von Kaliningrad hat ihn mir geschenkt. (Er nestelt an seinen Kleidern und sucht ein kleines rotes Gerät hervor.) Oh, das kann eigentlich nicht stimmen. Anscheinend bin ich heute erst 5000 Schritte gegangen. Also muss ich noch einmal so viel gehen, um auf mein Tagessoll von 10000 Schritten zu kommen.

Wo sind Sie heute schon überall gewesen?

Ich war mit diesen verrückten Leuten vom Planungsamt unterwegs. Sie haben mich kreuz und quer durch dieses Quartier (*Gundeldingen, Anm. d. Red.*) geführt.

Ich habe gelesen, dass Sie gerne spazieren und stets eine Kamera dabei haben. Was fotografieren Sie damit?

Menschen hauptsächlich. Menschen, die den öffentlichen Raum nutzen. Mich interessieren aber auch besonders gelungene Lösungen planerischer Probleme. Und besonders dumme Lösungen. Ich zeige diese Bilder in meinen Präsentationen

oder in meinen Büchern. In den letzten fünfzig Jahren habe ich so eine riesige Bildersammlung aus fünf Kontinenten zusammengetragen. Bilder von Menschen kann ich mir stundenlang ansehen. Bilder von Gebäuden und Autos hingegen langweilen mich sofort.

«Bilder von Menschen kann ich mir stundenlang ansehen. Bilder von Gebäuden und Autos langweilen mich sofort.»

Was haben Sie in Basel fotografiert?

Ich hatte nicht die Zeit, viele Bilder zu machen. Wir haben sehr viel gearbeitet in der kurzen Zeit, die ich hier war.

Was hat Ihr Interesse geweckt, als Sie durch Basel spaziert sind?

Auf meinem ersten Foto, das ich hier gemacht habe, ist das kleine Fährboot über den Rhein zu sehen. Es hat keinen Motor und wird nur durch die Strömung angetrieben. Das ist genial. Auch den Münsterplatz habe ich fotografiert. Er ist ein schönes Beispiel für einen schönen alten Platz, der das menschliche Mass berücksichtigt. Egal wo man steht, man behält den Überblick. Moderne Plätze sind oft viel zu gross, sodass man sich als Mensch schnell winzig und verloren vorkommt.

Vor einigen Jahren wurde der Münsterplatz noch regelmässig als Parkplatz benutzt. Nun ist es endlich gelungen, die Autos loszuwerden.

Ich beobachte eine ähnliche Entwicklung auf der ganzen Welt. Die Liebesbeziehung von den Menschen zu ihrem Auto flaut langsam ab. Viele Menschen fragen sich grade, ob es wirklich das Wahre ist, den Motorfahrzeugen derart viel Platz einzuräumen.

Es ist ein Klischee, einen Gast aus dem Ausland zu fragen, wie ihm Basel gefällt.

Bei Ihnen ergibt diese Frage aber Sinn.

Also: Wie gefällt Ihnen Basel?

Ich kann nicht viel dazu sagen, weil ich noch nicht lange hier bin. Aber Basel fühlt sich gut an. Noch viel wichtiger ist jedoch mein Eindruck, dass die Planer und Politiker hier ernsthaft daran arbeiten, diese Stadt besser zu machen.

Viel interessanter ist die Frage, was Ihnen nicht gefällt.

Mir ist aufgefallen, dass es in dieser Stadt sehr viel Asphalt gibt. Asphalt ist für Autos, Busse und Fahrräder gedacht, nicht für Fussgänger. In Basel scheinen Autos und Fussgänger gleich behandelt zu werden. Also habe ich den Planern empfohlen, über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich sämtliche Fussgängerzonen und Gehwege mit Steinplatten zu verschönern. Die Botschaft muss sein: «Wir wollen, dass ihr hier seid.» Der öffentliche Raum soll das Wohnzimmer der Stadt werden.

Sie haben Kopenhagen zu einer der lebenswertesten Städte der Welt gemacht. Wann fangen Sie in Basel an? Montag hätte ich Zeit.

Hätte?

Ich benötige schon eine offizielle Einladung. Aber ich kann mir vorstellen, wie fruchtbar eine solche Zusammenarbeit sein könnte.

Welche Ratschläge haben Sie unseren Stadtplanern gegeben?

Ich gebe keine Ratschläge, wenn ich mich in einer Stadt nur knapp 24 Stunden aufgehalten habe. Ganz allgemein empfehle ich jedoch allen Städten eine systematische Erhebung und Beobachtung des öffentlichen Lebens. Genau das, was Verkehrsplaner seit Jahrzehnten tun, muss auch auf die Bewohner einer Stadt angewendet werden. Wir wissen alles über den Verkehr, aber wir wissen kaum etwas darüber, wie die Menschen eine Stadt beleben und nutzen. Es ist erwiesen, dass man sich nur um die Dinge kümmert, über die man Bescheid weiss. Meine Botschaft ist: Lernt eure Stadt zuerst kennen und verbessert sie dann, wo es nötig ist.

Ihre Formel ist sehr einfach: Je weniger Autos, desto höher die Lebensqualität. In der Realität bricht bei jedem Parkplatz, der wegfällt, ein Riesengeschrei aus.

Nur wenn es nicht Gott ist, der den Parkplatz entfernt. Wenn Gott auf Ihrer Seite ist, haben Sie keine Probleme.

Also sollen wir für weniger Verkehr beten?

Oder Sie versuchen es mit Aufklärung. Das Verkehrsaufkommen kann gesteuert werden. Eine Stadt ohne Verkehr ist gesünder, nachhaltiger und lebenswerter. Die Bewohner verstehen das, wenn sie genügend und gute Informationen dazu bekommen.

«Der Verkehr lässt sich am einfachsten reduzieren, wenn höhere Mächte im Spiel sind. Erdbeben zum Beispiel.»

Wie ändert man Menschen und ihre Gewohnheiten? Jemand, der nicht zu Fuss gehen und das Fahrrad benutzen will, wird doch immer das Auto bevorzugen.

Soll er doch. Auf der anderen Seite wird es immer Menschen geben, denen Umwelt und Gesundheit wichtiger sind. Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollte sein, den Anteil am öffentlichen Verkehr, der aus eigener Kraft angetrieben oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigt wird, langsam und stetig zu erhöhen. Unsere Erfahrung zeigt: Wenn es in einer Stadt schöne Fahrradwege gibt, werden die Menschen sie benutzen. Wenn der öffentliche Verkehr gut funktioniert, werden die Menschen Bus und Tram fahren. Verkehr verhält sich wie Wasser, er geht dahin, wo es Platz gibt. Und wenn es keinen Platz mehr gibt, versiegt er.

Also ist es eine Fragen der Optionen, nicht der Regeln?

Als man in London die Innenstadtmaut eingeführt hat, reduzierte sich der Verkehr bereits tags darauf um 20 Prozent. Menschen tendieren dazu, eine bestimmte Situation für gottgegeben zu halten. Wie man in San Francisco sehen kann, lässt sich der Verkehr am einfachsten reduzieren, wenn höhere Mächte im Spiel sind. Der Embarcadero Freeway war die Hauptschlagader der Stadt. Als er durch ein Erdbeben beschädigt wurde, dachten alle, dass die Stadt sterben wird. Drei Monate später stellte sich jedoch heraus, dass es überhaupt keine Probleme gab. Dank diesem Erdbeben ist San Francisco heute eine viel schönere Stadt. Wenn wir in einer Stadt zu arbeiten anfangen, fragen wir deshalb immer: «Habt ihr Erdbeben in der Gegend, die uns dabei helfen könnten, diese und jene überflüssige Strasse loszuwerden?»

Nach Ihrer Vorlesung am Donnerstag hat jemand aus dem Publikum die Frage gestellt, wie die Bevölkerung in

die Stadtplanung einbezogen werden kann. Mitwirkung ist ein heiss diskutiertes Thema in Basel.

Die Menschen interessieren sich stark für Fragen der Nachhaltigkeit. Sie wollen mehr darüber erfahren, wie die Stadt in zehn, zwanzig Jahren aussieht, wenn ihre Kinder und Enkel gross sind. Sie können gute von schlechten Alternativen unterscheiden. Mitwirkung ist gut, aber ihre Voraussetzung ist Aufklärung. Die Menschen müssen ganz genau wissen, worüber sie entscheiden können. Wenn man ohne vorherige Information der Bevölkerung verkündet, sämtliche Parkplätze zu entfernen, gibt es einen Aufstand. Ich erzähle immer die gleiche Geschichte: Meine Frau und ich feierten unseren 45. Hochzeitstag. Wir radelten Seite an Seite mit dem Fahrrad durch Kopenhagen zum Restaurant und zurück, beide waren wir rund 70 Jahre alt. Wir realisierten plötzlich, wie viel besser unsere Stadt geworden ist. Es ist ein wahn-sinnig gutes Gefühl, jeden Morgen zu wissen, dass die Stadt ein wenig besser ist als am Tag zuvor. Das gibt Hoffnung für die kommenden Generationen. Gelingt es einer Stadt, dieses Gefühl zu vermitteln, werden die Planer auf wenig Widerstand stossen.

Sie haben eine urbanistische Vision.

Wie verhindern Sie, dass sie durch

Kompromisse zunichte gemacht wird?

Es gibt immer Kompromisse. Und natürlich hinterlassen wir nach jedem Auftrag einen fantastischen Plan, nur um dann einige Jahre später festzustellen, dass bloss 60 Prozent davon umgesetzt wurden. Das gehört eben dazu. Ich habe so viele Städte gesehen, die einen wunderbaren Wandel vollzogen haben. Ein schlechtes Beispiel ist London, wo die vielen verschiedenen Komitees noch immer über die Vorschläge beraten, die ich vor zehn Jahren unterbreitet habe. Ein gutes Beispiel ist Perth in Australien. Vor 22 Jahren habe ich dort meine Beratung angefangen. In dieser Zeit ist Perth von einer furchtbaren zu einer wunderbaren Stadt geworden. Es hat also auch seine guten Seiten, ein älterer Herr zu sein.

Weil Sie Fortschritt beobachten können?

Weil ich sehe, dass Dinge geschehen.

Sie hatten Ihre erste Begegnung mit dem menschlichen Aspekt der Architektur dank Ihrer Frau, die Psychologin ist. Sie hat Sie gefragt, weshalb Architekten nicht an die Menschen denken, wenn sie Häuser bauen. Sind Psychologen die besseren Architekten?

Nein, das denke ich nicht. Aber Psychologen sehen die Welt aus einem anderen Blickwinkel. Dank der Gespräche mit meiner Frau habe ich verstanden, dass die Architektur die menschliche Dimension komplett ausblendet. In den Architektur- und Planungsschulen lernen die Studenten noch heute fast nichts über die Menschen und ihre Bedürfnisse. Erst in den Sechzigern wurden die Mauern zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen eingerissen, Türen geöffnet und Grenzen ge-

sprengt. Nach fünfzig Jahren sehe ich endlich, wie unsere Arbeit Anklang findet. Meine Bücher wurden in dreissig Sprachen übersetzt und meine Firma ist auf fünf Kontinenten tätig.

In Ihrem Buch schreiben Sie, dass es bei Architektur um den Raum zwischen den Häusern gehe, nicht um die Form der Gebäude. Einige sogenannte Stararchitekten würden dieser Aussage wohl vehement widersprechen.

Sollen sie doch. An einer Konferenz in London ist kürzlich ein Typ aufgetreten, der gesagt hat: «Ich bemitleide euch Architekten. Euer einziges Kommunikationsmittel ist das Bild. Alles, was man auf einem Bild sehen kan, ist Form. Deshalb kommuniziert ihr untereinander nur über Form und ihr seid alle besessen davon. Was ihr macht, ist nicht Architektur, das ist Bildhauerei.» Es geht nicht um Gebäude und Strassen, es geht um die Interaktion zwischen Leben und Umgebung. Diese Dimension der Architektur wurde von den Modernisten komplett verneint. Wir brauchen neue Paradigmen der Stadtplanung: Städte müssen lebenswert, gesund und nachhaltig sein.

Wir sind in Basel so stolz auf unsere eigenen Stararchitekten, dass sie fast jedes grössere Bauprojekt realisieren dürfen. Sie bauen dann vorzugsweise Hochhäuser.

Hochhäuser sind aus der Ferne zwar nett anzusehen, und auch die Aussicht vom obersten Stockwerk ist schön. Steht man allerdings direkt daneben oder wohnt im dritten Stock, gibt es wenig Positives zu sagen über Hochhäuser. Wer oberhalb der fünften oder sechsten Etage wohnt, gehört nicht mehr zur Stadt, sondern zum Luftraum. Es gibt gute Gründe, ein Hochhaus zu bauen. Aber es muss umsichtig geschehen.

«Wer oberhalb der fünften oder sechsten Etage wohnt, gehört nicht mehr zur Stadt, sondern zum Luftraum.»

Ihre Kritik an Architektur und Stadtplanung fällt scharf aus. Wie kommt es, dass Sie trotzdem so optimistisch geblieben sind?

Ich bin zunehmend optimistisch, weil ich gesehen habe, wie viele Dinge besser und vernünftiger geworden sind. Mir scheint, wir haben einen guten Weg gefunden, die Probleme zu lösen, die uns die Modernisten mit ihrer Autoinvasion gebracht haben. Sorgen bereiten mir derzeit vor allem die schnell wachsenden Städte der Dritten Welt. Alle diese Dinge, über die wir gesprochen haben, können auch dort angewendet werden. Denn es ist günstig, eine Stadt lebenswerter und nachhaltiger zu machen. Davon profitieren alle.

tageswoche.ch/+njnux



Für Protest sorgen in Basel vor allem Grossprojekte wie die Hafenentwicklung. FOTO: MVRDV

Stadtentwicklung

Funktionieren Mitwirkungsverfahren? Ja, aber ... bilanziert der Kanton.

Der Kanton wünscht sich mehr aktive Bürger

von Andreas Schwald

Mitwirkung ist gut, aber ihre Voraussetzung ist Aufklärung: Das sagt der Däne Jan Gehl, eine Koryphäe auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, im Interview (siehe Seite 10).

Diese Aussage stützen Reaktionen von Mitwirkenden aus der Bevölkerung bei staatlichen Planungsprozessen. Von mangelhafter Kommunikation ist etwa die Rede, von Sachverhalten, die Laien überfordern, wenn sie keine Hilfestellung erhalten.

Doch es gibt auch positive Beispiele. So führt etwa Theres Wernli vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel die Ackermatte und den Giessliweg an, die mit den Spielplätzen zur Zufriedenheit aller gebaut werden konnten (tageswoche.ch/+oj63r).

Dieses Beispiel nennt auch die zuständige Stelle des Kantons. Darüber hinaus verweist die Fachstelle auch auf die Überbauung des alten Kinderspitals. Die Kommunikation während des Prozesses habe gut funktioniert.

Insbesondere die Zugänglichkeit des Areals, quartierbezogene Nutzungen im Erdgeschoss und Wohnungsgrundrisse, die unterschiedliche Wohn- und Lebensformen ermöglichen, seien dank der Mitwirkung ins Bauprojekt eingeflossen. Doch gerade die harsche Kritik fällt auf – besonders wenn es um laufende Prestigeobjekte

wie das Hafenaerial oder das Areal des Felix-Platter-Spitals geht.

Dabei ist der Kanton seit zehn Jahren einer Mitwirkungskultur ausgesetzt, die sich mit unterschiedlichsten Projekten beschäftigt: Vom Spielplatz bis zur Grossüberbauung ist alles dabei, das birgt entsprechend Konfliktpotenzial. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung nimmt dabei eine Schlüsselposition ein. Sie koordiniert beim Präsidialdepartement die Mitwirkungsverfahren zwischen Bevölkerung und Verwaltung.

Trotz Mitwirkung – ganz am Schluss entscheidet der Kanton.

Die Bilanz: durchwegs positiv. Die Möglichkeiten zur Mitwirkung würden unterschiedlich stark genutzt, schreibt Leiter Roland Frank auf Anfrage – «je nach Betroffenheit der Quartierbevölkerung». Entwicklungspotenzial sei aber noch vorhanden, konkret auch bei der Beteiligung der Quartierbewohnenden: Die könnte durchaus höher sein.

Und dann fällt auch wieder das Wort «Lernprozess». «Jedes Verfahren ist anders und neue Formen des Einbezugs der Quartierbevölkerung werden in der Praxis

erprobt», so Amtsleiter Frank. «Wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse werden festgehalten und in die neuen Mitwirkungsverfahren einfließen.»

Die Verfahren entwickeln sich. Seit 2012 findet zu Beginn eines Prozesses etwa erst eine Auslegeordnung zwischen Quartierorganisationen und Verwaltungsstellen statt. Dabei nimmt die Fachstelle eine Schlüsselrolle ein: Sie klärt mit den Verantwortlichen Erwartungen, Handlungsspielraum und konkretes Vorgehen verbindlich ab. Danach ist die federführende Verwaltungsstelle zusammen mit dem jeweiligen Stadtteilsekretariat für den Prozess verantwortlich.

«Dieses Vorgehen hat sich sehr gut bewährt», so Frank. Dennoch ortet die Fachstelle Entwicklungspotenzial. Etwa beim optimalen Beginn für den Einbezug der Bevölkerung, aber auch bei der Transparenz der Prozesse.

Ein kritischer Punkt ist zudem die Erwartungshaltung der Quartierbevölkerung an den Mitwirkungsprozess: «Je nach Ausgangslage sind die Erwartungen unterschiedlich.» Immerhin: Die Quartierbevölkerung mache dank ihres lokalen Wissens die Verwaltung auf «wichtige Wahrnehmungen» aufmerksam. «Diese können zu guten Lösungsansätzen für anstehende Projekte beitragen.»

Nur: Die Entscheidungen trifft letztlich der Kanton. Die Ergebnisse aus den Mitwirkungsverfahren würden gemäss dem am Anfang definierten Verfahren den Entscheidungsträgern übergeben, so Frank. Das können eine Dienststelle sein, die betroffenen Departementsvorsteher, der Regierungsrat oder auch der Grosse Rat.

Kompromisse prägen das Stadtbild

Dennoch, die Kritik steht. Den Vorwurf, dass die Bevölkerung trotz Mitwirkung keine Stimme hat, weist die Kantons- und Stadtentwicklung allerdings zurück. «Die Bevölkerung hat jederzeit die Möglichkeit, von der Verwaltung angehört zu werden. Soweit möglich, werden die unterschiedlichen Anliegen berücksichtigt», so Frank. Die Entscheidungsträger allerdings müssen jeweils die Interessen gegeneinander abwägen: die fachliche Einschätzung der Verwaltung wie auch die unterschiedlichen Stimmen aus einem Quartier.

Trotz der positiven Zwischenbilanz also: Von Euphorie ist die Stimmung nicht geprägt. Die Basler Mitwirkung funktioniert grundsätzlich. Auch wenn ein komplexes Grossprojekt wie die Überbauung der Klybeck-Insel noch nicht zum Vorzeigemodell für Mitwirkungsprozesse gehört – zumindest zum heutigen Zeitpunkt.

Dabei gilt letztlich auch, was der dänische Stadtplaner Jan Gehl für seine eigene Arbeit feststellt: «Es gibt immer Kompromisse. Und natürlich hinterlassen wir nach jedem Auftrag einen fantastischen Plan, nur um dann einige Jahre später festzustellen, dass bloss 60 Prozent davon umgesetzt wurden.»

tageswoche.ch/+yitqq

×

Bei der Kleinbasler Lady Bar stösst Mitsprache an ihre Grenzen: Viele Anwohner unterstützen den Club, doch der Kanton will die Liegenschaft wirtschaftlich betreiben.

Mitwirkung scheitert an finanziellen Interessen

von Dominique Spirgi

Das DJ-Set von Timnah Sommerfeldt wird am Samstag viel Publikum anlocken. Sie legt in einer der angesagtesten Bars auf, die sich mitten in der Stadt befindet und von der Anwohnerschaft toleriert wird: in der Lady Bar. Als die Lokalitäten vor zweieinhalb Jahren neu eröffnet wurden, sahen sich die Anwohner vom Ansturm des Ausgehpublikums geradezu überwältigt. «In der Zwischenzeit hat aber ein Gewöhnungsprozess stattgefunden», sagt Tom Brunner, Betreiber der Lady Bar und des Restaurants Feldberg an der Ecke Feldbergstrasse und Klybeckstrasse.

Die Quartierbevölkerung empfinde die Barkundschaft nicht mehr als Bedrohung, und die Betreiber achten darauf, dass die Lautstärke der Gäste vor dem Lokal gedämpft und der Abfall weggeräumt wird. «Wir sind auf null Reklamationen heruntergekommen», sagt Brunner.

Doch die Lady Bar befindet sich just an einer Schnittstelle zwischen öffentlicher Nutzung, Zwischennutzung und letztlich auch der Mitwirkung durch die Bevölkerung. Anders gesagt: Das Lokal ist ein quartierpolitischer Brennpunkt.

Die Nutzung der Staatsliegenschaft mit der Lady Bar, dem Restaurant Feldberg mit Flüchtlingswohnungen darüber und der Lebensmittelgemeinschaft Basel im Hinterhof ist beschränkt. Ursprünglich sollte bereits Ende März Schluss sein mit dem Zwischennutzungsprojekt. Weil sich der Bericht der Denkmalpflege verzögerte, wurde die Zwischennutzung um ein Jahr bis Ende März 2016 verlängert.

Mitwirkungsprozess eingeleitet

Aber Zwischennutzung bleibt Zwischennutzung. Um nicht an den Bedürfnissen der Quartierbevölkerung vorbeizuplanen, setzten der Kanton via Immobilien Basel-Stadt mit dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel ein Mitwirkungsverfahren in Gang. Klingt einfach, ist es aber nicht. Denn die Auflagen schmälern den Spielraum.

«Zur Formulierung eines Leitbilds für die Erdgeschossnutzung der Liegenschaft sollen die Quartieranliegen möglichst repräsentativ aufgenommen werden», heisst es in der Verfahrensdefinition. «In der Projektentwicklung und in der darauffolgenden Vermietung soll diesem Leitbild innerhalb der übergeordneten Rahmenbedingungen so gut wie möglich entsprochen werden.»

«Übergeordnete Rahmenbedingungen» schränken Mitwirkungsmöglichkeiten stark ein.

Diese «übergeordneten Rahmenbedingungen» – erwähnt sind die Kosten, die Wirtschaftlichkeit und die Marktsituation – schränken aber die Mitwirkungsmöglichkeiten relativ stark ein. Dazu kommt, dass die künftige Nutzung der Obergeschosse mit «Schwerpunkt Wohnen» von vornherein ausgeklammert wurde.

Bei der ersten Mitwirkungsversammlung war das zahlreich anwesende Publikum altersmässig gut durchmischt. Auffallend war, dass bei der Evaluation der Quartieranliegen die aktuelle Zwischennutzung, namentlich der Club und das Restaurant, auch bei den älteren Teilnehmern am besten abschnitt. «Die Verteilung der Punkte hat auch mich positiv überrascht», erinnert sich Brunner. In den späteren Workshops stieg der Altersdurchschnitt allerdings wieder. Auf die Liste der Nutzungswünsche gelangten Ideen wie ein «Austoberaum für Kinder» oder eine «Schauwerkstatt» im Hinterhof.

Doch der Wunsch, dass die künftige Nutzung auch Raum für laute Anlässe bieten sollte, blieb als Forderung stehen. An der Ergebniskonferenz Ende November 2013 schlangen neben der weiteren Nutzung des Hauptgebäudes als Restaurant unter anderem ein Neubau des Gebäudes

im Hinterhof, der auch Platz für «laute Nutzungen» bieten sollte, oben auf.

Mit ihren Vorschlägen hatten die Teilnehmer jedoch die Grenzen überschritten: Nur die Erdgeschossräume sollten Gegenstand der Mitsprache sein, auch die Rahmenbedingungen in Sachen Wirtschaftlichkeit und Marktsituation wurden strapaziert. «Schöne Ideen sind begrüssenswert, es stellt sich am Schluss aber die Frage, wie sie finanzierbar sind», sagt auch Tom Brunner.

«Es handelte sich nicht wirklich um einen Mitwirkungsprozess, sondern um eine Anhörung», sagt denn auch Barbara Neidhart, die als Delegierte von Immobilien Basel-Stadt an den Gesprächen und Workshops teilgenommen hatte. Nur: Die Veranstaltungen liefen offiziell unter dem Titel «Mitwirkungsverfahren».

Mehr versprochen als eingehalten

Mit dieser Formulierung wurde mehr versprochen, als eingehalten werden konnte. «Aus dem Prozess sind sehr gute Anregungen an uns herangetragen worden, aber wir müssen uns an den Rahmen der Wirtschaftlichkeit halten», sagt Neidhart. «Immobilien Basel-Stadt darf über die Mietpreise keine Nutzungen subventionieren.»

Folgenlos soll der Anhörungsprozess aber nicht bleiben. «Wir nehmen die Anregung auf, dass im Erdgeschoss Räumlichkeiten für öffentliche Nutzungen eingerichtet werden sollen», sagt Neidhart. Ebenso aufgenommen worden sei der Wunsch, dass in den Obergeschossen günstiger Wohnraum geschaffen werden soll.

Wie geht es nun weiter? Aus dem Basler Kantonsblatt geht hervor, dass Immobilien Basel-Stadt «ein Generalplanerteam» für die «Instandsetzung und den Neubau Feldbergstrasse 47» sucht. Allzu viele Details enthält aber auch diese Ausschreibung nicht – mit einer Ausnahme: «Das bestehende eingeschossige Hinterhofgebäude soll durch ein mehrstöckiges Wohngebäude ersetzt werden.»

tageswoche.ch/+xdfc8

×

A woman with dark hair, wearing a black jacket, a black top, a light blue scarf, and black pants, stands on a gravel path. Behind her is a large pile of gravel and a construction site with scaffolding. The text is overlaid on the right side of the image.

**«Lebenswert
und vielfältig soll
das Kleinbasel
sein – an der
Entwicklung muss
die Bevölkerung
teilhaben können.»**

Heike Oldörp, Co-Leiterin
Stadtteilsekretariat Kleinbasel

FOTO: BASILE BORNAND

Nach dem Nein zu «Wohnen für alle» fordert der Mieterverband Basel mehr kostengünstigen Wohnraum.

Zu viel Markt, zu wenig Politik

von Andreas Schwald

Das Nein zu «Wohnen für alle» sass der Basler SP in den Knochen – besonders die Bemerkung ihres Regierungsrats Hans-Peter Wessels, der auf Facebook das Nein als «Vertrauensbeweis für die Strategie zur Wohnraumförderung der Basler Regierung» wertete. Parteifreunde äusseren sich aufgebracht, Juso-Vizepräsidentin Lavinia Fasciati bezeichnete die Äusserung gegenüber der TagesWoche als schlicht respektlos, worauf sich Wessels entschuldigte.

Die Kernfrage, welche Art von Wohnraum es in Basel braucht, beantwortet die Regierung mit einer einfachen Antwort: «Grundsätzlich entscheidet dies der Markt.» So formulierte es auch Regula Küng, Leiterin der Basler Fachstelle für Wohnraumentwicklung, am Montag im Interview mit der «Basler Zeitung».

Dabei führt Küng auch an, dass der Kanton vor allem «etwas in der Förderung von gemeinnützigem und damit preis-

Kein Platz frei: Der bezahlbare Wohnraum ist zu knapp, findet der Mieterverband Basel.

FOTO: KEYSTONE



günstigem Wohnangebot» unternehme, so Küng im Interview: «Zudem hat der Kanton mit dem Wohnraumfördergesetz die Möglichkeit bekommen, besonders benachteiligten Menschen, die auf dem Wohnmarkt immer den Kürzeren ziehen, ein Angebot bereitzustellen.»

Der Markt spielt frei in Basel

Und genau gegen dieses noch junge Wohnraumfördergesetz regt sich Widerstand. Das Gesetz ist seit einem halben Jahr in Kraft und wurde als Gegenvorschlag der Regierung zu einer Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel angenommen (MV Basel). Dieser kritisiert die Wohnraumförderung der Basler Regierung allerdings immer noch scharf.

«Natürlich ist es schade, dass «Wohnen für alle» nicht angenommen wurde», sagt Patrizia Bernasconi, Co-Geschäftsführerin des MV Basel. «Die federführende SP hat die Initiative auch nicht gut vermittelt: Viel zu oft war von Wohngenossenschaften die Rede. Die Stiftung hätte aber andere Betätigungsfelder gehabt: zum Beispiel Liegenschaften zu erwerben, und sie so der Spekulation zu entziehen.»

Genau hier setze das Problem der Basler Wohnraumförderung an: «Die Regierung überlässt den Basler Wohnraum grundsätzlich dem Markt.» Statt Wohnungsbau nach sozialen Kriterien zu forcieren, etwa gezielt günstigen Wohnraum für sozial Schwächere zu schaffen, habe der Markt freie Hand.

Der Kanton soll stärkere Leitplanken im sozialen Wohnungsbau setzen: Förderung von Kostenmiete und günstigem Wohnraum.

Das widerspreche auch dem Erhalt von günstigem Wohnraum, der zugunsten höherer Renditen ersetzt würde, sagt Bernasconi. Dem Mieterverband seien Fälle bekannt, in denen eine sogenannte «sanfte Sanierung» scheiterte, weil die Bank dem Liegenschaftsbesitzer nur einen Kredit für eine umfassende Sanierung gestatten wollte. Darauf sei die Kündigung aller Mietparteien erfolgt. «Auch das ist eine Folge des freien Marktes», so Bernasconi.

Die Politik der Basler Wohnraumförderung fusst hauptsächlich auf der Arbeit dreier Departemente, die von rotgrünen Regierungsräten geführt werden:

- Das Präsidialdepartement von Guy Morin (Grüne) koordiniert mit der Fachstelle von Regula Küng die Wohnraumentwicklung.
- Das Bau- und Verkehrsdepartement von Hans-Peter Wessels (SP) plant vornehmlich und ermöglicht zum Beispiel Arealentwicklungen wie Volta Ost oder die Erlenmatt.

- Das Finanzdepartement von Eva Herzog (SP) beherbergt mit Immobilien Basel-Stadt (IBS) das breite staatliche Immobilienportfolio. Allerdings arbeitet IBS nach marktwirtschaftlichen Kriterien: Der Betrieb bewirtschaftet das Finanz- und Verwaltungsvermögen des Kantons und damit der Stadt. Das heisst, dass auch IBS Rendite-Ziele erreichen muss.

Das sei schon strukturell problematisch, so BastA!-Politikerin Bernasconi, deren Mieterverband zu den schärfsten Kritikern von Immobilien Basel-Stadt gehört. Dabei sollte der Kanton – geht es nach dem Mieterverband – stärkere Leitplanken im sozialen Wohnungsbau setzen: Förderung der Kostenmiete und Erhalt von günstigem Wohnraum. Darüber hinaus seien raumplanerische Massnahmen nötig, etwa spezielle Bebauungspläne, die einen spezifischen Anteil an bezahlbarem Wohnraum verlangen.

«Das Wohnraumfördergesetz des Kantons ist aus unserer Sicht lediglich ein Investorenfördergesetz», so Bernasconi. Es ersetze keine soziale Wohnungspolitik, wobei Bernasconi diesbezüglich

den Stellenwert von Wohngenossenschaften in der Debatte relativiert: «Auch beim Abstimmungskampf für «Wohnen für alle» wäre daher besser das Wort Kostenmiete als Genossenschaften gefallen.»

Genossenschaften würden zwar Wohnraum zur Kostenmiete anbieten, gerade ältere Genossenschaften seien aber aufgrund ihrer Struktur eher konservativ in der Wohnungsvergabe, was sozial Schwächere selten zugute käme.

Mehrere Initiativen geplant

Mit dem Nein zu «Wohnen für alle» ist der Widerstand gegen die Basler Wohnraumpolitik daher noch lange nicht beendet. Der Mieterverband wird selbst noch mehrere Initiativen zur Abstimmung bringen. Das Ziel: Günstiger Wohnraum soll günstig bleiben.

Ein sportliches Programm. Denn laut BaZ rechnet auch der Kanton damit, dass wegen der aktuellen Leerstandsquote gerade bei Wohnungswechseln die Mieten teurer werden könnten.

tageswoche.ch/+90340

x

ANZEIGE

UPK
Universitäre
Psychiatrische Kliniken
Basel

EINTRITT FREI

WIE SO?

ÖFFENTLICHE PUBLIKUMSVORTRÄGE IN DEN UPK BASEL

PSYCHIATRISCHER GUTACHTER – RICHTER IN WEISS?

EIN REFERAT VON:

PROF. DR. MED. MARC GRAFKLINIKDIREKTOR FORENSISCH-PSYCHIATRISCHE
KLINIK, KLINISCHER PROFESSOR
FÜR FORENSISCHE PSYCHIATRIE AN DER
UNIVERSITÄT BASEL

**DONNERSTAG
26. MÄRZ 2015
19–20 UHR**

PLENUM 1, ÖKONOMIEGEBÄUDE
WILHELM KLEIN-STRASSE 27



[www.upkbs.ch/
veranstaltungen](http://www.upkbs.ch/veranstaltungen)

58c

Verkehr

Initiative für Basler Velo-Ring lanciert

von Dominique Spirgi

Pro Velo hat eine kantonale Volksinitiative für einen geschlossenen und sicher zu befahrenden Veloring durch die Basler Aussenquartiere lanciert. «An der Strecke zwischen Kannenfeldstrasse und dem Zolli gibt es eigentlich wenig auszusetzen», sagte Pro-Velo-Präsident und Präsident der Grünliberalen David Wüest-Rudin. Ansonsten gäbe es aber viele Punkte, die es zu optimieren gelte.

Zum Beispiel die Strecke, die heute über den unübersichtlichen Dorenbachkreisel und weiter über das Dorenbachviadukt zum Bahnhof SBB führt. Hier stellt sich das Initiativkomitee als Alternative den Bau eines Velo- und Fussgängerstegs über dem Trassee der Elsässerbahn bis zum Höhenweg auf der östlichen Seite des Birsigtals vor.

Diese Idee mag auf den ersten Blick etwas kühn wirken, ist aber keine neue Wunschvorstellung des Initiativkomitees. Die Idee des Zollistegs findet sich auch im Teilrichtplan Veloverkehr, den die Basler Regierung im letzten Herbst verabschiedet hat und der in diesem speziellen Fall eine Forderung aufnimmt, die um Jahrzehnte älter ist.

Pro Velo möchte nun nicht darauf warten, bis die Regierung von selbst Teilprojekte aus dem Richtplan auf die politische Traktandenliste setzt. «Uns geht es in diesem Fall darum, Druck hinter dieses Projekt zu setzen», sagte SP-Grossrat und Velo-Lobbyist Jörg Vitelli, der zusammen mit Politikerinnen und Politikern von der BastA! bis zur FDP Mitglied des Initiativkomitees ist.

Auch ein weiteres grösseres Bauvorhaben – der Bau einer Velo- und Fussgänger-Rheinbrücke (Sevogelbrücke) auf der Höhe der St.-Alban-Fähre – findet sich bereits im Teilrichtplan der Regierung. Dieses Teilprojekt aber möchten die Initianten, um ihr Anliegen nicht mit hohen Kosten zu belasten, noch ausklammern. So bleibt der Zollisteg – vorerst – das einzige grössere Bauprojekt.

20 bis 25 Millionen kostet Umsetzung

Alles in allem geht es den Initianten um die Einrichtung eines Velorings, der gefahrlos befahren werden kann, wo die Velofahrer genügend Platz haben, um zu zweit nebeneinander fahren zu können, und wo sie, wenn immer möglich, vortrittsberechtigt sind.

Die Initianten rechnen mit Kosten von 20 bis 25 Millionen Franken für die Route, die die Dreirosenbrücke, den Kannenfeldplatz, die Sportanlagen Schützenmatte, den Bahnhof SBB, das St.-Alban-Tor, das Wettsteinquartier, das Erlennatt-Areal und wieder die Dreirosenbrücke lückenlos miteinander verbinden.

Ein Übersichtsplan des geforderten Velorings: tageswoche.ch/+mdmqg

RTV Basel

6

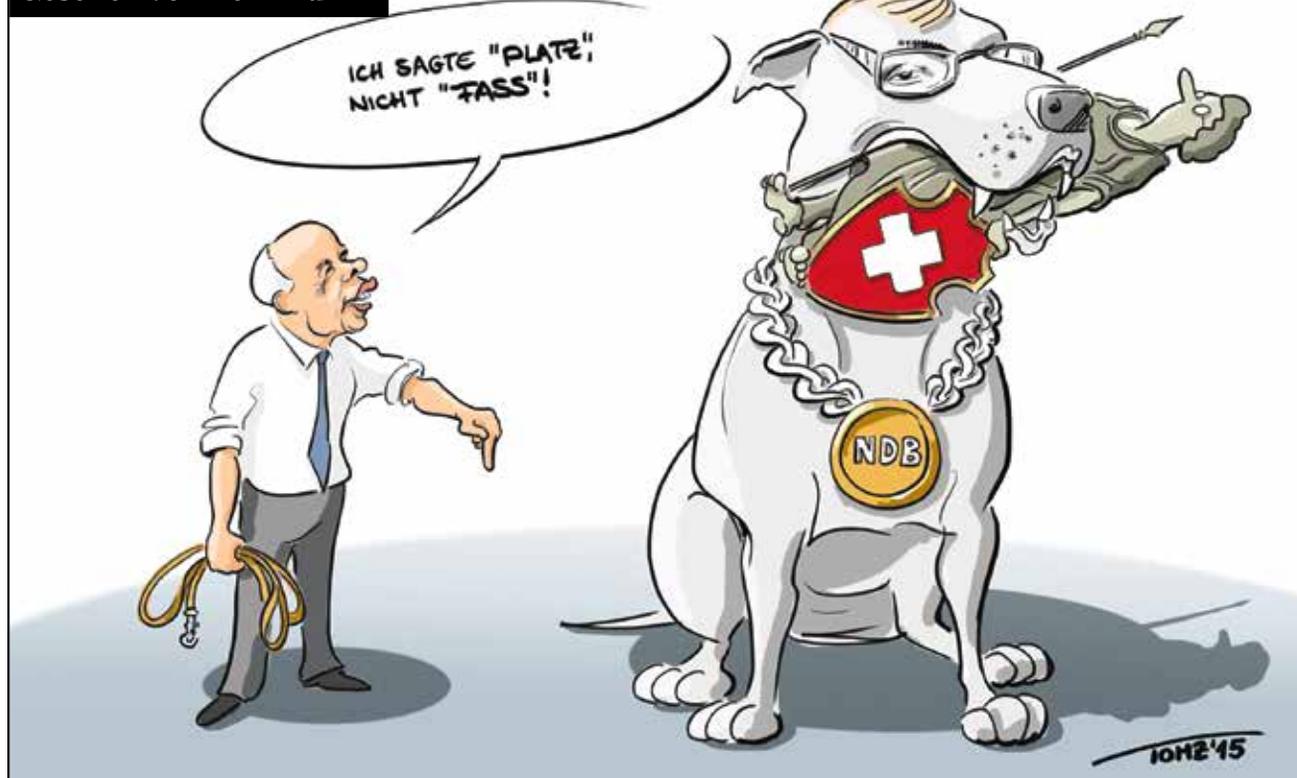
von Christoph Kieslich

Der RTV 1879 Basel klopft wieder an die Tür der Nationalliga A. Mit dem sechsten Sieg in Serie haben die Basler Handballer zum TV Endingen an der Tabellenspitze aufgeschlossen. Der jüngste Auswärtserfolg bei Yellow Winterthur hing am seidenen Faden, denn erst 23 Sekunden vor Ende gelang Max Dannmeyer der Treffer zum 27:26.

Die Mannschaft von Trainer Silvio Wernle hat nun noch fünf Partien zu bestreiten, als nächstes zwei Heimspiele: an diesem Samstag, 21. März, (18 Uhr) gegen den STV Baden und am 28. März (20 Uhr) gegen den TV Steffisburg. Am Donnerstag, 9. April, kommt es dann in Endingen zum Showdown.

Das Derby gegen Birsfelden in der 26. und letzten Runde wird gleichzeitig das Abschiedsspiel sein für Pascal Stauber, den ewigen Goalie des RTV. Telebasel überträgt die Partie am 18. April (18 Uhr) live. Damit nicht genug des heissen Handball-Frühlings: Am 9. Mai trifft der RTV in Olten im Halbfinal des Schweizer Cups auf Bern Muri. tageswoche.ch/+uqt3n

Gesehen von Tom Künzli



Tom Künzli ist als Illustrator für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften tätig. Der 40-Jährige wohnt in Bern.

Buddy Elias

Die Stimme der Schwachen ist verstummt

von Dominique Spirgi



Buddy Elias hat zwei Leben geführt, sagte er 2012 in einem Interview mit der TagesWoche. Auf der einen Seite blieb er unvergesslich als Schauspieler und Eisclohn, der selbst in den USA grosse Erfolge feiern konnte. Auf der anderen Seite kämpfte er als letzter überlebender Verwandter von Anne Frank und als Verwalter ihres literarischen Nachlasses auch gegen das Vergessen der grossen Verbrechen des Naziregimes an.

Am Dienstag ist nun Bernhard Elias, wie der Basler mit bürgerlichem Namen hiess, kurz vor seinem 90. Geburtstag in seinem Heim verstorben. Seine Arbeit aber bleibt.

Zusammen mit dem Stiftungsrat die Herausgabe und Dramatisierung des Tagebuchs seiner Cousine. Für Elias ist das weltberühmte Tagebuch «zum Wichtigsten» in seinem Leben geworden, wie er 2009 sagte. Seine «Spielkameradin» habe

sich im Tagebuch als grosse «Schriftstellerin» erwiesen.

Elias – geboren 1925 – verbrachte die ersten Jahre in Frankfurt am Main gemeinsam mit Anne Frank und emigrierte 1931 mit seiner jüdischen Familie nach Basel und überlebte dort den Holocaust – im Gegensatz zu seiner Cousine, die 1945 im KZ Bergen-Belsen an Typhus starb.

«Mein Zuhause blieb immer Basel»

Elias war ein weitgereister Mann. Als berühmter Eisclohn bei «Holiday on Ice» reiste er 14 Jahre lang zusammen mit seinem damaligen Showpartner Otto Reherek um die halbe Welt. Elias war bekannt aus Fernsehserien wie «Schwarzwaldklinik», «Traumschiff», «Tatort» oder «Bella Block».

Als Filmschauspieler war er auch international tätig. Zuletzt spielte er unter der Regie und an der Seite von George Clooney im deutsch-amerikanischen Spielfilm «The Monuments Men» mit, der 2014 in die Kinos kam. Er fühlte sich aber Zeit seines Lebens mit Basel eng verbunden. «Ich habe zwar viele Jahre im Ausland verbracht», sagte er der TagesWoche, «aber mein Zuhause blieb immer Basel.» Hier wurde er unter anderem von der Christoph Merian Stiftung mit dem «Basler Stern» ausgezeichnet, als Dank für die Leistungen für die Stadt.

In Basel lebte er bis zu seinem Tod zusammen mit seiner Schauspielerkollegin Gerti Elias, die er 1965 geheiratet hatte. Er hinterlässt zwei Söhne, die ebenfalls als Schauspieler Karriere machten, und fünf Enkelkinder. Als Bewahrer des Vermächtnisses von Frank trat er nicht nur als Mahner gegen das Vergessen auf. Er warb auch auf nachahmenswerte Weise für Toleranz: «Ich dulde viel, ausser Ignoranz oder blinden Nationalismus. Aber wichtiger als Toleranz scheint mir Akzeptanz, Humanismus, Liebe.» Und nicht nur das, wie der Anne Frank Fonds in seinem Nachruf feststellt: «Er erhob die Stimme zugunsten der Schwachen, Benachteiligten und Ausgrenzten in der Gesellschaft.» ×

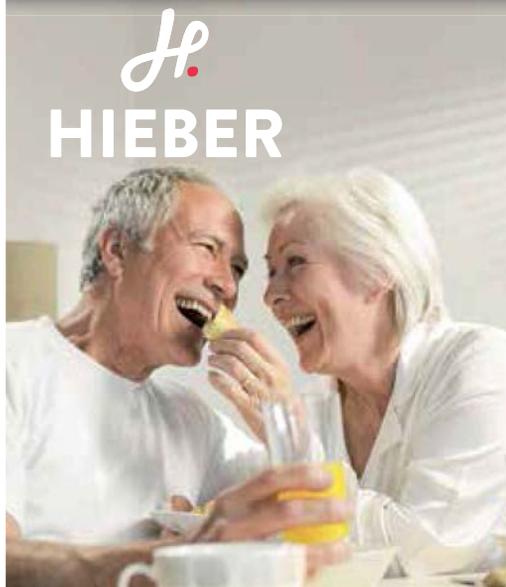
Das Interview der TagesWoche mit Elias: tageswoche.ch/+axfup ×

Reaktionen aus der Community

von Dan Wiener
• Buddy wird uns sehr fehlen!

ANZEIGE

DIE HIEBER HIGHLIGHTS DER WOCHE FÜR SIE · GÜLTIG BIS ZUM 21. MÄRZ 2015



FÜR JUNGES GEMÜSE.

WEIL MAN SICH IMMER SO JUNG FÜHLT, WIE MAN ISST.

MEIN LEBEN. MEIN LADEN.



Rumpsteak aus Südamerika zart und optimal gereift, 1 kg



Lammhüfte aus Neuseeland auch als Steak geschnitten, 1 kg



Schwarzwaldmilch frische fettarme Milch 1,5% Fett, 1-L-Packung



Schwarzwaldmilch Schlagsahne 32% Fett, 200-g-Becher (100 g = € 0,35)



Original Wagner Steinofen Pizza, Pizzas oder Flammkuchen verschiedene Sorten, z. B. Pizza Salami Paprika 340 g (1 kg = € 5,26), tiefgefroren, Packung



Mixpaprika aus Spanien, Klasse II, 500-g-Packung (1 kg = € 1,98)



MSC Kabeljaufillet 300 – 600-g-Stücke, aus MSC-zertifizierter Fischerei, ohne Haut, 100 g



Heringshappen in Dillcreme Heringsfilethappen mit Zwiebeln und Senfgurken in würziger Dillcreme, mit Joghurt verfeinert, 100 g



Barilla italienische Teigwaren verschiedene Ausformungen, 500-g-Packung (1 kg = € 1,58)



Hengstenberg Mildessa mildes Weinsauerkraut Abtropfgewicht 770 g (1 kg = € 1,29), 810-g-Dose



Gourmet Gold Katzennahrung verschiedene Sorten, 85-g-Dose (100 g = € 0,39)



Lenor Weichspüler Konzentrat verschiedene Sorten, z. B. Aprilfrisch 950 ml (1 L = € 2,09), Flasche



Erdinger Weißbier verschiedene Sorten, Kiste mit 20 x 0,5-L-Flaschen zzgl. Pfand (1 L = € 1,45)

Sind Sie an weiteren Angeboten interessiert?

Dann melden Sie sich für unseren Newsletter unter www.hieber.de. Unseren Super-Wechselkurs passen wir täglich an (nur gültig bei Barzahlung).

HIEBER GIBT ES IN

- Schopfheim (2x)
- Lörrach
- Weil am Rhein
- Binzen
- Bad Krozingen (2x)
- Nollingen
- Rheinfelden
- Grenzach
- Kandern
- Wyhlen

Herausgeber: Hieber's Frische Center KG, Kanderweg 21, 79589 Binzen. Alle Preise in €. Gültig für Woche 12 • Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen • Solange Vorrat reicht • Irrtum vorbehalten.

Mehr Infos unter www.hieber.de oder unserer Hotline 0049 76 21 / 9 68 78 00



Manche Fessenheimer haben Angst vor der Schliessung des nahegelegenen Atomkraftwerks. Dann drohe die 2300-Seelen-Gemeinde zum Geisterdorf zu werden, befürchten sie.

Eine Gemeinde an der atomaren Nabelschnur

Kämpft für das AKW: Claude Brender, Maire von Fessenheim.

FOTOS: STEFAN BOHRER

von Michel Schultheiss



Der Bäckerin ist sofort klar, dass die Medien nicht wegen ihren Pâtisseries hier sind. «Gehts um das Atomkraftwerk?», fragt sie mit einem müden Lächeln, als wir den Laden betreten. «Darüber möchte ich nicht sprechen», sagt sie klipp und klar. Ähnlich barsch fallen die Reaktionen der meisten Passanten aus. Die Medienmüdigkeit sticht in Fessenheim deutlich hervor.

Das wenige Leben konzentriert sich an diesem Freitagmorgen auf den Bankomaten, die Dorfmetzgerei und die Mairie. Mit den pittoresken Bauernhöfen und seinem etwas verschlafenen Dorfzentrum unterscheidet sich die 2300-Seelen-Gemeinde nicht von einer typischen Elsässer Ortschaft – wären da nicht die weiten Felder und Äcker mit unzähligen Strommasten.

Anderthalb Kilometer vom kleinen Dorfkern entfernt, ein Katzensprung von der deutschen Grenze, befindet sich das älteste noch in Betrieb befindliche Atomkraftwerk Frankreichs. Zwar hat der französische Staatspräsident François Hollande nach seinem Wahlsieg die Stilllegung Fessenheims bis 2017 angekündigt – die baldige Umsetzung des Versprechens ist jedoch nach wie vor ungewiss, auch wenn die französische Umweltministerin Ségolène Royal ihrer deutschen Amtskollegin erst gerade eine Bestätigung gab.

Heisses Eisen

Dieses heisse Eisen, welche die Elsässer Gemeinde immer wieder ins Rampenlicht rückt, fasst man in «Fässene» nicht gerne an. So sind auch im Restaurant «Chez Valérie» die Reaktionen zaghaft. Gestandene Herren treten ein, um Lottoscheine zu fassen. Ein Gast, der die Pferderennwetten studiert, ist anfänglich interessiert, gibt dann aber das Wort an einen Tischnachbarn weiter, doch auch dieser winkt ab. Nur ein Rentner auf der Strasse äussert sich resigniert zu einer möglichen Schliessung des Kraftwerks: «Das liegt in den Händen der Politik», meint er schulterzuckend.



Der älteste Meiler Frankreichs: Das AKW Fessenheim soll 2017 endlich vom Netz gehen – verspricht die Regierung Hollande.



Fessenheim ist schon heute eine ausgestorbene Gemeinde.

In der Brasserie «Au bon frère» lassen sich schliesslich Leute finden, die sprechen wollen. Philippe und sein Sohn David geniessen das sonnige Wetter während einer Mittagspause in der Gartenbeiz. Sie stammen aus einem benachbarten Dorf und arbeiten seit vielen Jahren als Isoliertechniker im AKW. David nimmt das Thema mit Humor und meint, dass es keineswegs so zu-gehe wie bei den Simpsons mit Mr. Burns.

Angst vor Arbeitslosigkeit

«Wenn das Kraftwerk heruntergefahren wird, wird Fessenheim zum Geisterdorf», prophezeit David. Er selbst müsste sich jedenfalls einen neuen Job suchen, in einem normalen Handwerksbetrieb würde er etwa die Hälfte seines jetzigen Einkommens verdienen. Sein Vater Philippe, der schon seit etwa 30 Jahren in Fessenheim arbeitet, sieht die Gemeinde als Spielball der Politik. «François Hollande steht halt unter dem Druck der Ökologiebewegung innerhalb seiner Wählerschaft», analysiert er.

Freundlich ist der Empfang auch in der Mairie. Fessenheims Bürgermeister Claude Brender schlüpft gleich nach der

Bestattungsanzeigen

Basel-Stadt und Region

Basel

Aeschlimann-Schad, Ruth, geb. 1920, von Basel BS (Brantgasse 5). Wurde bestattet.

Artero-Diaz, José-Antonio, geb. 1952 aus Spanien (Gustav Wenk-Strasse 14). Wurde bestattet.

Bailleux-Sütterlin, Jacqueline, geb. 1928, von Allschwil BL (Sperrstrasse 100). Trauerfeier im engsten Kreis.

Bossart-Grepper, Josef Kaspar, geb. 1927, von Altishofen LU (Davidsbodenstrasse 59). Trauerfeier im engsten Kreis.

Burkhalter-Stoll, Irmgard, geb. 1925, von Langnau im Emmental BE (Lauferstrasse 46). Wurde bestattet.

Cseh, Gabor Heinrich, geb. 1962, von Rudolfstetten-Friedlisberg AG (Gellertstrasse 45). Wurde bestattet.

Elias-Wiedner, Bernhard Paul Erich, geb. 1925, von Basel BS (Herbstgasse 11). Trauerfeier im engsten Kreis.

Ernst-Brenzikofer, Gertrud Katharina, geb. 1924, von Basel BS (Burgfelderstrasse 34). Trauerfeier im engsten Kreis.

Glanzmann, Marcel, geb. 1944, von Basel BS und Escholzmatt LU (Dorfstrasse 26). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 11.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Gubler, Lotti, geb. 1951, von Lostorf SO (Herrengrabenweg 64). Trauerfeier im engsten Kreis.

Häfele-Egger, Johann Friedrich, geb. 1927, von Basel BS (Weiherweg 92). Trauerfeier Freitag, 20. März, 15 Uhr, Marienkirche, Holbeinstrasse 28, Basel.

Häusler-Nesovic, Franz, geb. 1924, von Rüscheegg BE (Bündnerstrasse 54). Wurde bestattet.

Herzog-Funck, Kurt, geb. 1935, von Basel BS und Möhlin AG (Türkheimerstrasse 5).

Trauerfeier im engsten Kreis.

Hogerzeil-Müller, Adelheid Esther, geb. 1926, von Basel BS (Horburgstrasse 54). Wurde bestattet.

Huwiler, Paulina, geb. 1910, von Basel BS (Fischerweg 2). Trauerfeier im engsten Kreis.

Jucker-Fuchs, Margaretha Maria, geb. 1925, von Basel (Realpstrasse 19). Wurde bestattet.

Kaufmann-Steiner, Alfred Alois, geb. 1926, von Knutwil LU (Nonnenweg 3). Wurde bestattet.

Kaufmann-Willin, Elfriede Liesbeth, geb. 1935, von Basel BS (1m Surinam 85). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Krayer-Mosimann, Elisabeth, geb. 1918, von Basel BS (St. Alban-Vorstadt 85). Trauerfeier im engsten Kreis.

Künzi-Streuli, Ursula Ruth, geb. 1939, von Basel BS (Friedrich Oser-Strasse 10). Wurde bestattet.

Kuronen-Weinmann, Niilo Toivo, geb. 1934, aus Finnland (Wasgering 90). Trauerfeier im engsten Kreis.

Meyer-Heizmann, Karl Ulrich, geb. 1924, von Basel BS (Lange Gasse 5). Trauerfeier im engsten Kreis.

Minder-Gasser, Friedrich Walter, geb. 1917, von Basel BS (St. Jakobs-Strasse 201). Trauerfeier im engsten Kreis.

Neuhaus, Ulrich Hans, geb. 1949, von Gals BE (Holeestrasse 7). Wurde bestattet.

Oswald-Heinis, Jeanne, geb. 1926, von Basel BS (Hammerstrasse 88). Trauerfeier Freitag, 20. März, 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Reichen, Robert Fritz, geb. 1925, von Frutigen BE (Luzernerring 94). Trauerfeier im engsten Kreis.

Rolle-Truttmann, Maria Agathe, geb. 1928, von Basel BS (Lothringerstrasse 55).

Trauerfeier Freitag, 27. März, 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Schaub-Lehner, Hans, geb. 1925, von Basel BS (Meret Oppenheim-Strasse 62). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 14.30 Uhr, ref. Kirche Stephanus.

Sieber, Veronika Rita, geb. 1938, von Basel BS (Totentanz 10). Trauerfeier im engsten Kreis.

Stuedler, Klara Helena, geb. 1933, von Basel BS (Sennheimerstrasse 44). Trauerfeier Montag, 30. März, 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Tschudin-Baumeister, Clara, geb. 1925, von Lausen BL (Nufenenstrasse 53). Trauerfeier im engsten Kreis.

Vökt-Wiederkehr, Pius Johann, geb. 1924, von Basel BS (Hirzbrunnenstrasse 113). Wurde bestattet.

Willimann-Cina, Alfred Franz, geb. 1926, von Basel BS (Mühlhauserstrasse 35). Wurde bestattet.

Bettingen

Buchheit-Schupp, Arlette Juliette Hélène, geb. 1924, von Binningen BL (Chrishonrain 135). Trauerfeier im engsten Kreis.

Riehen

Dinger-Röthlisberger, Alfred, geb. 1914, von Basel BS (Kornfeldstrasse 27). Trauerfeier Dienstag, 31. März, 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Leuenberger-Loeb, Adolf Ernst, geb. 1924, von Huttwil BE (Inzlingerstrasse 230). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 10.30 Uhr, Friedhof Allschwil.

Ohnemus-Peterhans, Agnes Eugenia, geb. 1928, von Riehen BS (Römerfeldstrasse 17). Trauerfeier im engsten Kreis.

Ryffel, Regula Rosa, geb. 1939, von Lostorf SO (Im Glögglihof 15). Trauerfeier Dienstag, 24. März, 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Sartori-Mangili, Vittore, geb. 1922, aus Italien (Inzlingerstras-

se 230). Trauerfeier Freitag, 20. März, 15 Uhr, St. Franziskus Kirche, Riehen.

Zürneck-Wirthwein, Dieter Norbert Wilhelm, geb. 1935, von Riehen BS (Inzlingerstrasse 243). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 15.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Allschwil

Hirt-Lauber, Gertrud, geb. 1918, von Bachs ZH (Muesmattweg 33). Trauerfeier und Beisetzung Freitag, 27. März, 10.30 Uhr. Besammlung Kapelle Friedhof Allschwil.

Jauch-Lahner, Franziska Katharina, geb. 1934, von Silenen UR (Baselmattweg 198). Beisetzung im engsten Familienkreis.

Minkowska, Jadwiga Aleksandra, geb. 1918, von Seltisberg BL und Basel BS (Muesmattweg 33). Trauerfeier und Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis.

Schiele-Degen, Gerhard Werner, geb. 1924, aus Deutschland (Binnerstrasse 45). Beisetzung im engsten Familienkreis.

Schmid-Leuenberger, Johanna, geb. 1929, von Allschwil BL und Staffelbach AG (Muesmattweg 33). Trauerfeier und Beisetzung Mittwoch, 1. April, 10.30 Uhr. Besammlung Kapelle Friedhof Allschwil.

Arlesheim

Gruber, Carlo, geb. 1933, von Arlesheim BL (Dorfplatz 4). Bestattung im engsten Familienkreis.

Herzog-Rupp, Hedwig, geb. 1926, von Ennetbaden AG und Pfäfers SG (Bromhübelweg 15, Stiftung Obesunne). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 14 Uhr im Dom Arlesheim, anschliessend Beisetzung auf dem Friedhof Bromhübel.

Leuthardt-Kestenholz, Hanna Lydia, geb. 1925, von Arlesheim BL (Pumpwerkstrasse 3). Trauerfeier Mittwoch, 8. April,

14 Uhr, Abdankungshalle Friedhof Bromhübel, anschliessend Beisetzung.

Marzahn-Tschauner, Sigrid, geb. 1946, aus Deutschland (Bromhübelweg 15, Stiftung Obesunne). Trauerfeier Sonntag, 22. März am Rhein in Basel. Treffpunkt 13.30 Uhr vor dem Restaurant Papiermühle.

Wegmann-Baumann, Edith, geb. 1932, von Bannwil BE (Bromhübelweg 15, Stiftung Obesunne). Trauerfeier im engsten Familienkreis.

Birsfelden

Wüest, Helene, geb. 1925, von Brittnau AG (Am Stausee 16). Abdankung im engsten Familienkreis.

Hölstein

Döbeli-Rudin, Hans, geb. 1926, von Seon AG (Hauptstrasse 29). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 14 Uhr, ref. Kirche.

Lausen

De Luca-Fischbacher, Ilse, geb. 1934, von Zürich ZH (Brühlstrasse 14). Bestattung im engsten Familienkreis.

Münchenstein

Brugger-Leutwyler, Kurt Moritz, geb. 1925, von Weinfelden TG (Waidsteinstrasse 10). Abdankung und Urnenbeisetzung Freitag, 20. März, 14 Uhr, ref. Dorfkirche, Kirchgasse 2, Münchenstein Dorf.

Gysin-Kobel, Elisabeth, geb. 1944, von Wittinsburg BL und Münchenstein BL (In der Einhägi 7). Abschied im engsten Familien- und Freundeskreis.

MuttENZ

Bohny, Max Oskar, geb. 1923, von MuttENZ BL, Basel BS und Frenkendorf BL (Baumgartenweg 47). Trauerfeier Freitag, 20. März, 14 Uhr, ref. Kirche St. Arbogast, MuttENZ. Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis.

de Montmollin, Reine Sonia, geb. 1920, von Le Locle NE und La

Brévine NE (Reichensteinerstrasse 55, APH Käppeli). Aschenbeisetzung Dienstag, 31. März 2015, 14 Uhr, Friedhof MuttENZ, anschliessend Trauerfeier in der ref. Kirche St. Arbogast, MuttENZ.

Fust-Rütsche, Hedwig, geb. 1921, von MuttENZ BL und Mosnang SG (Tramstrasse 85, APH Zum Park). Wurde bestattet.

Hänzi, Gerhard Rolf, geb. 1945, von Meisnberg BE (Aufenthalt im Alterszentrum Birsfelden). Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis.

Holenweg-Sutter, Rudolf, geb. 1924, von MuttENZ BL und Herzogenbuchsee BE (Reichensteinerstrasse 55, APH Käppeli). Wurde bestattet.

Jourdan-Christen, Hulda, geb. 1930, von MuttENZ BL und Lupsingen BL (Tubhusweg 8). Urnenbeisetzung Mittwoch, 1. April, 14 Uhr, Friedhof MuttENZ, anschliessend Trauerfeier in der ref. Kirche St. Arbogast, MuttENZ.

Letzkus-Dinkel, Paul, geb. 1922, von Gerlafingen SO und Basel BS (Germanenweg 4). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 14 Uhr, ref. Kirche St. Arbogast, MuttENZ. Aschenbeisetzung zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Meyer, Bruno, geb. 1969, von MuttENZ BL (Untere Hauptgasse 6, Thun). Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis.

Recher-Eidam, Evelyne Anna, geb. 1935, von Lenk BE und Basel BS (Kreuznagelweg 6). Trauerfeier Donnerstag, 26. März, 14 Uhr, ref. Kirchengemeindehaus Feldreben. Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis.

Uebelhart-Rossier, Bernhard, geb. 1934, von Welschenrohr SO (Schützenhausstrasse 36). Trauerfeier Mittwoch, 25. März, 14 Uhr, röm.-kath. Kirche MuttENZ, anschlies-

send Urnenbeisetzung auf dem Friedhof MuttENZ.

Pratteln

Allegretti-Tibis, Grazia, geb. 1931, aus Italien (Bahnhofstrasse 37, APH Madle). Wurde bestattet.

Büchler-Büttler, Anna, geb. 1922, von Hergiswil bei Willisau LU (Bahnhofstrasse 37, APH Madle). Abdankung und Beisetzung im engsten Familienkreis.

Duppenthaler, Werner, geb. 1926, von Melchnau BE (Bahnhofstrasse 37, APH Madle). Trauerfeier Freitag, 27. März, 14 Uhr. Besammlung Dorfkirche Biel-Benken, Kirchgasse 4, anschliessend Beisetzung auf dem Friedhof Biel-Benken.

Laubscher, Max, geb. 1935, von Täuffelen BE (Hauptstrasse 21). Abdankung Mittwoch, 1. April, 14 Uhr. Besammlung Friedhof Blözen, Abdankungskapelle.

Schultheiss, Johann, geb. 1940, von Dürdigen FR (Vogelmattstrasse 26). Abdankung und Beisetzung im engsten Familienkreis.

Reinach

Meury, Werner, geb. 1957, von Reinach BL (Baslerstrasse 10, Therwil). Wurde beigesezt.



Fast ganz vom AKW abhängig: Jeder zwölfte Einwohner von Fessenheim ist beim AKW angestellt.

Begrüssung im Büro in ein weisses Protest-T-Shirt und posiert damit lächelnd zwischen den Flaggen: «Geschlossenes Atomkraftwerk = tote Region» ist darauf zu lesen. «Es ist wahrscheinlich, dass das Kernkraftwerk Fessenheim geschlossen wird», meint der Maire. Sollte dies eintreffen, sieht er schwarz für die Gemeinde.

Sarkozy verspricht weitere zehn Jahre

Nicht nur für die rund 300 Fessenheimer, die dort arbeiten, sondern für die gesamte Region hätte dies Konsequenzen. «Es stehen rund 2200 Arbeitsplätze auf dem Spiel», hält Brender fest. Weite Teile des Gewerbes und der Infrastruktur hingen daran. Zudem Sorge das AKW für den Löwenanteil des Geldes in der Gemeindekasse – laut Brender etwa 80 Prozent des Budgets.

Zur Verteidigung der in die Jahre gekommenen Reaktoren wurde daher von Gewerbevertretern das Aktionskomitee «Fessenheim notre énergie» ins Leben gerufen. Schützenhilfe für die AKW-Befürworter kommt von prominenter Stelle. Der ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat dem Elsässer Dorf am 12. März einen Besuch abgestattet. Der Abgeordnete der Nationalversammlung Michel Sordani (UMP), welcher das Anliegen ebenfalls unterstützt, hat ihn ins Elsass geholt.

Für das angekündigte Comeback bei den Präsidentschaftswahlen 2017 wittert dieser nämlich Morgenluft im Elsass. «Bei

einem allfälligen Machtwechsel hat Sarkozy das Weiterbestehen des Kraftwerks zugesichert», sagt Maire Brender. Mindestens zehn zusätzliche Betriebsjahre soll Sarkozy versprochen haben.

Auch mit den Gegnern des Kernkraftwerks hat Claude Brender viel zu tun. Er erhält regelmässig Post – viele atomkritische Broschüren liegen auf seinem Schreibtisch. Auch wenn von Kritikern unter anderem auf das Alter wie auch auf die Erdbeben- und Hochwassersicherheit hingewiesen wird, relativiert er: «Kernkraftwerke wie Beznau sind schliesslich älter – im Vergleich dazu ist Fessenheim viel näher bei den Sicherheitsstandards.»

Der Maire von Fessenheim wirft den AKW-Gegnern «gezielte Angstmacherei» vor.

Zudem wirft er den Gegnern gezielte Angstmacherei vor. «Man kann doch eine Technologie nicht auf ihre Unfälle reduzieren», meint er. So sei etwa der Dichtungsdefekt Ende Februar von AKW-Gegnern falsch dargestellt worden – etwa mit dem Gerücht, es sei radioaktive Flüssigkeit ausgetreten. Dies erkläre auch die abweisen den Reaktionen im Dorf. «Es herrscht eine

gewisse Verbitterung durch den Druck der Presse – die Medien bevorzugen stets diejenigen, die gegen Fessenheim protestieren», ist der Maire überzeugt.

Ideologische Mauer

Dabei ist Brender aber zuversichtlich, dass das AKW durchaus für die nächsten Jahre den modernen Standards angepasst werden könne, wenn man nur wolle. Er hofft auf die staatliche Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France und die Behörde für nukleare Sicherheit. Vieles hängt dabei vom neuen Druckwasserreaktor beim Kernkraftwerk Flamanville in der Normandie ab. Kommt dieser in Betrieb, wird als Kompensation ein anderes geschlossen. Dass dabei Fessenheim heruntergefahren wird, gilt als wahrscheinlich, ist aber in den Augen von Brender noch nicht in Stein gemeisselt.

Auf dem Schreibtisch des Bürgermeisters steht eine Schneckenfigur – das Tier, das auch im Wappen der Gemeinde zu sehen ist. Ein Gehäuse scheint auch die Gemeinde von Paris zu trennen, wie der Maire feststellt. «Es besteht halt eine ideologische Mauer zwischen uns und der Regierung.» Dabei wähnt er mindestens 90 Prozent der Bevölkerung Fessenheims hinter sich. Zumindest sei ihm bis jetzt im Dorf noch niemand begegnet, der sich öffentlich gegen das Atomkraftwerk gestellt hat.

tageswoche.ch/+7wazm

×

Bildstoff**360°**

tageswoche.ch/360

Chongqing

Vier Stockwerke waren zu viel: Dieses acht Monate alte Kätzchen hat bei einem Sturz seine Hinterbeine verloren. Einer Notoperation und zwei Rädern verdankt es die neue Mobilität.

CHINA DAILY / REUTERS

**Tokio**

Der kommende Herbst und Winter werden eine haarige Angelegenheit, wenn man der Kollektion von Designer Takafumi Tsuruta an der Tokyo Fashion Week Glauben schenkt. Aber über Geschmack lässt sich nicht streiten.

YUYA SHINO / REUTERS

**Frankfurt**

Die Eröffnung der Europäischen Zentralbank war eine heisse Angelegenheit. Ein grosses Polizeiaufgebot traf am 18. März auf die angestaute Wut von Antikapitalisten.

KAI PFAFFENBACH/
REUTERS



Genf

Carla del Ponte hat noch immer den Durchblick, nun ermittelt sie für die UNO in Syrien. Am 17. März stellte sie die neusten Resultate der Sonderkommission in Genf vor.

SALVATORE DI NOLFI/EPA



Port Vila

Das Insel-Idyll Vanuatu wurde von einem verheerenden Sturm heimgesucht. «Pam» verwüstete die Bibliothek in der Hauptstadt. Aber nicht nur diese: Zwei Drittel der Insel im Südpazifik leiden unter den Sturmfolgen. NGOs warnen vor Krankheiten und Hunger als Folge.

EDGAR SU/REUTERS



Mails, Facebook-Nachrichten, WhatsApp: Der Nachrichtendienst soll künftig Zugriff auf intimste Daten haben.

Der Bürger soll gläsern werden

Am Montag bestätigte der Nationalrat die grundsätzliche Haltung des Bundesrats, der dem Nachrichtendienst mehr Kompetenzen geben will. In Zukunft soll der Nachrichtendienst verwanzeln und abhören, auch wenn kein Verdacht auf eine straffällige Handlung besteht.

Der umstrittenste Punkt des neuen Nachrichtendienstgesetzes (NDG) betraf die sogenannte Kabelaufklärung. Mit der Kabelaufklärung soll der Schweizer Geheimdienst die Möglichkeit erhalten, den grenzüberschreitenden Internetverkehr auf Schlagwörter zu durchsuchen.

Konkret heisst das: Jede E-Mail, jede Handynachricht, die über die Grenze hinweg verschickt wird, darf der Nachrichtendienst künftig nach Stichwörtern durchsuchen.

Die Kritiker des Gesetzes monieren, damit seien praktisch alle digitalen Kom-

Big Brother lässt grüssen: Die Kommunikation der Schweizer soll künftig fast grenzenlos abgehört werden dürfen. FOTO: BEN BIRCHALL



munikationskanäle betroffen, da fast der gesamte Internetverkehr über die Landesgrenzen hinweg läuft. Wer seine Nachrichten beispielsweise über den Internetdienst WhatsApp schreibt, wäre betroffen, da die Server von WhatsApp nicht in der Schweiz stehen.

Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli meinte, bei der Kabelaufklärung gehe es darum, «ob der Nachrichtendienst Mini-NSA spielen darf». Er wollte den Artikel deshalb aus dem NDG streichen.

Mit den zusätzlichen Daten werde bloss der Heuhaufen grösser, der Nachrichtendienst würde die Nadel aber nicht einfacher finden, so Glättli. Sein Antrag zur Streichung der Kabelaufklärung scheiterte mit 116 zu 67 Stimmen.

Der Geheimdienst soll den ganzen Internetverkehr, der über die Grenzen hinweg läuft, abhören dürfen.

Ebenfalls umstritten war, ob der Nachrichtendienst sich im virtuellen Raum verteidigen dürfe. Roland Fischer von der grünliberalen Partei stellte infrage, ob der Artikel zur Cyber-Abwehr überhaupt in das Nachrichtendienstgesetz gehöre. Der Nachrichtendienst brauche nicht elektronische Kriege zu führen, er habe in erster Linie präventive Aufgaben.

Der Cyber-War-Artikel wurde im Vorfeld auch von Internetexperten kritisiert. Martin Steiger von der Digitalen Gesellschaft sagte Anfang Februar, die Schweiz beuge sich damit in Teufelsküche.

«Was heisst es überhaupt, einen Cyberwar zu führen? Attackiert die Schweiz dann einen anderen Staat im digitalen Raum?» Angesichts der Schweizer Neutralität sei dies äusserst brisant. Auch diesem Artikel stimmte der Nationalrat zu.

Die linke Allianz verliert

Die Allianz zwischen Grünen und SP setzte sich im Nationalrat nicht durch. CVP, BDP, FDP und SVP stimmten – mit wenigen Ausnahmen – geschlossen für die umfassenden Kompetenzen des Nachrichtendienstes. Grundsätzlich gegen das Gesetz waren nur die Grünen. Die SP stimmte zu Beginn der Eintretensdebatte für das NDG. Nachdem keine Änderungen vorgenommen wurden, stimmten die SP-Nationalräte dagegen.

Der Ständerat wird voraussichtlich in der Sommersession über das NDG entscheiden. Falls der Zweitrat das Gesetz in dieser Form ebenfalls durchwinkt, ist es absehbar, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne darüber entscheiden werden. SP-Nationalrat Cédric Wermuth deutete dies bereits während den Abstimmungen im Nationalrat an. tageswoche.ch/+dzkym ×

Kommentar

Das Nachrichtendienstgesetz folgt dem Grundsatz: mehr Überwachung für mehr Sicherheit. Das ist widersinnig.

“

Das Wort «Terror» hatte an der Debatte zum Nachrichtendienstgesetz (NDG) Hochkonjunktur. Wer die Wortprotokolle zur NDG-Debatte durchsieht, findet 62 Einträge zum Wort «Terror». Auf die Gesamtzeit der Nationalratsdebatte heruntergerechnet heisst das: Im Durchschnitt alle fünf Minuten erwähnten die Redner Terror, Terrorismus, Terroristen und so weiter.

Im NDG, das der Nationalrat am Dienstag guthiess, taucht der Begriff vergleichsweise selten auf. Der primäre Zweck ist die «Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen». Terrorabwehr ist ein wichtiges Betätigungsfeld, aber längst nicht das einzige.

Der Terrorismus, so scheint es, wird in der politischen Debatte als Vorwand benutzt, um die Überwachung auszuweiten. Mehr Überwachung gleich mehr Sicherheit: Das ist das ewige Dogma der «Sicherheitsesoteriker», wie sie der Datenschützer Martin Steiger nennt.

Es ist nicht falsch, den Nachrichtendienst im Gesetz zu verankern. Nur sollten die Mittel reiflich geprüft werden.

Der Nachrichtendienst soll laut NDG die Bürgerinnen und Bürger schützen. Ja, vor was eigentlich? Ginge es nur um Terrorismus, so gäbe es einfachere Mittel: mehr Polizisten, mehr Fahnder, mehr internationale Zusammenarbeit. Und das wahrscheinlich effektivste Mittel: mehr Sozialarbeiter an sozialen Brennpunkten.

Damit verdienen sich Politiker aber keine Lorbeeren. Wer das Sicherheitsdogma nachbetet, wird von den Bürgerinnen und Bürgern gehört. Ja, der tut etwas, heisst es dann. Und diejenigen, die gegen mehr Überwachung sind und mehr Sozialarbeiter fordern, stehen schön blöd da, wenn ein Terroranschlag geschieht.

Der Nachrichtendienst dagegen nimmt, was er kriegt. Er ist eine Raupe Nimmersatt – das zeigt das Beispiel der extensiven Über-



Jeremias Schulthess ist Redaktor der TagesWoche tageswoche.ch/+adohl

wachung durch US-amerikanische Geheimdienste.

Und nun wollen Politiker die Raupe mit riesigen Datensätzen füttern. Mit der Kabelaufklärung darf der Nachrichtendienst praktisch jegliche Internetkommunikationen nach Schlagwörtern durchsuchen. Hat der Nachrichtendienst überhaupt die Kapazitäten, die Berge an Daten sinnvoll zu verwerten? Wie arbeitet der Nachrichtendienst mit der Polizei, mit internationalen Fahndern, mit Psychologen, Schulsozialarbeitern zusammen? Fragen, die auch nach der Annahme des NDG offenbleiben würden.

Der Nachrichtendienst soll die Bürgerinnen und Bürger schützen. Aber muss er dazu ihre E-Mails und Facebook-Nachrichten durchforsten? Mit der Kabelaufklärung enthält das NDG ein Instrument, das in keinem Verhältnis zwischen Mittel und Zweck steht. Der Nachrichtendienst schießt mit Streumunition auf unsichtbare Spatzen.

«Es ist nicht falsch, den Nachrichtendienst im Gesetz zu verankern. Aber die Instrumente, die der Nachrichtendienst erhält, sollten zuerst reiflich geprüft werden. Es ist verständlich, dass Staatsschützer alle Daten wollen, die sie kriegen können. Die Politik sollte ihnen aber Einhalt gebieten. Nicht nur der Nachrichtendienst sollte die Bürgerinnen und Bürger schützen – die Politiker müssen die Bürger auch vom Nachrichtendienst schützen. ×

”

Der Präsident der SP Schweiz über Abstimmungsniederlagen, die Gefahren von rechts und neue Ideen gegen die Krise.

«Wir verkörpern

die Schweiz der Solidarität»

von Jeremias Schulthess und Renato Beck

Parteipräsidenten sind ein eigener Menschenschlag. Immer eine Spur zu laut, immer die Schlagzeile im Kopf, immer auf der Kante zwischen Populismus und Prägnanz. Christian Levrat weiss, wann er welchen Ton treffen muss. Der immer noch erstaunlich junge Präsident der SP Schweiz beherrscht auch in der Fremdsprache Deutsch die scharfe Rhetorik. Die Grünliberalen verspottet er im Interview als Zauberlehrlinge, die CVP bezichtigt er des Klientelismus und die SVP, an der, daran lässt der Fribourger keine Zweifel, wird die Schweiz zugrunde gehen.

Levrat ist einmal mehr unter Druck. Das Wahlprogramm seiner Partei wird als zu zahm taxiert, Niederlagen wie unlängst im Baselbiet rufen die rechten Kommentatoren – und noch schlimmer für Levrat: die Politologen – auf den Plan, die der SP keinen guten Wahlausgang im Herbst vorausagen. Doch man sollte Levrat nicht unterschätzen. 2008 übernahm er das Präsidium der SP, drei Jahre später zählten die Sozial-

demokraten zu den Wahlsiegern. Damit verstimmt auch die internen Kritiker, die Levrat für zu leichtgewichtig hielten.

Christian Levrat, was läuft gerade schief bei der Linken? In Basel handelte sich die SP eine unerwartete Abfuhr mit der eigentlich mehrheitsfähigen Initiative für eine Wohnbaustiftung ein.

Die Niederlage hat viel mit dem Zeitgeist zu tun. Initiativen und Reformen haben seit dem 9. Februar 2014 einen schwierigen Stand, die Verunsicherung ist gross. Aber es hat mich etwas überrascht, dass es gerade dieses Projekt erwischt hat. Bei den letzten Abstimmungen über ähnliche Initiativen, selbst in bürgerlichen Kantonen, haben wir sehr gute Ergebnisse erzielt.

Ein Anzeichen dafür, dass die Dominanz der SP in Basel-Stadt wackelt?

Das glaube ich nicht, wenn ich mir das Wahlverhalten der Basler insgesamt anschau. Unsere Gegner versuchen, die Niederlage als Wende auszulegen, gerade im Zusammenhang mit den missglückten Regierungsratswahlen im Baselland. Das

kann ich nachvollziehen, ich würde das an ihrer Stelle wahrscheinlich auch tun. Wenn ich trocken analysiere, komme ich zum Schluss: Die Leute haben im Moment einfach unglaublich Angst vor Veränderungen.

Werden linke Projekte in unsicheren Zeiten als Luxus abgetan?

Das betrifft nicht nur linke Ideen, es betrifft alles, was nach Veränderung aussieht. Ich bin zufrieden mit der klaren Ablehnung der CVP-Familieninitiative und der von der GLP geforderten Energiesteuer. Aber die Deutlichkeit ist nicht nur positiv zu werten. Sie ist auch Ausdruck der Ablehnung von Veränderungen. Die Leute haben gemerkt, dass Sie am 9. Februar 2014 einen Bock geschossen haben, seither haben sie null Lust auf Abenteuer. Reformprojekte, egal ob von links oder von rechts, haben es gerade sehr, sehr schwer.

Sie glauben nicht an eine allgemeine «Initiativmüdigkeit», wie sie Politologe Claude Longchamp konstatiert?

Nein. Politologen brauchen immer eine Erklärung für alle möglichen Ereignisse

Christian Levrat
Der 44-jährige Fribourger führt seit 2008 die SP Schweiz. Unter dem scharfen Rhetoriker konnten die Sozialdemokraten national zulegen. Seine politische Karriere begann der studierte Jurist und Politikwissenschaftler bei den Jungfreisinnigen. Seit 2012 vertritt er seinen Heimatkanton im Ständerat. Levrat ist verheiratet und hat drei Kinder.



«Die Leute haben im Moment einfach unglaublich Angst vor Veränderungen.»

FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

und Phänomene, die auf irgendwelchen abstrakten Konzepten gründen. Das überzeugt mich nicht. Seit drei Monaten bin ich fast jeden Abend in einem Saal irgendwo in der Schweiz. Was ich dort spüre, das ist die Angst vor der Zukunft und das schlechte Gewissen nach dem 9. Februar 2014.

Auch die SP bedient die Abstiegsangst. Ihr Programm zielt auf Besitzstandwahrung. Man will sichern, was man hat und macht keine gewagten Schritte.

Ich finde unser Wahlprogramm mutig. Wir haben darauf verzichtet, Floskeln einzubauen wie «Wir wollen den bilateralen Weg beibehalten». Das hätte uns viel Kritik erspart, ist aber derart nichtssagend, dass wir es uninteressant gefunden haben.

Ihre Wähler fänden es vielleicht interessant.

Sie können mich alles fragen zu Europa, jederzeit. Ich finde es einfach langweilig, ununterbrochen die gleiche Botschaft zu wiederholen. Wir haben uns im Gegensatz zu anderen Parteien im Wahlprogramm auf konkrete Projekte konzentriert. Zum Beispiel wollen wir ältere Arbeitnehmer besser schützen. Wenn wir dort nichts tun, dann schrumpft das Vertrauen in die Behörden weiter. Die Leute fühlen sich im Stich gelassen. Sie haben den Eindruck, dass die Politik nicht versteht, was auf dem Arbeitsmarkt abläuft, sie haben Abstiegsängste.

Jedenfalls ist das Wahlprogramm nicht visionär oder revolutionär.

Revolutionär sind wir seit 1915 nicht mehr. Als sich Robert Grimm mit Lenin an der Zimmerwaldkonferenz zerstritt, hat die SP Schweiz ihren Weg gewählt. Wir sind keine revolutionäre Partei.

Aber visionär?

Sicher. Und zwar im besten Stil der Sozialdemokratie. Wir sind für Reformen, die den Kern unserer Gesellschaft betreffen. Es sind keine Marketingelemente oder Modeerscheinungen, mit denen wir Politik machen. Wir sprechen über den Generationenvertrag, über die Verteilungsfrage, über Energiewende, Familienpolitik – damit ändern wir die Gesellschaft in ihrer Tiefe.

Sagen wir es so, Sie haben zehn Punkte im Wahlprogramm, die SVP eingen: die Schweiz zu verteidigen – gegen was auch immer. Ein Thema ist einfacher zu verkaufen als zehn.

Auch in dieser Grundsatzfrage schaffen wir es, die Leute anzusprechen. Ich bin überzeugt, dass es die zentrale Auseinandersetzung im Wahlkampf sein wird, welche Schweiz wir wollen. Die Wahl wird das Bild der Schweiz bestimmen. Ist es das nationalkonservative Bild? Die Schweiz, die die Menschenrechtskonvention kündigt, die Bilateralen opfert, eine Schweiz die es zulässt, dass Flüchtlinge im Meer ertrinken. Oder ist es die Schweiz der Offenheit, der Solidarität? Diese Schweiz verkörpern wir.

Der Showdown zwischen SVP und SP?

Wir sind die einzige grosse Partei, die der SVP Paroli bietet. Die CVP betreibt Klientelismus, die FDP ist orientierungslos in dieser Auseinandersetzung zwischen den Schweizer Werten von 1291 und den Werten



«Unsere Wähler sind sicher anspruchsvoller als jene der SVP.» FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

von 1848. Dort haben wir klar Position bezogen. Wir werden unseren Wahlkampf der Auseinandersetzung zum Bild der Schweiz widmen. Die zehn Projekte, die wir machen, kommen aus der Überzeugung, dass die Wähler mehr von uns erwarten als einfach ein Plädoyer für eine offene Schweiz. Die Wähler erwarten, dass wir konkrete Projekte für die kommende Legislatur vorantreiben. So gesehen, sind unsere Wähler sicher anspruchsvoller als die Wähler der SVP, denen es offensichtlich reicht, ein paar Schweizer Fähnli vor die Nase gehalten zu bekommen.

«Wir sind die einzige grosse Partei, die der SVP Paroli bietet.»

Fakt ist auch: Sobald die SP die Themen Asyl, Migration und EU anpackt, verliert sie.

Was wollen Sie dazu wissen? Wir vermeiden keine Themen, wie Sie behaupten.

Das ist allgemeiner Konsens.

Dann biete ich Ihnen die Möglichkeit, mir dazu Fragen zu stellen. Sie werden feststellen, dass wir zu all diesen Fragen konsolidierte Positionen haben. Wir haben Monate verbracht, darüber zu sprechen. Bei den Medien finden wir dafür kein Gehör. Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. In der Zwischenzeit ist die Medienszene so weit, dass, wenn die SP differenziert über Europa spricht und einen breiten Optionenbericht fordert, die Pushmeldung rausgeht: «SP will sofort der EU beitreten.» Und wenn wir das nicht umgehend dementieren, heisst es: «Die SP vermeidet das The-

ma.» Ich sehe es nicht so und lade Sie nochmals dazu ein: Stellen Sie Fragen dazu.

Wie kommt Ihre Bundesrätin Simonetta Sommaruga aus dem Schlamassel mit der EU heraus?

Wir haben den Entscheid des Bundesrats begrüsst, was auch zeigt, dass wir eine klare Haltung in dieser Frage haben. Der Bundesrat hat den richtigen Weg aufgezeigt. Für Drittstaaten-Angehörige gelten Inländervorrang und Kontingente wie bis jetzt. Wenn die EU sich weigert, die Personenfreizügigkeit zu verhandeln, dann hat die Personenfreizügigkeit Vorrang. Das hat der Bundesrat festgehalten.

Die EU wird kaum verhandeln, die SVP wird wettern, wenn der Bundesrat die Initiative nicht umsetzt.

Der Widerstand der SVP ist vor allem Wahlkampfgetöse. Ich glaube indes, dass die Partei damit auf verlorenem Posten steht. Die Masseneinwanderungsinitiative ist ein folgenschwerer Unfall, der so nicht geplant war. Sie wurde angedacht als Minderheitsposition, sie sollte die Opposition der SVP bekräftigen. Sie wurde nie als effektive Verfassungsbestimmung konzipiert.

Nach dem 9. Februar 2014 hat man hinter vorgehaltener Hand selbst in der SVP Befürchtungen geäussert, der Entscheid könnte der Partei schaden. Bei kantonalen Wahlen, etwa in Baselland oder Bern, legte die Partei aber weiter zu.

Ich bin überzeugt, dass der Entscheid vom 9. Februar der Partei massiv schadet. Mit ihrer neuesten Volksinitiative zur Kündigung der Menschenrechtskonvention begeht die SVP einen weiteren politischen Fehler. Sie bringt eine Initiative, die ausser

den harten Kern ihrer Wählerschaft praktisch niemanden anspricht. Die SVP hat sich radikalisiert, marginalisiert.

Der Wahlkampf könnte darauf hinauslaufen, wer die beste Lösung gegen die Frankenstärke präsentiert. Welche Rezepte haben Sie?

Wir haben vier Punkte: neuer Euro-Mindestkurs, Gelder für Innovation, keine Lohnsenkungen und die Weitergabe von tieferen Importpreisen. Das sind konkrete Massnahmen, die wir vorschlagen. Was wir nicht brauchen, das sind Glaubenskriege.

Sie meinen Grundsatzfragen: mehr Staat, weniger Staat.

Was ich von rechts wahrnehme, ist zurzeit nur Ideologie. Bürgerliche machen Deregulierungsgipfel, planen Steuersenkungen. Das hat nichts mit der Realität von Unternehmen zu tun. Die Unternehmen, die in Schwierigkeiten stecken, haben konkrete Probleme. Ihre Bestellbücher leeren sich, ihre Margen schrumpfen, sie kommen in die Verlustzone. Und nun soll der Staat sagen: Ich habe eine gute Nachricht, wir werden Steuererleichterungen einführen? Ein Unternehmen, das rote Zahlen schreibt, kann damit rein gar nichts anfangen.

Die SP plant einen Vorstoss gegen die Frankenspekulation. Sie wollen eine Steuer einführen, um Spekulanten vom Franken fernzuhalten. Wie reif ist diese Idee?

Wir sind dabei, einige Vorschläge vertieft zu diskutieren. Ein zentrales Problem der aktuellen Frankenkrise ist, dass internationale Akteure massiv auf den Franken spekulieren. Die Nationalbank geht davon aus, dass die Aufwertung des Frankens vor allem spekulative Hintergründe hat. Die Überlegung des Fribourger Wirtschaftsprofessors Sergio Rossi ist bestechend einfach. Er sagt, wir müssen eine sehr geringe Steuer auf spekulative Bewegungen bei Frankenkäufen erheben. Sie generiert riesige Erträge. Davon betroffen sind nur ausländische Spekulanten.

Wie wollen Sie verhindern, dass ein solcher Vorstoss als «Sozialisten-Idee» abgetan wird?

Zurzeit gilt bei den Bürgerlichen sowie so, was nicht in der «Weltwoche» als Gedankengut daherkommt, ist als sozialistisch gebrandmarkt. Von daher besorgt es mich nicht sehr, wenn sie unseren Vorstoss als sozialistisch betiteln würden. Das ist mittlerweile so etwas wie ein Pawlowscher Reflex der Rechten. Der Wortschatz von FDP-Präsident Philipp Müller ist eigentlich direkt von der «Weltwoche» übernommen. Man sollte ihm verbieten, diese Zeitung zu lesen. Er spricht, wie die «Weltwoche» schreibt.

Haben Sie Kontakt zu anderen Parteien, um die Idee einer Frankenspekulationssteuer zu besprechen?

Ja.

Wäre es denkbar, dass eine Partei wie die BDP diesen Vorstoss mitträgt.

Das muss man schauen. Wirkliche politische Projekte werden auch nicht über Vorstösse entwickelt. Sie werden manchmal über politische Vorstösse angekündigt.

Aber die Realität spricht sicher für eine Motion oder eine parlamentarische Initiative.

Oder eine Volksinitiative?

Nein, das wäre dann ein richtiges Projekt. Aber ein solches starten Sie nicht einfach am Sonntagmorgen in der Zeitung. Es muss in eine Gesamtstrategie eingebettet werden. Wir nehmen für uns in Anspruch, unsere Initiativen langfristig zu planen und in eine Kampagne einzubetten.

Reden wir über Ihre Zukunft. Wie lange machen Sie Ihren Job als Parteipräsident noch?

Ich mache gerne, was ich mache. Nach den Wahlen entscheide ich, ob ich noch für vier weitere Jahre zur Verfügung stehe oder nicht. Die Frage ist: Führe ich die Partei in die Wahlen 2019 oder nicht?

In welchen Momenten sagen Sie: Es war richtig, dass ich nicht Weinbauer, sondern Politiker geworden bin?

Wenn ich bei den Parteiversammlungen bin. An kantonalen Veranstaltungen auftreten, mit Leuten sprechen – das mag ich sehr.

«Wir stehen vor einer Richtungswahl zwischen Nationalisten und einer offenen Schweiz der Solidarität.»

In welchen Momenten bereuen Sie es, nicht Weinbauer geworden zu sein?

Wenn ich mit der Schwerfälligkeit des Betriebs konfrontiert werde. Das Parlament ist eine Geduldsschule. Sie müssen manchmal Stunden um Stunden Voten anhören, die andere schon fünfmal geäussert haben.

Hören wir da eine gewisse Blochersche Politikmüdigkeit heraus?

Ganz und gar nicht. Das Parlament ist das wichtigste Gremium unseres Politsystems. Aber es ist ein Gremium, das viel Geduld braucht. Deswegen auch meine Prognose: Der junge Roger Köppel wird nach drei Jahren wieder gehen und sagen, dass das Parlament nichts nützt. Er wird diese Knochenarbeit nie über sich ergehen lassen.

Wagen wir einen Blick über die Landesgrenzen hinaus. Was können Schweizer Sozialdemokraten vom Wahlsieg der Syriza in Griechenland lernen?

Die Partei hat eine soziale Bewegung begründet, die Achtung verdient. Es gelang ihr vor allem, zu vermeiden, dass Rechtsaussen die Oberhand gewinnt. Viele Länder Europas stehen zurzeit vor der Wahl zwischen Tsipras und Le Pen. Syriza ist es gelungen, dem griechischen Volk Hoffnung zu geben auf eine Gesellschaft, in der die Solidarität stärker gelebt wird. Die andere Option der Griechen wäre die Antwort von Rechtsaussen gewesen: Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, vielleicht sogar Krieg. Das konnte Syriza verhindern.

Sie sehen die SP in der Schweiz auch zunehmend als Gegenblock gegen Rechtsaussen.

Das ist die grosse Auseinandersetzung im Wahljahr. Ich gehe davon aus, dass wir vor einer Richtungswahl stehen, es ist die Wahl zwischen Nationalisten und einer offenen Schweiz der Solidarität. Wir verkörpern diese Schweiz der Solidarität und der Öffnung. Was mich manchmal deprimiert, ist, dass wir es weitgehend alleine tun müssen. Die FDP war in ihrer historischen Prägung eine progressive Partei. Derzeit ist sie jedoch völlig orientierungslos. Die Partei kann sich nicht zwischen Blocher und dem bilateralen Weg entscheiden. Wir haben sie als Verbündete fast verloren.

Die FDP bezieht Position in der EU-Frage. Philipp Müller betont immer wieder, wie wichtig die Bilateralen sind. Orientierungslos scheint uns da das falsche Wort.

Philipp Müller ist unfähig, sich zwischen Blocher und der Rettung der Bilateralen zu entscheiden. Er behauptet, er wolle Kontingente und Inländervorrang einführen und gleichzeitig die Bilateralen retten. Er ist offensichtlich nicht in der Lage, sich klar zu den Bundesratsvorschlägen zum Masseneinwanderungsartikel zu positionieren. Er zögert seit Wochen. Er ist klug und weiss natürlich wie alle, dass Kontingente und Personenfreizügigkeit nicht zu vereinbaren sind. Er kann es aber nicht zugeben, weil es ihn zwingen würde, einen Entscheid in die eine oder andere Richtung zu treffen. Er spielt den Juniorpartner der SVP auch bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Und hat der Vorladung der SVP zum Deregulierungsgipfel Folge geleistet. Orientierungslos, wirklich.

tageswoche.ch/+6ypw7

x

ANZEIGE

GESPRÄCHE
IM CAFÉ
2015
**ARS MORIENDI –
DIE KUNST, MIT DEM
TOD ZU LEBEN**

Ist es eine Kunst, über Sterben zu reden?

Gast: Franz Hohler,
Schriftsteller
Moderation: Roger Ehret

Donnerstag, 26. März 2015,
18.00 bis 19.30 Uhr

Im Café des HMB – Museum für
Geschichte, Barfüsserkirche, Basel.
Eintritt CHF 10, Ticketvorverkauf
bei Kulturhaus Bider & Tanner,
Aeschenvorstadt 2, Basel,
Tel. 061 206 99 96





Abgabe der Steuererklärung 2014

Abgabe und Fristerstreckung

Die Steuererklärung 2014 für natürliche Personen ist bis zum 31. März 2015 abzugeben. Die Frist für die Abgabe der Steuererklärung kann mit der Fristenkarte, im Internet oder telefonisch erstreckt werden. Die Fristenkarte liegt der Steuererklärung bei. Die Erstreckung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung bis 30. September 2015 ist gebührenfrei. Für eine weitergehende Fristerstreckung oder für ein zweites Fristerstreckungsgesuch wird eine Gebühr von CHF 40.– erhoben. Eine Fristverlängerung über den 31. Dezember 2015 hinaus wird nur bei Vorliegen triftiger Gründe und bei Leistung einer angemessenen Akontozahlung bewilligt. Personen, welche neu eine selbstständige Erwerbstätigkeit im Kanton aufnehmen, haben sich bei der Steuerverwaltung zu melden.

Fälligkeit der Steuern und Zinsausgleich

Die kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuern der Steuerperiode 2014 werden am 31. Mai 2015 zur Zahlung fällig. Dieser Fälligkeitstermin gilt unabhängig vom Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung oder der Zustellung der Veranlagungsverfügung. Die direkte Bundessteuer der Steuerperiode 2014 wird am 1. März 2015 zur Zahlung fällig.

Bei Beendigung der Steuerpflicht infolge Wegzug ins Ausland oder Tod der steuerpflichtigen Person gilt ein besonderer Fälligkeitstermin. Bei einem Wegzug ins Ausland werden die kantonalen Steuern und die direkte Bundessteuer sofort fällig. Beim Tod der steuerpflichtigen Person werden die kantonalen Steuern 30 Tage nach Zustellung der Veranlagungsverfügung, spätestens aber 12 Monate nach dem Ableben fällig. Die direkte Bundessteuer wird sofort fällig.

Ein Zinsausgleich zu Gunsten der steuerpflichtigen Person erfolgt für alle vor Fälligkeit geleisteten Zahlungen. Verzinst werden Vorauszahlungen frühestens ab Beginn der Steuerperiode. Die Verzinsung ist nicht auf einen bestimmten Betrag beschränkt. Ein Zinsausgleich zu Lasten der steuerpflichtigen Person erfolgt für alle nach Fälligkeit geleisteten Zahlungen. Die aktuellen Zinssätze zu den kantonalen Steuern und zur direkten Bundessteuer sind im Internet unter www.steuerverwaltung.bs.ch veröffentlicht.

Die Verrechnungssteuer und der zusätzliche Steuerrückbehalt USA werden als Vorauszahlungen auf den Beginn des Kalenderjahres, in welchem die kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuern fällig werden, angerechnet, vorausgesetzt die steuerpflichtige Person hat im Verlaufe dieses Jahres mittels einer vollständig ausgefüllten Steuererklärung Antrag auf Rückerstattung gestellt. Ansonsten erfolgt die Anrechnung auf den Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung. Die Verzinsung der Anrechnung der Verrechnungssteuer und des zusätzlichen Steuerrückbehaltes USA richtet sich nach den Regeln über den Zinsausgleich.

Vorauszahlungen

Die Steuern sind samt allfällig erhobenen Belastungszinsen und Gebühren spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung der Veranlagungsverfügung zu bezahlen. Vorauszahlungen erleichtern die Zahlung der Steuerforderungen und vermeiden die Anrechnung eines Belastungszinses. Der Vergütungszins auf Vorauszahlungen ist zudem steuerfrei. Vordruckte Einzahlungsscheine für Vorauszahlungen können im Internet unter www.steuerverwaltung.bs.ch oder bei der Steuerverwaltung unter Telefonnummer 061 267 98 05 bestellt werden.

Steuerverwaltung Basel-Stadt

Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt
Fischmarkt 10, CH-4001 Basel
Telefon 061 267 46 46, Telefax 061 267 42 82
E-Mail steuerverwaltung@bs.ch, Internet www.steuerverwaltung.bs.ch

Die Europäische Menschenrechts-Konvention und der Strassburger Gerichtshof sind revolutionäre Errungenschaften. Ein Segen für die Schweiz

von Andreas Gross

Wer sich bewusst wird, dass die Schweiz schon 1848 mehr von den Ideen, Werten und Projekten der Französischen Revolution umgesetzt hatte als irgendwer sonst in Europa, der wundert sich, weshalb bis heute der internationale Schutz der Menschenrechte nicht die gleiche Verankerung im kollektiven Unterbewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer gefunden hat wie die Demokratie.

«Historische Blindheit» pflegt der grosse französische Rechtsgelehrte und Senator Robert Badinter all jenen vorzuwerfen, die Frankreich als das «Heimatland der Menschenrechte» bezeichnen. Denn sie verwechselten, so Badinter, der als Justizminister der ersten Regierung des Präsidenten Mitterrand 1981 gegen die Meinung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Frankreichs die Abschaffung der Todesstrafe durchzusetzen verstand, das Heimatland der «Menschenrechtserklärung» mit der «Heimat der Menschenrechte», was nicht das Gleiche sei.

Zwei Seiten des gleichen Projektes

Damit verweist Badinter auf den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wie er auch in der Schweiz beobachtet werden kann. So verdrängen all jene unter unseren Landsleuten, die immer wieder gerne die Schweiz als «älteste» oder gar «beste» aller Demokratien bezeichnen, wie lange sie sich auf einige Privilegierte beschränkte, wie sehr Napoleon mit seiner Armee nach der Französischen Revolution «nachhelfen» musste; wie viele bis heute von ihr ausgeschlossen werden, wie sehr sie vor den Fabrikatoren oder Bürokräten halt macht – der «Arbeiter-Bundesrat» Willi Ritschard (1918–1983) pflegte von der «Sonntagsdemokratie» zu sprechen –, wie schnell sie vielen unter uns zu mühsam wird und wir Einwände und Andersdenkende lieber überhören als ernst nehmen und auf sie eingehen.

Doch eines wurde in der französischen Menschenrechtserklärung von 1789, die, wie Badinter immer erinnert, auf älteren Texten aus England (der «Magna Carta» beispielsweise, die am kommenden 15. Juni ihren 800. Geburtstag feiert) und den USA aufbaute, klar und deutlich gemacht: Die Demokratie und die Menschenrechte sind zwei Seiten des gleichen revolutionären Projektes, einer Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Würde garantiert. Ein Mensch, der sich immer nur dem Willen anderer unterwerfen muss, muss genauso einer würdigen Exis-



Andreas Gross ist Politologe, SP-Nationalrat und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung im Europarat. tageswoche.ch/themen/Andi_Gross

tenz entsagen wie der Sklave, dem seine Grundfreiheiten vorenthalten werden.

In der Menschenrechtserklärung werden die beiden revolutionären Errungenschaften sogar genial miteinander verknüpft: Die Demokratie und die ihr eigene Gewaltenteilung, sprich der Wille der sich selber regierenden Bürger, gewährleistet die Menschenrechte, so wie diese den Willen der Mehrheit begrenzen. Oder wie es in der neuen Bundesverfassung von 1999 formuliert ist: Jede Macht wird durch das Recht begrenzt; auch die Macht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat ihre Grenzen, im Recht und den Rechten, welche die gleichen Bürgerinnen und Bürger in der Bundesverfassung gesetzt haben.

Jede Bürgerin und jeder Bürger aller 47 Europarats-Mitglieder kann sich an den Strassburger Gerichtshof wenden.

Nach der «Regeneration» der 1830er-Jahre, während der in einigen Kantonen die Volkssouveränität und bürgerliche Rechte wie die Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit verankert wurden, sowie vor allem mit der Bundesverfassung von 1848 mit ihren bürgerlichen Grundfreiheiten, dem allgemeinen Männerwahlrecht und dem obligatorischen Verfassungsreferendum, gelang dem aufmüpfigen Teil

der Schweizer mit entscheidender Hilfe anderer revolutionärer Europäer die Verwirklichung einer vergleichsweise einzigartigen Anzahl Ideen aus der Französischen Revolution. Kein anderer Staat in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts, auch Frankreich nicht, konnte diesbezüglich mithalten.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang den engagierten Demokraten sogar die Verfeinerung und Erweiterung ihrer von 1848 bis 1874 im Wesentlichen parlamentarischen Demokratie um die Volksrechte (Referendum und Initiative) – in einer Zeit, in der den meisten anderen Europäern sogar das allgemeine Wahlrecht noch immer verwehrt wurde.

Konfliktintensiver Lernprozess

Die andere Idee der Französischen Revolution jedoch, die Gleichheit der Menschen, die Idee, dass ihnen allen, unbesehen ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer Gesinnung, ihres Status, die gleichen Rechte und Freiheiten zukommen sollten, hatte es freilich auch in der Schweiz schwer. Das dauerte und bedurfte noch jahrzehntelanger mühsamer Lernprozesse, auch des diplomatischen Drucks von aussen.

Dabei kamen die Schweizer – glücklicherweise – ohne die ambivalente «Katastrophenhilfe» des 20. Jahrhunderts aus. Die meisten Europäer mussten in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts erfahren, wie wenig Staaten ihre Menschenrechte schützen konnten. Diese schmerzvolle Erfahrung überzeugte die Mehrheit der Kriegsversehrten von der Notwendigkeit der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 und der europarätlichen Europäischen Menschenrechts-Konvention (EMRK) von 1950, zu der auch der Strassburger Gerichtshof gehört. Dieser gewährleistet die Einhaltung der EMRK.

Jede Bürgerin und jeder Bürger aller 47 Europarats-Mitglieder kann sich an den Strassburger Gerichtshof wenden, wenn er oder sie den Eindruck hat, eine staatliche Behörde würde seine oder ihre Menschenrechte verletzen. Eine revolutionäre Errungenschaft im Interesse der Freiheit und zum Schutz der Demokratie eines jeden Menschen in Europa, die auch für die Schweiz ein Segen ist. Gut möglich, dass die neuste Infragestellung von Sinn und Bedeutung der EMRK und des Strassburger Gerichtshofes durch die SVP dazu führt, dass sie in den kommenden Jahren diejenige Verankerung in der schweizerischen Gesellschaft finden, die sie längst verdient hätten.

tageswoche.ch/+05lbi

×

James Bond

Mit Steueranreizen in Millionenhöhe hat Mexiko Änderungen im neuen Bond-Film «Spectre» durchgesetzt.

Im Dienst Ihrer Majestät – und Mexikos

von Andreas Knobloch

Bereits lange vor dem geplanten Kinostart im Herbst macht der neue James-Bond-Streifen «Spectre» Schlagzeilen. Mit geschätzten 300 Millionen US-Dollar Produktionskosten ist der von Regisseur Sam Mendes («American Beauty») gedrehte Film, in dem erneut Daniel Craig den Geheimagenten seiner Majestät mimt, eine der teuersten Bond-Produktionen aller Zeiten.

Da kommen 14 Millionen US-Dollar an Steuervergünstigungen nicht ungelegen. So viel sollen die mexikanischen Behörden den amerikanischen Produktionsfirmen Sony Pictures Entertainment und Metro-Goldwyn-Mayer Studios Inc. (MGM) für Änderungen am Drehbuch mindestens geboten haben.

Den Deal öffentlich gemacht hat das auf Steuerthemen spezialisierte US-Webportal TaxAnalysts. Die Übereinkunft zwischen den mexikanischen Behörden und den Produzenten gehe aus E-Mails hervor, die bei einem Angriff von – angeblich nordkoreanischen – Hackern auf Firmencomputer von Sony Pictures Ende November 2014 erbeutet und ins Netz gestellt worden waren.

Gekauftes Positiv-Image

Demnach haben die Studiobosse von Sony und MGM auf Änderungen am Script gedrängt, um in den Genuss von Steueranreizen zu kommen.

«Wir stehen derzeit vor einem Budget, das weit über dem liegt, was wir erwartet hatten, und sind unter enormem Druck, um die Zahl auf 250 Millionen abzüglich Rabatte und Anreize zu reduzieren», schrieb Jonathan Glickman, Präsident von

MGM, in einem E-Mail an die Produzenten des neuen Bond-Films.

Ein schönes Beispiel, wie Steuerpolitik Entscheidungen von grossen, börsennotierten Unternehmen verändern kann – und wie Filme von Regierungen für Image-Kampagnen genutzt werden.

Luftaufnahmen sollen vor allem moderne Gebäude zeigen und so ein besseres Image des Landes transportieren.

In einer frühen Drehbuch-Version des neuen Bond-Streifens, die sich unter den von den Hackern entwendeten Daten befinden soll, verfolgt 007 in der Anfangssequenz in Mexiko einen Auftragskiller namens Sciarra. Dieser soll den Bürgermeister von Mexiko-Stadt ermorden. Die mexikanischen Behörden sollen darauf bestanden haben, dass jener durch einen ausländischen Politiker ersetzt wird und dass der Auftragsmörder keinesfalls Mexikaner sein dürfe.

Eine weitere Forderung lautete: Die mexikanische Polizei dürfe in dem Streifen nicht auftauchen. Sie solle durch eine «Spezialeinheit» ersetzt werden. Zudem solle die Frau, aus deren Hotelzimmer heraus der Geheimagent seiner Majestät die Verfolgungsjagd startet, von einer «bekanntesten mexikanischen Schauspielerin» dargestellt werden.

Wie vor wenigen Tagen bekannt wurde, wird Stephanie Sigman das mexikanische Bond-Girl in «Spectre» spielen. Sigman war als Hauptdarstellerin in «Miss Bala»

bekannt geworden, einer international erfolgreichen Produktion über die Geschichte einer von Drogenbossen gekidnappten Schönheitskönigin.

Die E-Mails deuten zudem darauf hin, dass die mexikanischen Behörden den zunächst geplanten Käfig-Kampf durch eine Verfolgungsjagd während Mexikos berühmter «Dia de los Muertos»-Feierlichkeiten sowie beeindruckende Luftaufnahmen der Skyline von Mexiko-Stadt ersetzen wollen.

Wenn James Bond Sciarras Hubschrauber stiehlt und in den Himmel über Mexikos Hauptstadt abhebt, sollen die Luftaufnahmen vor allem moderne Gebäude zeigen und so ein besseres Image von Mexiko transportieren. Dafür wurden den Studiobossen weitere sechs Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt.

Herkunft des Geldes ist unklar

MGM-Chef Glickman schien damit zufrieden zu sein. «Sie haben einen tollen Job gemacht, uns die mexikanischen Vergünstigungen zu sichern. Lassen Sie uns weiter schauen, welche Wege uns zur Verfügung stehen, diese Anreize zu maximieren», schrieb er an die Produzenten. In einem anderen Mail schlug die frühere Co-Vorsitzende von Sony Pictures, Amy Pascal, vor, dass Reisefilm-Material zusätzliche Mittel einbringen könnte.

Unklar ist, welche mexikanischen Behörden konkret beteiligt sind. Das mexikanische Filminstitut Imcine (Instituto Mexicano de Cinematografía), offiziell für die Förderung von Mexikos Filmindustrie zuständig, hat jedenfalls erklärt, nichts mit der Sache zu tun zu haben.

«Imcine ist in das Thema nicht involviert», erklärte ein Sprecher. «Es gibt keine Anreize, die von unserer Seite gemacht wurden.» Und Luis Miguel Aguilar, Sprecher der Filmkommission von Mexiko-Stadt, erklärte gegenüber lokalen Medien, die kolportierten Informationen seien «unglaubwürdig».

Unsicher ist ebenfalls, aus welchen Töpfen die Gelder stammen. Für staatliche Filmförderprogramme, wie Fidecine (Convocatoria del Fondo de Inversión y Estímulos al Cine) erfüllt «Spectre» die Auflagen nicht; andere wie Foprocine (Fondo para la Producción Cinematográfica de Calidad) und Eficine (Estímulo Fiscal a Proyectos de Inversión en la Producción y Distribución Cinematográfica Nacional) würden nur einen Bruchteil der aufgerufenen Beträge abdecken.

Infrage käme Proav (Fondo Proaudiovisual), ein Programm, das Steuervergünstigungen von bis zu 7,5 Prozent auf in Mexiko entstandene Kosten bietet, insofern die Investitionssumme 40 Millionen Pesos (rund 2,5 Millionen US-Dollar) übersteigt.

Um auf 14 Millionen US-Dollar zu kommen, müssten die Produktionskosten in Mexiko allerdings bei utopischen 187 Millionen US-Dollar liegen. Eine andere Möglichkeit ist die Freistellung von der Zahlung der Mehrwertsteuer für Produk-



Teil des Deals: Die 28-jährige mexikanische Schauspielerin Stephanie Sigman erhält eine Rolle im neuen Bond-Film. FOTO: GETTY IMAGES

tionen in Mexiko, die im Ausland kommerzialisiert werden.

Klar ist: Generell ist es durchaus gängige Praxis, mit Steuervergünstigungen grosse Filmproduktionen anzulocken. Das macht nicht nur Mexiko.

Ungewöhnlich aber ist die Höhe der genannten Summen. Denn insgesamt spielen nur rund vier Minuten zu Beginn des Bond-Films in Mexikos Hauptstadt. Die Szenen werden derzeit gedreht.

Für die Dreharbeiten hat unter anderem der Senat das frühere Parlamentsgebäude, die Xicoténcatl-Villa im historischen Stadtzentrum, kostenlos zur Verfügung gestellt. Das berichtet die mexikanische Tageszeitung «La Jornada». Ein Umstand, der zu Kontroversen geführt hat.

Vor allem Oppositionspolitiker kritisierten die Entscheidung. Die Vorsitzende der Kulturkommission des Senats, Blanca

Alcalá Ruíz von der regierenden PRI (Partido Revolucionario Institucional), hält sie dagegen für richtig. «Wie viele Streifen haben wir gesehen, die in Frankreich gedreht wurden?» Auch werde das Senatsgebäude für den Film nicht umgebaut; vielmehr werde es Bilder geben, die «die Schönheit des historischen Stadtzentrums zeigen».

Für wenige Minuten Film sollen die US-Studios Millionen kassieren.

Die Image-Kampagne ist im Zusammenhang mit den Bemühungen der Regierung Enrique Peña Nieto (PRI) zu sehen, die schwere Krise der öffentlichen

Sicherheit herunterzuspielen. Laut Schätzungen sind im Drogenkrieg seit 2006 in Mexiko über 120 000 Menschen umgekommen.

«Es ist nicht ungewöhnlich, dass Anreize mit einer Reihe von Vertragsklauseln versehen werden», schreibt TaxAnalysts, «aber die Veränderungen bei «Spectre» scheinen viel weiter zu gehen, da die Studios den mexikanischen Behörden erlauben, Casting-Entscheidungen oder die Staatsangehörigkeit der Charaktere zu diktieren.»

Das wiederum werfe andere heikle Fragen über die Möglichkeiten künstlerischer und inhaltlicher Einflussnahme durch Regierungen auf, so TaxAnalysts: «Wenn man für 14 Millionen einen neuen Anfang kaufen kann, wie viel würde es kosten, das Ende zu ändern?»

tageswoche.ch/+ujt9r

×

Seit Beginn der Krim-Krise droht ein neuer Kalter Krieg – aber mit anderen Vorzeichen: Russland ist keine Supermacht mehr.

Schlechter Verlierer

Online



tageswoche.ch/
Themen/
Georg Kreis

von Georg Kreis

In den letzten Monaten ist schon mehrfach die Sorge geäussert worden, dass der Kalte Krieg zurückkommen könnte. Oder sogar die Befürchtung, dass wir bereits mitten drin stecken. Darum auch die Zurückhaltung im Urteil über den Ost-West-Konflikt, der sich seit der Annexion der Krim vor einem Jahr wieder verschärft hat. Man möchte keine Neuaufgabe von Verhältnissen, wie sie – mit ihren Konjunkturen – in den Jahren 1945 bis 1989 geherrscht hatten, das heisst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur grossen Wende.

Dazwischen gab es bekanntlich die eine oder andere Zuspitzung: 1961 etwa den Bau der Berliner Mauer oder 1962 die Kuba-Krise. An Letztere konnten wir uns erinnert fühlen (und das war wohl auch der Zweck der Aussage), als Kremelchef Putin kürzlich erklärte, dass er ohne Zögern auch Atomwaffen eingesetzt hätte, wäre ihm der Westen bei der «Heimholung» der Krim entgegengetreten.

Es wurde in westlichen Medien gesagt, dass nie während des Kalten Kriegs eine Seite so leichtfertig mit der Idee gespielt

Traum von alter Grösse: Putins Politikstil erinnert an die Muskelspiele und Rankünen zur Zeit des Kalten Krieges.

FOTO: REUTERS



habe, die schreckliche Massenvernichtungswaffe einzusetzen.

Immerhin hatte die Sowjetunion in der Suez-Krise von 1956 gegenüber Frankreich und Grossbritannien von diesem Mittel Gebrauch gemacht und damit auch die USA erschreckt. Heute ist die Gefahr eines Atomkriegs zwischen Ost und West weitgehend aus dem kollektiven Bewusstsein entlassen worden. Offensichtlich ist aber bei der schwächeren Seite die Versuchung geblieben, mit der Atomkeule zu drohen. Russland ist im aktuellen Konflikt zwar die aggressivere, aber alles in allem doch die schwächere Seite.

Keine klare Teilung der Welt

Die Gefahr, dass es leicht zu einem grossen heissen Krieg kommen könnte, gehörte indessen nicht zu den Hauptcharakteristika des Kalten Kriegs. Die wichtigsten Eigenheiten waren vielmehr die klare Teilung der Welt in zwei ideologisch gegensätzliche Lager. Klare und feste Teilung, wie sie in den Jahren 1917 bis 1941 bestand und nur vor dem Hintergrund einer wenig soliden Kooperation gegen Hitler 1941 bis 1945 nicht mehr als Normalität eingestuft wurde.

Auf beiden Seiten gab es und gibt es konventionelle und atomare Hochrüstung, um in einem heissen Ernstfall nicht unterlegen zu sein. Im Vordergrund stand aber gegenseitige Bekämpfung mit den Mitteln des Propagandakriegs. Dabei war – auch im Westen – die Disziplinierung des eigenen Lagers mindestens so wichtig wie die Kampagne gegen den äusseren Feind. Diese innergesellschaftliche Funktion hat ohne Zweifel die Ukraine-Frage wiederum für das russische Regime. Auf der westlichen Seite spielt die Ukraine nicht diese Rolle, die Regierungen setzen sie nicht zur Machtstabilisierung ein und könnten damit auch keine Erfolge erzielen.

Dem Bild vom Kalten Krieg liegen zwei Grundvorstellungen zugrunde: Die eine ist asymmetrischer Art und sieht im einen der beiden Kontrahenten den Angreifer und im anderen den Verteidiger. Die andere Vorstellung ist symmetrischer Art und verteilt aggressive und defensive Haltungen einigermaßen gleichmässig auf beide Seiten. Obwohl sich die unterschiedlichen Vorstellungen im Prinzip gegenseitig ausschliessen, dürften beide eine gewisse Berechtigung haben.

Für die Mehrheit im Westen, der sich neuerdings wegen Russlands Vorgehen doch wieder vermehrt als gemeinsames Lager versteht, ist klar, wie die Rollen von Aggression und Abwehr verteilt sind. Es gibt aber – für den «Westen» typisch – auch Stimmen, die gerne das eigene Lager für den aktuellen Konflikt in der west-östlichen Übergangzone verantwortlich machen. Die Nato sei zu nahe an Russlands Sicherheitsgrenze herangerückt und habe dabei ein 1990 gegebenes Wort gebrochen.

Eine dieser Stimmen gehört der Publizistin Gabriele Krone-Schmalz und ihrem Buch «Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens»

(Beck 2015). Ein Hauptargument der ehemaligen ARD-Korrespondentin: Die USA hätten 2003 gegen den Willen Russlands den Irak angegriffen und unilateral den Weltpolizisten gespielt. Jetzt wolle Russland mit seinen expansiven Schritten, die sich nicht auf die Ukraine beschränken, die verlorene Rolle als Weltmacht zurückgewinnen. Da schliesst der Vorwurf an, der amerikanische Präsident habe Russland unnötig in der Öffentlichkeit als Regionalmacht abqualifiziert.

Das bei Krone-Schmalz stark vorhandene Bedürfnis, das eigene Umfeld zu beherrschen, macht sie zu einer schwer erträglichen Gegenstimme. Wir müssen aber irgendwie auch froh sein, dass es im Westen ein dissidentes Russlandverständnis dieser Art gibt. In Russland haben analoge Gegenstimmen keine Chancen. Sie werden nicht alle gleich ermordet wie Boris Nemenzow oder Anna Stepanowna Politkowskaja. Sie kommen aber nicht in die Talkshows, und vielen wird ein alternatives Denken bereits im Ansatz unmöglich gemacht.

Russland wird von einem Komplex regiert, der in der Opposition kein Korrektiv, sondern eine Gefahr sieht.

Der 92-jährige Historiker Ernst Nolte war in den 1970er-Jahren ein strammer Kalter Krieger, in Tauwetterzeiten also, die gerade auch im Westen als gefährlich empfunden wurden. In einem Punkt aber hatte er recht, wenn er vom Westen sagte, die Bereitschaft, ja zuweilen sehnsüchtige Neigung, auch das Gegenteil von etablierten Meinungen zu denken, sei ein Wesensmerkmal westlichen Denkens. Eine Stärke, die zuweilen als Schwäche missverstanden wird.

Andererseits sollten wir uns nicht aus Furcht, wieder in die Muster des Kalten Kriegs zu fallen, der Einsicht verschliessen, dass in Russland alte und entsprechend tief verankerte Einstellungen die Politik bestimmen. Russland wird noch immer von einem intransparenten Komplex regiert, der in der Opposition nicht ein nötiges Korrektiv, sondern eine Gefährdung des Staates sieht. Innere Defizite sollen mit Hurratriotismus überdeckt werden. Das Ausmass der von den Massenmedien verbreiteten Manipulation und der Hetzpropaganda überbietet bei Weitem diejenige der früheren Sowjetmedien.

An der Spitze des russischen Gesellschaftssystems steht noch immer als unangreifbare Instanz ein vermeintlicher Heilsbringer, dessen Aufgabe es ist, russische Grösse und Macht und zugleich das autoritäre System zu personifizieren. Er steht in der Nachfolge der Zaren, von «Väterchen» Stalin und der folgenden, eher grauen GeneralparteiSekretäre, jetzt aber wieder mit der Unterstützung der orthodoxen Kirche.

Wenn man den führenden Politikern des Westens einen Vorwurf machen kann, dann sicher nicht, nach 1989 eine fortgesetzte Dämonisierung des Ostens im Stil des Kalten Kriegs betrieben zu haben. Vielmehr haben sie sich von der echten Hoffnung und auch etwas naiven Erwartung leiten lassen, dass die Demokratie mit beschwingten Schritten nun auch in Russland Einzug halten würde. Wie McDonald's und Coca Cola.

Typisch «Westen»

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es während ein paar Jahren die erfreuliche Perspektive einer Annäherung zwischen West und Ost. 1997 wurde zwischen der EU und Russland das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Jetzt stellt sich die Frage, inwiefern Konfrontation und Kooperation gleichzeitig betrieben werden können. Die Grenzen der Annäherungsmöglichkeiten sind von der russischen Seite gesetzt worden. Zu der wiederum für den Westen bezeichnenden Selbstermahnung gehört, Russland nicht aus Europa hinausdrängen zu wollen. In Russland selbst verstärkt sich aber die Tendenz, sich gegenüber Europa abzugrenzen.

Zur Zweiteilung der Ära des Kalten Kriegs gehörte, dass die beiden sehr gegensätzlichen Supermächte doch ein Paar bildeten, in dem sich die UdSSR als Macht auf Augenhöhe mit den USA sehen konnten. Das ist jetzt eindeutig nicht mehr der Fall. Während sich der Osten der Sowjetzeit – wenn auch mit Selbstbetrug – als Kraft der Zukunft verstehen konnte, ist das heutige Russland mit dem unerfreulichen Faktum konfrontiert, wenigstens derzeit so etwas wie der Verlierer der Geschichte zu sein. Putin hat bekanntlich das Ende des Kalten Kriegs nicht als Freudenstunde erlebt, sondern als traurigen Moment, der das Ende der grossrussischen Ära eingeläutet hat.

tageswoche.ch/+2idg4

×

ANZEIGE




LA SATIRE CONTINUE

19. - 21. UND 26. - 28. MÄRZ (DO - SA) 20.30 UHR

URAUFFÜHRUNG «HINTER SCHWEIZ UND RIEGEL»

Mundart WWW.THEATER-TEUFELHOF.CH

Mo 23.03. 20:00
«n^{3.1}» – Ensemble neuerBand

Do 26.03. 21:00
«Nachtstrom 73»

GARE DU NORD

T 061 683 1313 garedu nord.ch

Der Musiker spricht über wilde Jazzjahre in Basel, die Rebellion des Daig und verrät, was er mit Geld von Jay Z macht.

«Basels Jazz-Rebellen kamen aus dem Daig»

von Marc Krebs

Der Mann wird in diesem Jahr 80 – und arbeitet noch immer mit einer beneidenswerten jugendlichen Neugierde: Bruno Spoerri, Basler Jazzmusiker und Elektronikpionier, steht in seinem Zürcher Studio und wirbelt mit den Händen durch die Luft. So erzeugt er etwa Klänge, wie wir sie aus Science-Fiction-Filmen kennen.

Die Zukunft im Ohr, haben wir die Vergangenheit vor Augen: Spoerri hat zwei Bücher zur Schweizer Jazz- und Elektronikgeschichte verfasst. Und jetzt auch noch zum neuen Buch «Jazz Basel» ein Kapitel beigesteuert.

Dass er als Historiker wahrgenommen wird, ist ihm nicht ganz recht. Zugleich kann er sich freuen. Seit er uns vergangene Woche bestätigt hat, dass er den Rechtsstreit mit Rapper Jay Z gewann, ist der Jazzler in aller Munde und dabei ganz gegenwärtig.

Bruno Spoerri denkt selbst im Triumph über Rapper Jay Z erst an seine Plattenfirma und hofft auf 80 000 Dollar.

FOTO: KEYSTONE



Bruno Spoerri, ein verrücktes Jahr liegt hinter Ihnen.

Stimmt, ja, es war überwältigend. Die Geschichte mit Jay Z hat in ganz Europa für Schlagzeilen gesorgt. Bemerkenswert dabei: Dass keine US-Zeitung darüber informiert hat, obschon wir Fachzeitschriften wie etwa das «Billboard» informiert hatten. Niemand wollte dort das Plagiat-Thema aufgreifen. Vermutlich sind die Plattenindustrie und deren Anwälte so mächtig, dass viele Medien eingeschüchtert sind und lieber schweigen.

Sie aber haben nicht geschwiegen und sich mit einem Rap-Superstar angelegt. Wie erfuhren Sie überhaupt davon, dass Jay Z und Timbaland ein Sample von einem Ihrer Stücke verwendet haben?

Durch meine englische Plattenfirma, durch Andy Votel von Finders Keepers Records. Er rief mich an und machte mich auf das Plagiat aufmerksam. Dann versuchte er mit Timbaland Kontakt aufzunehmen. Doch die Amerikaner reagierten lange nicht.

Was Sie verärgerte.

Ja, auch weil Jay Z in einem BBC-Interview dreist behauptete, dass Timbaland und er das geschrieben hätten.

Dabei ist es unüberhörbar, dass da Ihre Musik verwendet wurde.

Absolut. Sie haben es nur einen halben Ton tiefer gelegt und den Beat verstärkt.

Wie gingen Sie als Urheber vor? Schalteten Sie die Urheberrechtsgesellschaft Suisa ein?

Ja, ich habe es dort gemeldet. Sie sperren die Auszahlungen der Schweizer Tantiemen für diesen spezifischen Song und informierten andere Urhebergesellschaften darüber, dass hier ein Plagiat vorliegen könnte. Aber solange nichts bewiesen war, war ihr Handlungsspielraum beschränkt.

Wie ging es weiter?

Andy Votel zog einen Musikexperten hinzu, der Computerbilder anfertigte und die Deckungsgleichheit so nachweisen konnte. Timbaland gab dann auch zu, dass er gesampelt hatte.

Als Sie vor einem Jahr damit an die Medien gingen, kolportierte «Watson», dass man Ihnen 25 000 Franken angeboten hatte.

Es war ein lächerlich kleiner Betrag, mit dem wir uns nicht zufrieden geben durften. Doch die Rechtsabteilung blockte uns ab. Weil sich nichts bewegte, schaltete ich eine Verlegerin ein, Frau Peterer. Sie hat zuvor schon solche Prozesse durchgeführt, kennt sich auch im Dickicht der amerikanischen Musikindustrie aus und schaffte es, dass wir jetzt Verträge abschliessen konnten.

Das heisst, Sie kommen endlich zu Ihrem Recht?

Ja! Sie hat das direkt mit den Fachleuten in den USA eingefädelt, ich bekomme jetzt 50 Prozent Urheberschaft an diesem Stück. Auch die Plattenfirma kommt zu ihren Produzentenrechten am Song. Ob jetzt aber sehr viel Geld reinkommt, ist eine andere Frage. Ich hoffe sehr, dass Finders Keepers 80 000 bis 100 000 Dollar erhalten.

Sie denken zuerst an Ihre Plattenfirma: sehr bescheiden!

Ja, aber diese Leute haben es auch verdient. Sie nahmen das ganze Risiko auf sich, als sie meine alten Sachen neu herausbrachten. Und ich war und bin froh, dass durch sie meine Sachen wieder erhältlich gemacht worden sind. Doch wie viel Geld am Ende bleibt, lässt sich nicht abschätzen. Mit den ersten Tantiemen werden mal die Kosten für die Rechtsanwälte gedeckt. Ich habe indirekt sehr viel profitiert. So oft wie durch diesen Fall bin ich seit Jahrzehnten nicht mehr in den Medien erwähnt worden. Und ich habe auch eine ganze Reihe an Engagements gekriegt. Festivals in Genf, Brüssel oder Hamburg haben mich verpflichtet. Der indirekte Gewinn ist eigentlich viel grösser als der direkte.

«Die ersten Jazzlokale in Basel galten als unsittlich und moralisch anrühlich.»

Ihnen ging es gar nicht ums Geld?

Nein, sondern um den Umgang unter Künstlern. Ich habe schon einige Mal gratis was weggegeben. Aber sicher nicht bei einem dermassen kommerziell orientierten Musiker wie Jay Z.

Durch die Demokratisierung des Internets wird auch immer darüber diskutiert, ob alles Wissen, alle Werke frei zugänglich sein sollen.

Ihre Position?

Ich habe Mühe damit. Weil die wirklich kreativen Leute, die zum Beispiel ein Musikstück schaffen, immer mehr enteignet werden. Das System schafft immer mehr Zweitverwerter, die Kulturvermittlung und damit auch die ganze Administration der Kulturgelder ist viel stärker gewachsen als das gesamte Geld, das vorhanden ist. Das geht für mich nicht auf.

Es gab eine Zeit, da war Jazz noch völlig unangepasst, Sie haben die Anfänge in Basel erlebt. Kann man von der ersten Jugendkultur hierzulande reden?

Ja, schon. Der Jazz war eine kleine Jugendkultur, allerdings nicht für alle Schichten. Die Arbeiterklasse interessierte sich nicht so dafür, vermutlich war ihr das zu verkopft. Die Jazzszene wurde von den Mittelschülern getragen. Lustigerweise waren viele Jugendliche aus dem Daig.

Haben die Daig-Kinder auf diese Weise rebelliert?

Ja, durchaus. Die ersten Jazzlokale in Basel galten ja auch als unsittlich und moralisch anrühliche Lokale, die vom Bürgertum mit Argwohn betrachtet und von diesen auch gemieden wurden.

Aktuell wird in Basel über die Schwierigkeiten diskutiert, mit denen Clubs zu kämpfen haben. Gabs diese Kämpfe schon vor 60 Jahren?

Performance



Miet Warlop

Vor einem halben Jahr hat Miet Warlop am Theater Festival mit «Mystery Magnet» eine Performance hingelegt, bei der, nach ihrer eigenen Aussage, das Aufräumen länger dauerte als das Stück. Ein buntes Gemetzel, hart aber heiter. Jetzt kommts ganz anders. Die Belgierin wird in «Dragging the Bone» ganz allein auf der Bühne und alles in Schwarz-Weiss getaucht sein. Und wo letztes Jahr ein Haifisch die Bühne sprengte, taucht Warlop diesmal ihren Körper in Gips – stiller und erst recht heiter. ×

26. bis 28. März, je 20 Uhr, Kaserne Basel, Klybeckstrasse 1b.
• kaserne-basel.ch

Sofalesung

Simone Lappert

Mal schauen, wie es in der WG von Livia, Roman und Ilayda aussieht. Schuhe ausziehen oder nicht? Fläzen oder aufrecht sitzen? Plaudrige Atmosphäre oder ganz still? Angenehm offen ist das. Sicher ist: Die Wahlbaslerin Simone Lappert liest aus ihrem Debütroman «Wurfschatten», worin die junge Ada sehr originelle Wege findet, um mit ihren Ängsten zu kämpfen. Das Buch hat viel Resonanz bekommen: Still und poetisch sagen die einen, Geschichte eines verzogenen Wohlstandsgörs die anderen. ×

Sonntag, 22. März, 19 Uhr,
Breisacherstrasse 84.
• literaturhaus-basel.ch

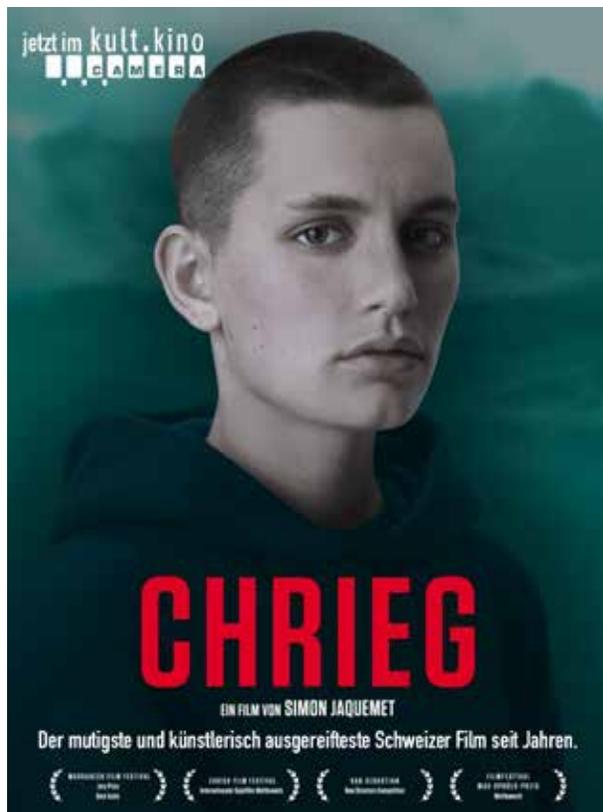
Ausgehen

Eine Liste sämtlicher Kulturveranstaltungen der Schweiz finden Sie in unserer Online-Agenda (Rubrik «Ausgehen») – täglich aktualisiert und nach Sparten aufgelistet.

Kinoprogramm

Basel und Region 20. bis 26. März

ANZEIGEN



PATHÉ! EKSLUSIVE VORTEILE SCHWEIZWEIT GÜLTIG

PATHÉ PASS

UNLIMITIERTES KINOVERGNÜGEN

40 CHF / MONAT

Konditionen und weitere Infos an der Kinokasse und online erhältlich.

PATHÉ KÜCHLIN *pathe.ch/basel*

BASEL CAPITOL

- Steinenvorstadt 36 kitag.com
- CINDERELLA** [4/4 J]
FR-MO/MI: 15.00/21.00
DI: 14.00^D
 - KINGSMAN: THE SECRET SERVICE** [14/12 J]
FR-MO/MI: 15.00/18.00/21.00
DI: 14.00/17.00^{E/diff}
 - AMERICAN SNIPER** [16/14 J]
FR-MO/MI: 18.00-DI: 17.00^{E/diff}

KULT.KINO ATELIER

- Theaterstr. 7 kultkino.ch
- DIFRET** [10/8 J]
FR/SA/MO-MI: 12.10^{Ov/diff}
 - HOMO FABER (DREI FRAUEN)** [10/8 J]
FR/SA/MO: 12.10^D
 - UNE NOUVELLE AMIE** [16/14 J]
FR/SA/MO-MI: 12.15^{F/d}
 - LEVIATHAN** [14/12 J]
FR-SO/DI/MI: 14.00
FR-MO/MI: 20.15-DI: 21.00^{Ov/d}
 - SAMBA** [10/8 J]
14.00/18.15/20.45^{F/d}
 - STILL ALICE - MEIN LEBEN OHNE GESTERN** [8/6 J]
14.15/18.00/20.30^{E/diff}
 - SHAUN THE SHEEP MOVIE** [0/0 J]
16.15/18.30^{ohne Dialog}
 - USFAHRT OERLIKE** [8/6 J]
16.30^{Dialekt}
 - DORA ODER DIE SEXUELLEN NEUROSEN UNSERER ELTERN** [16/14 J]
16.45^{Diff}
 - DIE KRAFT DER SCHWACHEN** [10/8 J]
SO: 11.00^{Sp/d}
 - IRAQI ODYSSEY - 3D** [10/8 J]
SO: 11.15^D
 - FRAU MÜLLER MUSS WEG** [6/4 J]
SO: 11.30^D

KULT.KINO CAMERA

- Rebgasse 1 kultkino.ch
- CHRIEG** [14/12 J]
20.45-FR-DI: 14.00^{Dialekt/d}
 - SELMA** [12/10 J]
14.00^{E/d}
 - WHIPLASH** [12/10 J]
FR-DI: 16.15^{E/diff}
 - DANCING ARABS** [10/8 J]
16.30/21.00^{Ov/diff}
 - CITIZENFOUR** [12/10 J]
18.30^{E/d}
 - CONDUCTA** [12/10 J]
18.45-SO: 11.45^{Sp/diff}
 - ELECTROBOY** [12/10 J]
SO: 11.30^{Dialekt/diff}

KULT.KINO CLUB

- Marktplatz 34 kultkino.ch
- LA FAMILLE BÉLIER** [8/6 J]
15.00/20.45^{F/d}
 - IRAQI ODYSSEY** [10/8 J]
17.30^D
 - NATIONAL GALLERY** [16/14 J]
SO: 11.30^{E/d}

NEUES KINO

- Klybeckstr. 247 neueskinobasel.ch
- LA HAINE** [10/8 J]
FR: 21.00^{F/d}

PATHÉ KÜCHLIN

- Steinenvorstadt 55 pathe.ch
- KINGSMAN: THE SECRET SERVICE** [14/12 J]
FR/SA/MO/DI: 12.50
FR/DI: 18.10-FR: 23.30
SA: 10.10
SA/MO/MI: 15.30/ 20.50 (DLX)
SO: 18.10 (DLX)^D
FR/SO/DI: 15.30
FR/DI: 20.50 (DLX)
SA/MO/MI: 18.10-SA: 23.30
SO: 10.10/20.50^{E/diff}
 - CHAPPIE** [12/10 J]
13.00-FR/SA: 22.40^D
 - SAMBA** [10/8 J]
13.00^D
 - SHAUN DAS SCHAF - DER FILM** [0/0 J]
13.00/15.20/17.15/19.10^D
 - TRAUMFRAUEN** [12/10 J]
13.00/21.10^D
 - INSURGENT - DIE**

- BESTIMMUNG - 3D** [14/12 J]
13.15/15.45/18.15/20.45
FR/SA: 23.15-SA/SO: 10.30^D
- SEVENTH SON - 3D** [12/10 J]
13.30^D
- AMERICAN SNIPER** [16/14 J]
17.10-FR/MO/DI: 14.00
FR/SA: 22.45-SA/MO/MI: 20.00
^D FR/SO/DI: 20.00^{E/diff}
- CINDERELLA** [0/0 J]
FR-DI: 15.00
FR/SO/DI/MI: 18.00
SA/MO: 20.20^D
FR/SO/DI: 20.20-SA/MO: 18.00^{E/diff}

- THE BOY NEXT DOOR** [16/14 J]
FR/SO/DI: 15.00/19.00
FR: 23.00-SA: 11.00
SA/MO/MI: 17.00/21.00^{E/diff}
FR/SO/DI: 17.00/21.00
SA/MO/MI: 15.00/19.00
SA: 23.00-SO: 11.00^D
- FIFTY SHADES OF GREY** [16/14 J]
15.30-FR: 23.40
SA/MO/MI: 21.00-SO-MI: 18.10^D
FR/SO/DI: 21.00-SA: 23.40^{E/diff}
- FOCUS** [12/10 J]
15.45/18.00-
FR/SA/MO: 20.15 FR: 22.30-
MI: 20.20^D
SA: 22.30-SO/DI: 20.15^{E/diff}
- HONIG IM KOPF** [6/4 J]
FR/SA: 18.10^D
- OUIJA - SPIEL NICHT MIT DEM TEUFEL** [16/14 J]
FR/SA: 23.30^D
- BAYMAX - RIESIGES ROBOWABOHU - 3D** [6/4 J]
SA/SO: 10.45^D
- AFRIKA - DAS MAGISCHE KÖNIGREICH - 3D** [6/4 J]
SA/SO: 10.50^D
- FÜNF FREUNDE 4** [6/4 J]
SA/SO: 10.50^D
- ASTERIX IM LAND DER GÖTTER - 3D** [6/4 J]
SA/SO: 11.10-
SA/SO/MI: 13.00 SA/MI: 15.00^D
- SPONGEBOB SCHWAMMKOPF - 3D** [6/4 J]
SA/SO: 11.30^D
- HOME - EIN SMEKTAKULÄRER TRIP - 3D** [0/0 J]
SO/MI: 13.30-SO: 15.00
MI: 15.30^D
- DER NANNY** [6/4 J]
MI: 20.30^D
LADIES NIGHT

PATHÉ PLAZA

- Steinentorstr. 8 pathe.ch
- INSURGENT - DIE BESTIMMUNG - 3D** [14/12 J]
FR/SO/DI: 13.00/18.00
SA/MO/MI: 15.30/20.30^{E/diff}
FR/SO/DI: 15.30/20.30
SA/MO/MI: 13.00/18.00^D

REX

- Steinenvorstadt 29 kitag.com
- INSURGENT - DIE BESTIMMUNG - 3D** [14/12 J]
FR/SA/MO/MI: 14.00-DI: 14.30^D
FR-MO/MI: 17.00/20.00
DI: 17.30^{E/diff}
 - SHAUN DAS SCHAF - DER FILM** [4/4 J]
14.15/16.15^D
FR-MO/MI: 18.30/20.30^{E/diff}
 - HOME - EIN SMEKTAKULÄRER TRIP - 3D** [4/4 J]
SO: 14.00^D

STADTKINO

- Klostergasse 5 stadtkinobasel.ch
- MURDER ON THE ORIENT EXPRESS** [12/10 J]
FR: 16.15-MO: 18.30^{E/diff}
 - BLACK COAL, THIN ICE** [16/16 J]
FR: 18.45^{Ov/d}
 - UN LONG DIMANCHE DE FIANÇAILLES** [14/12 J]
FR: 21.00^{F/d}
 - STELLA DA FALLA** SA: 15.15-MI: 21.00^{Ov/o}
 - DOG DAY AFTERNOON** [12/10 J]
SA: 17.30^{E/d}

- RUNNING ON EMPTY** [12/10 J] 40
SA: 20.00^{E/diff}
- SERPICO** [16/14 J]
SA: 22.15^{E/d}
- TERRAIN VAGUE** [16/14 J]
FR: 18.15^F
- THE SEA GULL** [12/10 J]
SO: 15.15^F
- LE FABULEUX DESTIN D'AMÉLIE POULAIN** [6/4 J]
SO: 18.00^{F/d}
- THE PAWNBROKER** [16/14 J]
SO: 20.15^{E/d}
- ALIEN: RESURRECTION** [16/14 J]
MO: 21.00^{E/diff}
- L'EXTRAVAGANT VOYAGE DU JEUNE ET PRODIGIEUX T.S. SPIVET** [6 J]
MI: 18.30^{E/d}

STUDIO CENTRAL

- Gerbergasse 16 kitag.com
- BIRDMAN OR (THE UNEXPECTED VIRTUE OF IGNORANCE)** [12/10 J]
14.15-FR-MO/MI: 20.15^{E/diff}
 - LA FAMILLE BÉLIER** [8/6 J]
17.15^{F/d}

FRICK MONTI

- Kaistenbergstr. 5 fricks-monti.ch
- SHAUN DAS SCHAF - DER FILM** [0/0 J]
FR: 18.00-SA/SO/MI: 15.00^D
 - INSURGENT - DIE BESTIMMUNG - 3D** [14/12 J]
FR-MO/MI: 20.15^D
 - SAMBA** [10/8 J]
SA: 17.00^D
 - USFAHRT OERLIKE** [8/6 J]
SO: 11.00^{Dialekt}
 - ASTERIX IM LAND DER GÖTTER - 3D** [6/4 J]
SO: 13.00^D
 - HONIG IM KOPF** [6/4 J]
SO: 17.00^D

LIESTAL ORIS

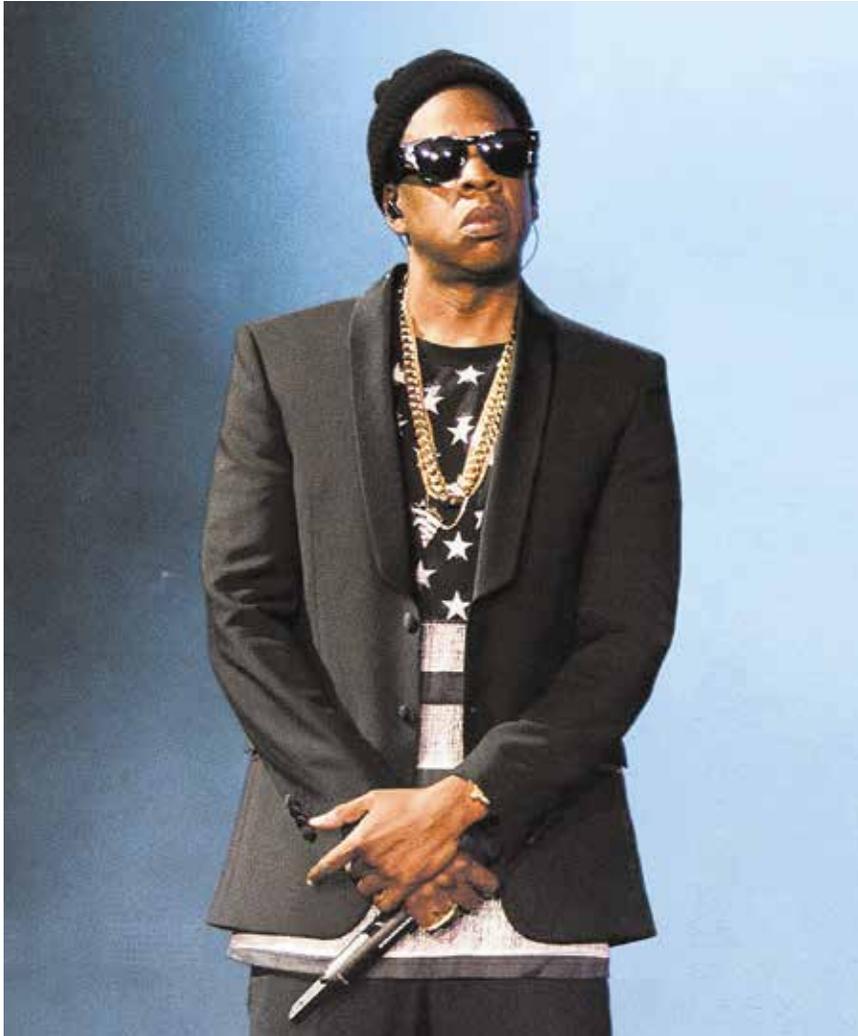
- Kanonengasse 15 oris-liestal.ch
- CINDERELLA** [0/0 J]
FR: 18.00-SA/SO/MI: 15.30^D
 - INSURGENT - 3D** [14/12 J]
FR-SO: 20.30^D
 - INSURGENT** [14/12 J]
MO-MI: 20.30^D
 - SHAUN DAS SCHAF - DER FILM** [0/0 J]
SA/SO/MI: 13.30^D
 - KINGSMAN: THE SECRET SERVICE** [14/12 J]
SA/SO: 18.00^D
 - REMBRANDT - DIE LETZTEN WERKE** [14/12 J]
SO: 11.00^{E/d}
 - HONIG IM KOPF** [6/4 J]
MO-MI: 17.45^D

SPUTNIK

- Poststr. 2 palazzo.ch
- STILL ALICE** [8/6 J]
FR-MO: 18.00-MI: 15.30^{E/diff}
 - LA FAMILLE BÉLIER** [8/6 J]
FR-MO: 20.15-DI/MI: 18.00^{F/d}
 - CONDUCTA** [12/10 J]
SA/SO: 15.45^{Sp/diff}
 - USFAHRT OERLIKE** [8/6 J]
SO: 11.00^{Dialekt}
 - SAMBA** [10/8 J]
SO: 13.15^{F/d}
 - WHIPLASH** [12/10 J]
DI/MI: 20.15^{E/d}

SISSACH PALACE

- Felsenstrasse 3a palacesissach.ch
- SAMBA** [10/8 J]
FR-MO: 18.00^{F/d}
 - LA FAMILLE BÉLIER** [8/6 J]
20.30^{F/d}
 - SHAUN DAS SCHAF - DER FILM** [0/0 J]
SA/SO/MI: 16.00^D
 - HOME - EIN SMEKTAKULÄRER TRIP** [0/0 J]
SO/MI: 14.00^D
 - HONIG IM KOPF** [6/4 J]
DI/MI: 18.00^D



Jay Z sponsert «grosszügig» die nächste Platte von Spoerri. FOTO: ROBIN HARPER/AP IMAGES

Ja, mir scheint, als wiederhole sich das ständig. Ich erinnere mich, wie die Polizei uns früher mal im Proberaum beim Bahnhof, in der Nauenstrasse, besuchte. Ein Nachbar hatte sich um 22.05 Uhr über die Musik beschwert. Auf der anderen Seite gab es aber auch einige Orte, wo Konzerte und Jazzmusik geduldet waren: im «Odeon», im «Storchen», im «Atlantis», im Café ABC oder in der «Spalenburg». Es lief schon auch was in Basel.

Hinzu kamen wilde Veranstaltungen. Eine schillernde Figur in der frühen Jazzszene war ein Grafiker, Sandro Boccola. Er veranstaltete in ganzen Häusern Konzertpartys – oft, bis die Polizei kam.

Das würde man heute als «illegale Party» bezeichnen.

Ja, das war damals in den 1950er-Jahren der Underground. Und auch wenn wir Krawatte trugen, waren wir als Jazzer verrückt genug, dass uns manche Väter im Visier hatten.

Als etwa der damalige Basler Verkehrsdirektor Peter Hägler erfuhr, dass seine Tochter mit mir ausging, erteilte er ihr striktes Ausgehverbot. Einige Lehrer hätten uns auch am liebsten aus dem Gymi geworfen.

Tatsächlich?

Ja. Mein Englischlehrer etwa hasste mich deswegen. Ich war in seinen Augen unangepasst. Der Einzige, der mir positiv gesonnen war, war mein Französischlehrer, Walter Widmer – der Vater von Urs Widmer, dem Schriftsteller. Er hat mir mein erstes Jazzbuch geschenkt. Er war selber eine Person, die aneckte, war

Mitglied der Partei der Arbeit, also selber umstritten.

Und wann wurde der Jazz akzeptiert?

Mitte der 1960er-Jahre, als viele der Jazzszene gesellschaftlich aufgerückt waren. Mit Cheese Burckhardt etwa wurde ein umtriebiger Jazz-Trompeter der ersten Stunde Basler Regierungsrat. Die Jugend hörte nun Rock und Beatmusik, was die älteren Generationen eher besorgte als der Jazz. Die Rolle des Bürgerschrecks ging über auf diese neuen Musikszenen.

«Das erste Jazzbuch schenkte mir der Vater von Urs Widmer. Er eckte selbst auch an.»

Der Jazz war für Konservative das kleinere Übel als die Rockmusik?

Ja, die Rolle verschob sich, der Jazz war nun einigermaßen akzeptiert. Die Mehrzahl der Jazzer fand die Rockmusik aber zu primitiv und konnte damit nichts anfangen.

Sie aber haben nie Scheuklappen getragen, als einer der Ersten in der Schweiz elektronische Musik geschaffen, unter anderem für Werbespots. Haben das die anderen Jazzer verstanden?

Nein, es gab und gibt natürlich immer auch Traditionalisten, die das verächtlich kommentierten. Auch George Gruntz war

skeptisch, wie mir zugetragen wurde. «Der Spoerri verreckt mal noch hinter seinen Synthesizern», soll er gesagt haben. Ein Jahr später hatte er aber selber einen ARP-Synthesizer und experimentierte mit elektronischen Klängen.

Weggefährten wie George Gruntz leben nicht mehr. Wie verbringen Sie die Zeit? Gehen Sie noch jeden Tag in Ihr Studio?

Nein, das nicht mehr, aber mehrmals die Woche. Ich experimentiere noch immer gerne mit Sounds. Im Moment zum Beispiel habe ich einen Game-Controller, den man für Computerspiele braucht, zweckentfremdet, sodass ich ihn wie ein Theremin verwenden kann.

«Das letzte Mal, als ich mir einen Roadie leistete, verschlang der ein Drittel meiner Gage!»

Sie haben gesagt, dass Ihnen die Publicity zu neuen Auftritten verholten hat. Was steht an?

Im Herbst ein Auftritt in England, zuvor ein Festival in Holland, wo ich solo auftreten werde – und auch mit dem Schlagzeuger Julian Sartorius zusammen. Das Nächste aber wird ein Auftritt sein am Jazzfestival Schaffhausen mit einem Sextett von Supermusikern: Christina Jaccard, Big Zis, Dave Ruosch, Andy Schnellmann und Arno Troxler.

Hält Sie das vital? Sie werden ja in diesem Jahr stolze 80 Jahre alt!

Ja, auf jeden Fall brauche ich eine Beschäftigung. Aber natürlich ist die Energie nicht mehr dieselbe wie in jungen Jahren. Nach einem Konzert bin ich einen Tag lang ausgelaugt. Die geistige Anspannung macht müde, dann auch das Rumschleppen der Instrumente etc.

Eigentlich sollten Sie sich einen Roadie gönnen!

Ja, das stimmt. Aber die werden immer teurer! Das letzte Mal, als ich mir einen Roadie leistete, verschlang der ein Drittel meiner Gage!

Den könnten Sie ja jetzt dank Jay Z mit den Tantiemen bezahlen.

(lacht) Ja, stimmt. Wenn dann tatsächlich einmal Geld hereinkommt, könnte ich mir einen Roadie leisten – aber da mache ich mir nicht allzu grosse Illusionen. Ich habe mir vorgenommen, wenn es Taler regnet, dann mache ich eine neue CD mit der Notiz «generously sponsored by Jay Z».

tageswoche.ch/+4arxv ×

Bruno Spoerri live: Der Musiker tritt am Jazzfestival Schaffhausen auf, 7. Mai, im Kammgarn.

Das Buch «Jazz Basel» ist am 18. März 2015 im Christoph Merian Verlag, Basel, erschienen.

Das Kunstmuseum Basel hat 180 Werke nach Madrid geschickt. Auch wir haben uns auf die Reise gemacht und die Werke im Prado und im Reina Sofia besucht.

Picassos kehren heim

von Karen N. Gerig

Still und an einem geheimen Tag haben vor ein paar Wochen 180 Werke das Kunstmuseum Basel verlassen und sind mit Polizeischutz und Sirenen in den Prado und das Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia gezogen. Dort entzücken sie nun ein anderes Publikum.

Besonders begeistert sind die Madrilenen von den zehn Picassos, die sich zu ihren Vorbildern im Prado gesellen, denn das museale Heiligtum beherbergt kein einziges Werk des spanischen Künstlers. Und im Reina Sofia kann man zwar mit «Guernica» eine von Pablo Picassos berühmtesten Arbeiten bewundern – damit hat sich dann aber auch schon. Grund genug für uns, einen Augenschein zu nehmen. Mehr zur Reise: tageswoche.ch/+mx51l ×



Montagsmorgen: Die schweren Holztüren des Goya-Eingangs des Prado öffnen sich mit einem Knarren für die Medien. Ein Securitycheck wie am Flughafen, Röntgenapparillo für die Taschen, Pässe gezeigt – und dann sehen wir sie, «Los Dos Hermanos», wie Picassos «Deux Frères» auf Spanisch heissen. Sie bilden den Auftakt der Ausstellung der zehn Picasso-Gemälde im Herzen des Prado und empfangen die Besucher. Den Gang entlang grüssen links und rechts Gemälde von Tizian, Rubens oder Tintoretto, ein Blick in den Nebensaal erhascht Velazquez' «Meninas». Die Picassos an Stellwänden dazwischen, wo sie gar nicht wie Fremdkörper wirken. Darauf angesprochen, meint die Medienvertreterin des Prado: «Oh, wir behalten sie gerne!» Und lacht.

Szenenwechsel. Kurzer Spaziergang zum Museo Reina Sofia. Die Medienkonferenz sollte beginnen, die Schweizer sitzen pünktlich auf dem Podest. Von rechts nach links: Matthias Hagemann (als Repräsentant der Sammlungen Im Obersteg und Staechelin), Kunstmuseum-Direktor Bernhard Mendes Bürgi, Regierungspräsident Guy Morin. Daneben die drei leeren Plätze der spanischen Vertreter, die mit einer Viertelstunde Verspätung eintrudeln. Nach der Konferenz dürfen Fragen gestellt werden – es kommt eine einzige. Sie bezieht sich (natürlich!) auf Staechelin. Antwort von Guy Morin, der die Hoffnung einfach nicht aufzugeben bereit ist: «Die Stadt Basel wäre sehr dankbar, wenn die Sammlung zurückkäme.» Tja. Dem ist nichts hinzuzufügen.





Ich treffe auf einen äusserst zufriedenen Bernhard Mendes Bürgi in der Ausstellung «White Fire», die Werke von Ferdinand Hodler über Gerhard Richter bis Steve McQueen versammelt. Eine Ausstellung in gänzlich weisen Räumen, die selbst auf alte Bekannte wie Barnett Newmans «White Fire» neues Licht werfen. Sehr schön, wenn auch etwas weniger charmant

als im Prado. Im Lift hinauf in den vierten Stock, wo die Werke der Sammlungen Im Obersteg und Staechelin einträchtig nebeneinander hängen. Eine kleine Kabinettausstellung im Vergleich zum Feuerwerk unten – aber ebenso hochkarätig. Warum nur muss man nach Madrid reisen, dass einem das mal wieder auffällt?

FOTOS: JULIAN SALINAS



Am Abend rein in die High Heels, Guy Morin lädt zum Empfang. Und sie kamen alle, von Basel-Tourismus-Direktor Daniel Egloff über Kulturchef Philippe Bischof bis zu Schaulager-Direktorin Maja Oeri, Tinguely-Museum-Direktor Roland Wetzel und dem Architektentenduo Christ & Gantenbein. Ein paar Botschaftsleute aus Madrid und dann natürlich zahlreiche Vertreter der Stiftung Im Obersteg. Es war fast wie in Basel. Nur Rudolf Staechelin fehlte. Apropos: Morin gibts zu – er bleibt ein unverbesserlicher Optimist in Sachen Staechelin. «Wir machen die Tür nicht zu», sagt er und hofft also weiter.

Der Dienstag gehört der Königin: Im Reina Sofia, wo sich erneut fast die gesamte Basler Delegation des Vorabends eingefunden hat. Plus ein Riesentross spanische Journalisten. In den Händen der Assistentin von Guy Morin drei Taschen mit Präsenten für die Königin – Sammlungskataloge des Kunstmuseums und (wie uns Morin schon am Vorabend verraten hat) einem Foulard von Matrix für die Hoheit. Er scherzte denn auch, man müsse nun wohl die «Gala» abonnieren, um herauszufinden, ob sie ihn auch tatsächlich trägt. Und dann der grosse Moment: Letizia kommt forschen Schrittes. Die Ausstellung ist eröffnet – die Königin schreitet voraus und wir in gebührendem Abstand hinterher.





SIE, ER, ES
SIE KOMMEN VON DA DRAUSSEN, UM UNS ZU ERKLÄREN, WER WIR SIND.

IN DIESER WOCHE: LUXUSAUSGABE BASELWORLD 2015.



Impressum

TagesWoche
5. Jahrgang, Nr. 12;
verbreitete Auflage:
23 846 Exemplare (prov. Wemf-
beglaubigt, weitere Infos:
tageswoche.ch/+sbaj6),
Gerbergasse 30,
4001 Basel
Herausgeber
Neue Medien Basel AG
Redaktion
Tel. 061 561 61 80,
redaktion@tageswoche.ch

Die TagesWoche erscheint
täglich online und jeweils am
Freitag als Wochenzeitung.

Chefredaktion
Dani Winter (Redaktionsleiter),
Remo Leupin (Leiter Print)
Digitalstrategie
Thom Nagy
Creative Director
Hans-Jörg Walter
Redaktion
Amir Mustedanagić
(Leiter Newsdesk),
Reto Aschwanden
(Leiter Produktion),
Renato Beck,
Tino Bruni (Produzent),
Yen Duong,
Karen N. Gerig,
Simon Jäggi,

Christoph Kieslich,
Valentin Kimstedt,
Marc Krebs, Felix Michel,
Hannes Nüsseler (Produzent),
Matthias Oppliger,
Florian Raz,
Jeremias Schulthess,
Andreas Schwald,
Livio Marc Stöckli
(Multimedia-Redaktor)
Redaktionsassistentz
Béatrice Frefel
Layout/Grafik
Petra Geissmann,
Daniel Holliger
Bildredaktion
Nils Fisch

Korrektorat
Yves Binet, Balint Csontos,
Chiara Paganetti,
Irene Schubiger,
Martin Stohler,
Dominique Thommen
Lesermarkt
Tobias Gees
Abodienst
Tel. 061 561 61 61,
abo@tageswoche.ch
Verlag
Olivia Andrighetto,
Tel. 061 561 61 50,
info@neuemedienbasel.ch
Geschäftsleitung
Tobias Faust

Leitung Werbemarkt
Kurt Ackermann
Werbemarkt
Cornelia Breij, Felix Keller,
Hana Spada,
Cheryl Dürrenberger
(Assistentz), Tel. 061 561 61 50
**Unterstützen Sie unsere Arbeit
mit einem Jahresbeitrag**
Supporter: 60 Franken pro Jahr
Enthusiast: 160 Franken pro Jahr
Gönner: 500 Franken pro Jahr
Mehr dazu: tageswoche.ch/join
Druck
Zehnder Druck AG, Wil
Designkonzept und Schrift
Ludovic Balland, Basel

Peter Bichsel wird 80 und hat mit dem Schreiben aufgehört. Lesen kann man ihn trotzdem immer wieder.

Form vor Inhalt

von Andreas Schneitter

Damals, in den frühen 1980er-Jahren, als der Volksschullehrer Peter Bichsel für eine Poetik-Vorlesungsreihe nach Frankfurt gerufen wurde, sagte er den Satz: «Das Erzählen, nicht sein Inhalt, ist das Ziel der Literatur.» Es war sein Credo als Schreiber. Dem Autor Peter Bichsel ging es um die Form, nicht um die Materie, um den Fluss, nicht um die Tiefe.

Geschichtenerzählen als kulturelle und soziale Technik: Es ist nicht erstaunlich, dass Bichsel die knappen Formen der Literatur für sich ausgewählt hat. Die Kurzgeschichte, wie in seinem frühen Erfolgswerk «Eigentlich möchte Frau Blum den Milchmann kennenlernen», vor allem aber die Kolumne. Jahrzehntlang schrieb Bichsel Kolumnen für verschiedene Erzeugnisse des Schweizer Pressemarktes, zuletzt für die «Schweizer Illustrierte». Seine letzte erschien im Dezember 2014.

Dort schrieb er: «Ich habe nach Gesichtern und Geschichten gesucht für meine Kolumnen, immer wieder verzweifelt danach gesucht, und war von Anfang an jedes Mal überzeugt davon, dass mir das nächste Mal nichts mehr einfallen wird.» Die Angst des Autors vor dem weissen Blatt, sie blieb im Fall des Solothurners Bichsel zwar letztlich unbegründet, nicht jedoch die Last des Schreibens selbst. «Schreiben ist ein Geschäft für Nichtkönner», sagte er der TagesWoche vor drei Jahren im Ge-

spräch. «Die Frage nach dem Anfang bleibt jedes Mal, ob ich als achtjähriger Bub oder 77-jähriger Greis schreibe. Und alles, was man gelernt hat, wie man es machen sollte, ist nur ein Hindernis.»

Müsste man aus seinem verzweigten Werk, das noch immer veröffentlicht wird (zuletzt erschien vor wenigen Wochen im Suhrkamp-Verlag «Über das Wetter reden», seine gesammelten Kolumnen von 2012 bis 2015), eine Publikation herausuchen, so wäre es wohl «Kolumnen, Kolumnen», erschienen vor zehn Jahren, die erste grosse Sammlung von Hunderten seiner Zeitungstexte aus drei Jahrzehnten.

«Die Sprache dichtet für uns»

Anders als in seinen Kurzgeschichten gab sich Bichsel in seinen Kolumnen ein öffentliches Gesicht, sprach nicht als Erzähler, sondern als offizielle Person. Die politisch sein konnte, ohne zu politisieren. Die beobachtete, ohne zu definieren. Und die sich erinnerte, ohne zu romantisieren. Als Prosaminiaturen muss man diese Texte verstehen, denen der journalistische Begriff der Kolumne nur formell genügt.

Nie ist Bichsel schwadronierend, nie sind seine Texte von einer beengenden Dichte, sondern stets minimalistisch und derart präzise im Wort, dass sich zwischen seinen Sätzen grosse Zwischenzeilen und -räume öffnen. Für die beiläufige Zeitungs-



Präzis im Wort: Peter Bichsel. FOTO: R. WERNLI

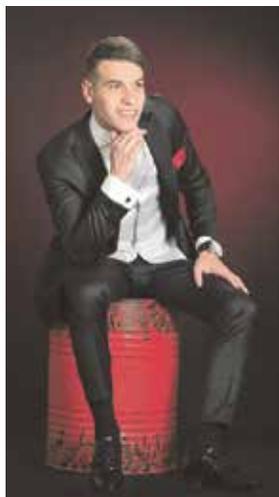
lektüre war er daher nicht geeignet, vielmehr für die vertiefte Lektüre, die Kontemplation, durch die erst die Welt des Poeten sich öffnet. «Letztlich bin ich am Inhalt dieser Texte fast nicht interessiert», sagte Bichsel, «sondern nur daran, mit Sprache umzugehen. Einen Satz zu schreiben, der einen nächsten Satz provoziert. Und so weiter. Schiller sagte: Die Sprache dichtet für uns. Das ist sicher richtig. Die Sprache muss mir etwas erzählen.»

Und er liess sich von der Sprache provozieren, bis er nicht mehr konnte. Anstatt von der Seele habe er sich die Texte in all den Jahren «auf den Buckel geschrieben», notierte er am Ende, «und der Buckel ist voll, ich spür es im Rücken». Kurz vor seinem 80. Geburtstag am 24. März hat er also aufgehört. «Jetzt verabschiede ich mich und versuche, geradeaus zu gehen», lautet sein letzter Satz. Als Leser darf man noch etwas sitzen bleiben, mit den «Kolumnen, Kolumnen» in der Hand.

tageswoche.ch/+ptlxz

x

ANZEIGE



HOCHZEITSANZÜGE WIE NACH MASS ZU FABRIKPREISEN!!

Seit nunmehr 5 Jahren liefert die Herrenmodeboutique IANNALFO & SGARIGLIA im 1. Stock der Freien Strasse 20 in Basel BESTE QUALITÄT zu TOP-PREISEN!

«Der schönste Tag im Leben» sollte es sein, so die Erwartungen vieler an jenen Tag, an welchem sie ihrer Partnerin oder ihrem Partner das Ja-Wort geben. Dass sich Bräutigame an ihrem schönsten Tag auch von ihrer schönsten Seite zeigen wollen, ist nicht immer so einfach umzusetzen. Einerseits spielt fehlendes modisches Gespür eine Rolle, andererseits oftmals auch das Budget. IANNALFO & SGARIGLIA hat sich dem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis verschrieben und ein kluges Konzept geschaffen: Hochwertige Materialien, modische bis extravagante Schnitte und eine kompetente, individuelle Beratung.

Bei IANNALFO & SGARIGLIA liegt der Fokus darauf, bezahlbare Männermode in bestmöglicher Qualität bereitzustellen. So ist

beispielsweise ein Hochzeitsanzug für bereits CHF 359.– zu erwerben. Weiter im Sortiment finden sich Anzüge aus Merinowolle ab CHF 269.–, doppelgezwirnte Baumwollhemden für CHF 59.–, Lederschuhe für CHF 189.–. Ein Rundum-sorglos-Paket für den Mann.

IANNALFO & SGARIGLIA

Freie Strasse 20, 1. Stock
4001 Basel
Tel. +41 (0) 61 222 29 10
www.is-moda.com



Wochenendlich in Rethymno

Die Hafenstadt zeigt eindrücklich die Einflüsse der unterschiedlichen Religionen und Kulturen auf Kreta.

Etwas für jedermann

von Stephan Pruss

Wenn heute der Blick von den Türmen der Burg Fortezza über die Weiten des Kretischen Meeres schweift, wirkt das beruhigend idyllisch. Früher war es gar überlebenswichtig. Ab dem 16. Jahrhundert spähten hier Soldaten nach möglichen Angreifern – und die waren zahlreich in der damaligen Zeit.

Nachdem das an der Nordküste gelegene Rethymno mehrmals geplündert worden war, zogen die Venezianer um ihre Stadt eine Mauer, von der heute noch das Tor Porta Guora zeugt. Doch auch dies hielt die Korsaren nicht davon ab, einzumarschieren und alles niederzubrennen. Eine neue Verteidigungsstrategie musste her. Also bauten die Bewohner 1573 eine Festungsanlage auf dem Hügel Palaioakastro. Zwar hielt sie in den Jahrzehnten danach Angriffen stand, doch die Osmanen waren schier zu übermächtig. 1646 eroberten sie die Festung und bauten die Moschee Sultan Ibrahim Han direkt neben die Bischofsvilla.

Heute gilt die Fortezza als bedeutendste Sehenswürdigkeit der Stadt. Sie ist nur ein Beispiel, warum Rethymno – gar die ganze Insel Kreta – ein Schmelztiegel der Religionen und Kulturen ist. Besucher können sich an Kirchen und Moscheen sattsehen.

Touristen bringen Arbeit – und Geld

Eine andere Kultur hat die junge Generation unterhalb der Fortezza entwickelt. Am Hafen drängen sich Bars und Restaurants nebeneinander. Einige zielen offensichtlich auf Touristen als Kundschaft, andere sind bei Einheimischen sehr beliebt. Ein bisschen Sehen- und Gesehenwerden gepaart mit einer Bloss-keine-Hektik-Mentalität.

Und die Krise? Kreta spiegelt sicherlich nicht die Lage des ganzen Landes akkurat wider. Doch die griechische Tourismusbranche hat sich wieder erholt und schreibt Rekordwerte. Der Sektor zieht besonders auf Kreta viele Arbeitskräfte an. Der Wermutstropfen ist, dass auch Akademiker in Hotels und Restaurants servieren und

qualifizierte Informatiker bei Autovermietungen arbeiten, weil andere Branchen weiterhin um ihre Existenz kämpfen müssen.

Von der Burg zum Bauernhof

Oberflächlich ist davon freilich wenig zu sehen. Zumindest während der Saison von Anfang Mai bis Ende Oktober tummeln sich scharenweise Reisende und Einwohner auf den Strassen und Plätzen Rethymnos. Die Gassen sind gesäumt mit kleinen Läden, in denen es Kräuter und Souvenirs gibt und im Zentrum locken Markenboutiquen. Die Stadt ist überschaubar, doch beim Verkehr ist jegliche Übersicht rasch verloren.

Festes

Freunden der griechischen Küche fällt die Auswahl schwer. Wer Atmosphäre mag, sollte ins Restaurant Veneto – gemütlicher Terrassengarten und höhlen-ähnliche Räume laden in der Altstadt ein. Epimenidou 4.

Flüssiges

Das Nuvel Lounge Café serviert hervorragende Kaffee-Kreationen und eine grosse Auswahl an alkoholischen Getränken. Nearchou 47, direkt am Hafen.

Anstrengendes

Die Samaria-Schlucht (100 km entfernt von Rethymno) zählt zu den Highlights: Besucher wandern bis zu 17 km durch teilweise enge Felswände, die Hunderte Meter emporgagen.

Die Kreter lieben das Autofahren. Doch mit Geduld und einem Hauch Risikobereitschaft dauert die Fahrt in die Berge nicht lange. Am Hang eines Ausläufers des Idagebirges liegt in der Nähe des Dorfes Adele die Agreco Farm. Ein organischer Landwirtschaftsbetrieb, der auch Hotels mit Olivenpaste oder kretischem Raki beliefert.

Eine Führung kostet fünf Euro und beinhaltet ein Getränk, das mit Meerblick noch etwas besser schmeckt. Der Blick über das Meer wirkt beruhigend und ist wohl die einzige Gemeinsamkeit zwischen einer Festungsanlage und einem Bio-Bauernhof.

tageswoche.ch/+yrodn ×

Die Altstadt taugt nicht nur als farbenfrohes Foto-Sujet.

FOTO: STEPHAN PRUSS





**Stadt
Markt**

Marktplatz



Basler Märkte



regional, sympathisch, frisch



21.3. Tag der Basler Märkte – die Marktsaison ist eröffnet

Willkommen zum Tag der Basler Märkte! Von 8.30 bis 16 Uhr gibt's auf dem Marktplatz, dem Barfüsserplatz, dem Petersplatz sowie auf den Quartiersmärkten Attraktionen für die ganze Familie. Schauen Sie vorbei, wir freuen uns auf Sie.

KLEINANZEIGEN

Suchen und bieten: Kleinanzeigen auf tageswoche.ch

Mitte Oktober ging das erste Angebot online, mittlerweile gehört die Kleinanzeigen-Rubrik zu den beliebtesten Angeboten auf unserer Website. Der Kindersitz, dem die Tochter erwachsen ist, der Bauernschrank, der in der neuen Wohnung keinen Platz mehr hat, aber auch Dienstleistungen oder Jobangebote können Sie hier unter die Leute bringen. Alles, was Sie dazu brauchen, ist ein Profil und eine E-Mail-Adresse, unter der man Sie kontaktieren kann. Eine Auswahl der Kleinanzeigen publizieren wir in unserer Wochenausgabe.

2 WLAN REPEATER

Verkaufe 2 WLAN Repeater, kaum gebraucht.
Paketpreis: Fr. 50.– Netgear Universal WLAN Repeater N7G, 4Port WLAN Adapter WN2000RPTv2 Netgear Universal WLAN Repeater N/G WN 3000RP.

FAHRRAD-KINDERSITZ KETTLER

Variabel einstellbarer Kindersitz der Marke Kettler (inkl. Halterung). Guter Zustand und leichte Montage. Preis Fr. 45.–.

GRANITTISCH MIT 4 STÜHLEN

Runder Tisch mit 4 Stühlen,
Tischplatte: Granit Galaxy Star (schwarzer Granit mit Kupfereinschlüssen), Durchmesser: 120 cm, Material Gestell: Roheisen, sehr gut erhalten.
Zum Abholen in 4103 Bottmingen, Preis: Fr. 600.–.

AUFBEWAHRUNGSMÖBEL FÜR MÜNZEN

Masse: 410 x 330 x 350 mm; Kirschbaum massiv, geölt, auf Gehrung verleimt, umlaufende Maserung; sehr hochwertig verarbeitet; Einzelstück; 6 Schubkästen, zentral zu verriegeln, durch ein seitliches Schloss; die Schubkästen haben herausnehmbare Einlagen, mit unterschiedlicher Rasterung von ca. 45–28 mm; Zustand: Neu, unbenutzt, Ausstellungsstück; Preis (bei Abholung): 2350 Euro.

NACHTTISCH-SCHRÄNKCHEN

Nachttischschränkchen, restauriert mit Porzellanknöpfen, sehr gut erhalten. Höhe: 77 cm, Breite: 44 cm, Tiefe: 34 cm, Fr. 120.–.
Zum Abholen in 4103 Bottmingen.

10 PALETTEN

Suche 10 Europaletten. Gebraucht, guter Zustand. Raum Basel.